

# PROTOKOLL

über die 12. , ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag,  
den 17. Dezember 1968, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 14,00 Uhr

## Öffentliche Sitzung

Anwesend:

**VORSITZENDER:**

Bürgermeister Josef Fellingner

**BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:**

Leopold Petermair  
Franz Weiss

**STADTRÄTE:**

Alfred Baumann  
Alois Besendorfer  
Rudolf Fürst  
Konrad Kinzelhofer  
Manfred Wainner  
Leopold Wippersberger

**GEMEINDERÄTE:**

Anna Bendel  
Ing. Ingomar Böhm  
Johann Brunmair  
Vinzenz Dresl  
Franz Enöckl  
Karl Feuerhuber  
Karl Fritsch  
Franz Frühauf  
Dr. Hermann Gärber  
Karl Gherbetz  
Ing. Johann Holzinger

Walter Kienesberger

Johann Knogler  
Friedrich Kohout

Rudolf Luksch  
Therese Molterer  
August Moser  
Walter Moser

Helmut Pils  
Erich Sablik  
Hubert Saiber  
Heinrich Schwarz  
Dr. Prof. Konrad Schneider  
Dr. Alois Stellnberger  
Johann Zöchling

**VOM AMTE:**

Magistratsdirektor Obersenatsrat  
Dr. Karl Enzelmüller  
Obermagistratsrat Dr. Johann Eder  
Oberamtsrat Ludwig Stary

**PROTOKOLLFÜHRER:**

Amtsrat Alfred Eckl  
VB Gerda Gugenberger

# TAGESORDNUNG

## BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

- 1) Präs-617/68                      Angelobung des neuberufenen Gemeinderates Dr. Alois Stellnberger.
  
- 2) Präs-617/68                      Gemeinderätliche Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung.
  
- 3) Ha-2900/68                      Voranschlag 1969.

trag:

2) Präs-617/68

Gemeinderätliche Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 36 des Statutes für die Stadt Steyr werden die mit den Beschlüssen des Gemeinderates vom 7. 11. 1967, Präs-462/67, vom 4. 7. 1968, Präs-229/68 und vom 31. 10. 1968, Präs-229/68, bestellten Ausschüssen wie folgt geändert:

Durch Mandatsverzicht scheidet Gemeinderat Otwin Knapp aus dem gemeinderätlichen Verkehrsausschuß aus. An seiner Stelle wird der neuberufene Gemeinderat Dr. Alois Stellnberger in den Verkehrsausschuß gewählt.

Ich bitte den Vorsitzenden, über diesen Antrag beraten und abstimmen zu lassen.

**BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:**

Sie haben den Antrag des Herrn Bürgermeisters gehört.

Gibt es dazu einen Einwand?

Wenn dies nicht der Fall ist, darf ich mit einem Zeichen der Hand um Ihre Zustimmung bitten. Danke. Gegenprobe? Danke.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Meine Damen und Herren, wir schreiten nun zum wichtigsten Tagesordnungspunkt in der Jahresarbeit des Gemeinderates und ich bitte Sie, wenn der Herr Bürgermeister das Wort ergreift, ihm auch die entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ich bitte Herrn Bürgermeister, zu berichten!

**BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:**

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Verehrte Vertreter

der Presse!

In den folgenden Stunden der heutigen Gemeinderatssitzung haben wir über den Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1969 zu beraten und zu beschließen. Gleichzeitig liegen uns ein Voranschlag der Betriebsgebarungen der Städtischen Unternehmungen, des Städtischen Wirtschaftshofes, der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr, Voranschläge der Stiftungen und der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr für das Jahr 1969 vor. (Beilage)

Die Haushaltsgebarung gravierend beeinflussend ist auch das Personaletat unserer Stadt. Es gilt daher gleichzeitig, über den Dienstpostenplan Beschluß zu fassen.

Um Ihnen diesen Haushaltsvoranschlag bereits mit akzeptablem Zahlenmaterial vorlegen zu können, waren Vorarbeiten und Vorberatungen auf Beamtenebene notwendig. So hat das Amt seine Aufwandserfordernisse erarbeitet. Die Fraktionen der im Gemeinderat vertretenen Parteien haben diese Erfordernisse überprüft, nach ihren Überlegungen ergänzt oder abgeändert. Desweiteren hat der Stadtsenat in seiner Sitzung vom 5. 12. 1968 festgestellt, der Haushaltsvoranschlag 1969 soll nach Auflagefrist über den Finanz- und Rechtsausschuß, welcher am 5. 12. 1968 tagte, dem Plenum des Gemeinderates zugeführt werden.

Wir haben in der Sitzung des Gemeinderates vom 12. 12. dieses Jahres den Nachtragsvoranschlag für 1968 mit Einnahmen- und Ausgabenberichtigungen in der Höhe von 36 Millionen Schilling bestätigt. Diese Erhöhung resultiert aus Nichtinanspruchnahme von veranschlagten Krediten in der Höhe von 17 Millionen Schilling und von Mehreinnahmen und Einsparungen in der Höhe von 18 Millionen Schilling. Sicher führte zu diesem Ergebnis eine schon von meinem Vorgänger als Fi-

**BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:**

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatssitzung recht herzlich begrüßen. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß einberufen, sie ist beschlußfähig.

Entschuldigt für diese Sitzung haben sich Herr Gemeinderat Mayr, der einen Todesfall in der Familie hat, und Herr Gemeinderat Heigl, der dienstlich verhindert ist.

Zu Protokollprüfern werden vorgeschlagen die Herren Gemeinderäte Ing. Böhm und Pils. Ich bitte die beiden Herren Gemeinderäte, diese Funktion zu übernehmen.

Der erste Tagesordnungspunkt betrifft die Angelobung des neuen in den Gemeinderat berufenen Mitgliedes. Gemäß § 13, Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr hat Herr Gemeinderat Otwin Knapp durch schriftliche Erklärung vom 13. 12. 1968 den Verzicht auf sein Gemeinderatsmandat ausgesprochen. Damit ist auch sein Gemeinderatsmandat erloschen. Von der ÖVP wurde uns Herr Dr. Alois Stellnberger als Nachfolger nominiert. Nach § 77 der Statutargemeindewahlordnung 1961 wird Herr Dr. Alois Stellnberger, als nächstgereihter Ersatzmann auf das freigewordene Gemeinderatsmandat berufen. Die Angelobung des neuen Mitgliedes muß vor dem Gemeinderat erfolgen. Ich bitte daher Herrn Dr. Stellnberger, nach Verlesung der Gelöbnisformel mit den Worten "Ich gelobe" dies zu bekunden:

"Ich gelobe, die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, die übernommenen Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen und der Stadt die Treue zu halten".

**DR. ALOIS STELLNBERGER:**

"Ich gelobe".

**BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:**

Ich danke. Wir dürfen damit Herrn Dr. Alois Stellnberger als neuen Kollegen in unserem Gemeinderat recht herzlich begrüßen. Ich ersuche ihn um aktive Mitarbeit im Rahmen unserer kommunalen Aufgabenbereiche. Gerade die heutige Sitzung ist vielleicht der geeignete Zeitpunkt, Ihnen sehr verehrter Herr Gemeinderat, die kommunale Arbeit in besonderer Weise zu zeigen und Sie mit diesem Problem zu konfrontieren. Ich ersuche Sie nochmals recht herzlich um die Mitarbeit.

Ich glaube, ich darf hier schon in kurzen Worten den Dank an seinen Vorgänger Herrn Knapp zum Ausdruck bringen. Er hat sicher in der - gemessen an der Funktionsdauer - relativ kurzen Zeit gezeigt, daß er willens war, mit uns die kommunalen Probleme zu bewältigen und dies vor allem in objektiver Art. Ich danke ihm für diese Mitarbeit in der Gemeindestube. Wir kommen somit zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Hier bitte ich Herrn Kollegen Weiss, den Vorsitz zu übernehmen.

**BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:**

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister zur Berichterstattung das Wort!

**BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:**

Im Zusammenhang mit der Nachfolge nach Gemeinderat Knapp ist auch die personelle Zusammensetzung in den Ausschüssen zu regeln. Auf Grund des GR-Beschlusses vom 7. 11. 1967 wurde die personelle Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse geregelt. Durch das Ausscheiden des Gemeinderates Knapp ist es notwendig, den Verkehrsausschuß zu ergänzen. Von der Gemeindefraktion der ÖVP wurde vorgeschlagen, den neu berufenen Gemeinderat, Herrn Dr. Alois Stellnberger, auf diesen freigewordenen Ausschußsitz im Verkehrsausschuß zu berufen.

Es ergeht daher an Sie der An-

nanzreferent geübte Praxis einer vorsichtigen Erstellung unserer Haushalte.

Der uns vorliegende Haushaltsvoranschlag 1969 stellt der Haushaltsführung 146 Millionen Schilling insgesamt zur Verfügung. Diese Summe gliedert sich in 110 Millionen Schilling für den ordentlichen Haushalt und 36 Millionen Schilling für den außerordentlichen Haushalt.

Die Gebarung des ao. Haushaltes auf der Ausgabenseite sieht allerdings 41,5 Millionen Schilling vor, sodaß 5,5 Millionen Schilling als ungedeckt zu betrachten sind. Der Haushaltsvoranschlag in seinem Gesamtvolumen weist somit einen Umfang von 151,5 Millionen Schilling auf. Wenn Sie es erlauben, bleibe ich dabei, die einzelnen Summen nicht bis in die letzten Stellenwerte zu nennen, sondern in abgerundeten Summen Ihnen zu sagen, nachdem Ihnen zur Beschlußfassung sowieso das Elaborat der Rechnungsabteilung vorliegt.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen so wie im vergangenen Jahr einige Hinweise statistischer bzw. dokumentarischer Art bringe:

Wenn wir die Kurve der Haushaltsumfänge der vergangenen Jahre markieren, müssen wir feststellen, daß gemessen am Geldwert, gemessen an verschiedenen Indizes und verglichen mit den Haushaltsrechnungen anderer Gebietskörperschaften - Land, Bund - diese sehr flach verläuft und einige Jahre sogar nachabwärts führte, wobei besonders die Linie des ordentlichen Haushaltes diese verflachende Tendenz noch stärker zum Ausdruck bringt. Wir ersehen daraus, daß, wenn wir die Gebarung 1950 mit ungefähr 100 Punkten annehmen, wir in den folgenden Jahren auf 70, 65 und nun bei 62 Punkten angelangt sind, d. h., daß uns zur Bewältigung unserer kommunalen Arbeit immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und nur unumgänglich notwendige Investitionen, und

auch diese nur durch Inanspruchnahme des Kreditmarktes, finanziert werden können.

Der Hauptausschuß des Städtebundes hat die prekäre wirtschaftliche Situation in den Städten erkennend, an die Adresse des Parlaments, der Bundesregierung und im speziellen an den Herrn Finanzminister eine Resolution gerichtet, die ich Ihnen, weil auch gerade für unsere Stadt zutreffend, zur Kenntnis bringen möchte. Es wird in dieser Resolution zum Ausdruck gebracht:

"Aus Anlaß der anlaufenden Herbstarbeit im österreichischen Parlament, richtet der österreichische Städtebund durch seinen Hauptausschuß das dringende Ersuchen an die gesetzgebenden Körperschaften und an die Bundesregierung, bei künftigen Maßnahmen auf die angespannte finanzielle Lage, die in den österreichischen Städten zeigt, daß die Verschuldung in vielen Fällen ein zur Besorgnis mahnendes Ausmaß annimmt, daß die Investitionsmöglichkeit weit hinter den diesbezüglichen Bedürfnissen zurückbleiben, Rücksicht zu nehmen. Der österreichische Städtebund wiederholt in diesem Zusammenhang die Forderung des diesjährigen Städtetages, in Hinblick alles zu vermeiden, was die Investitionstätigkeit der Gemeinden weiter verschmälern könnte, von direkten und indirekten Veränderungen des geltenden Finanzausgleiches zu Lasten der Gemeinde abzuweichen. Die wirtschaftliche Situation unseres Landes wird wesentlich vom Investitionsrahmen unserer Gemeinden mitbestimmt. Diesen Rahmen möglichst weit zu halten, müßte auch ein Anliegen des Bundes und der Länder sein. Daher sollten anlässlich aller erforderlichen Verhandlungen die Gemeinden eine echte Partnerrolle haben. Die vom Finanzminister, Prof. Dr. Koren vertretene Auffassung, daß die Forderung nach einem ständig stei-

genden Wohlstand nur dann erfüllt werden könne, wenn alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten eng zusammenarbeiten, trifft auch hinsichtlich der Gemeinden zu, die ihrerseits stets bereit waren, das Miteinander in den Vordergrund zu rücken."

Anführen möchte ich noch, daß der erweiterte Hauptausschuß des Städtebundes diese Resolution in einer seiner letzten Sitzungen einstimmig angenommen hat.

Auf das Rechnungswerk des Haushaltsvoranschlages 1969 eingehend, werde ich mich nicht mit jeder Ansatzpost beschäftigen, sondern lediglich für das kommende Jahr gravierende und besonders bemerkenswert erscheinende Ansatzposten aufzeigen und kommentieren. Dazu zählen die Entwicklung unserer Einnahmen, der Steuern, der Ertragsanteile, der Kredite, laufende Ausgaben mit besonderer Anordnungsbeschränkung, einmalige Ausgaben im ordentlichen Haushalt und der außerordentlichen Haushalt.

Ausgaben mit besonderer Anordnungsbeschränkung sind nicht mit weltbewegenden Ziffern und Beträgen ausgestattet. Sie sollen aber damit, da sie im Ermessen des Gemeinderates liegende Entscheidungen herbeiführen, vor der besonderen Beschlußfassung im Gemeinderat bzw. Stadtsenat noch Ihren Beratungen und Beschlußfassungen vorbehalten sein. Aus den einzelnen Voranschlagsposten herausgelöst, will ich Ihnen die einmaligen Ausgabevorhaben aufzählen, die ebenfalls noch während des Jahres 1969 in unserem Wirkungskreis beraten und gesondert beschlossen werden. Es sind auch hier weniger tiefgreifende und tiefer in unsere Gebärung eingreifende Posten vorhanden. Aber nachdem sie vor allem, meiner Meinung nach, noch der Möglichkeit einer Abwandlung unterliegen, will ich doch die wichtigsten Posten hier nur kurz aufzeigen. Sie haben sie auch in einem Vorbericht

zugestellt bekommen. Hier ist eine Post, die die Gemeinde betrifft, und zwar der Ankauf eines Personenkraftwagens. Unser alter, braver 2300 hat den Dienst aufgesagt. Wir haben zur Überbrückung, weil kein geeigneter Fiat zur Verfügung steht, einen 125 angekauft, der später im allgemeinen Gemeindebetrieb ohnehin benötigt wird. Es sind in den einzelnen Verwaltungsgruppen im großen und ganzen der Ankauf von Einrichtungsgegenständen und Büromaschinen vorgesehen.

Wir haben auf dem Sektor des Verkehrs eine Post von S 200.000,--, die für die Anschaffung von Verkehrsampeln vorgesehen ist. Es ist dies eine Post, mit der nach der heutigen Preislage auf diesem Sektor keine großartige Verampelung in unserer Stadt möglich ist. Immerhin wissen wir, daß der Verkehr immer mehr Maßnahmen von uns erfordert, daher diese Ansatzpost. Größere Anforderungen stellt das Schulwesen auch im ordentlichen Haushalt schon an uns. So ist gerade für den Polytechnischen Jahrgang ein Betrag von S 200.000,-- notwendig, der den Ankauf von Schulmaterial, Schulbüchern und sonstigen Einrichtungen beinhaltet. Für Einrichtungsgegenstände und zur Adaptierung verschiedener Schulen wieder eine Post von S 155.000,-- bzw. von S 103.000,-.

Ob wir - das will ich hier erwähnen - die Post Promenade 3, Adaptierung der Räume für Pflichtschulwesen (es ist die ehemalige Musikschule) - tatsächlich in Angriff nehmen können, hängt noch von verschiedenen Beratungen mit dem Bund ab. Ich will das nur angedeutet haben, weil wir noch keine konkreten Verhandlungen geführt haben. Daß natürlich auch die Frauenberufsschule und die Städtische Handelsschule bzw. Handelsakademie, die Kindergärten, auch ständig - weil wir sie immer erweitern und vergrößern - Mittel zur Verbesserung und Vergröß-

berung ihrer Einrichtung benötigen, ist selbstverständlich. Für die Gemeindestraßen, für den Aus- und Zubau von Straßen im ordentlichen Haushalt sind insgesamt S 100.000,- und für Brücken S 230.000,- vorgesehen. Auch das Beleuchtungswesen, das Kanalwesen und die Müllabfuhr wurden bedacht. Sie wissen, daß wir einen neuen Müllablageplatz im Ortsbereich auf eigenem Besitz gefunden haben, die Schafweide, und dort ist auch eine Reihe von Investitionen notwendig. Daher auch eine einmalige Ansatzpost für dieses Kapitel.

Das Feuerwehrwesen ist wie sonst angeführt.

Neu ist vielleicht unter der Post "Wirtschaftliche Einrichtungen" die Zuwendung von S 250.000,- für den neugegründeten Fremdenverkehrsverband. Wir wissen, daß üblicherweise der Fremdenverkehrsverband aus seinen eigenen Einnahmen im großen und ganzen das Auslangen und auch die Deckung findet. Natürlich braucht jede Organisation, die aufgebaut wird, eine Starthilfe. Über wieviele Jahre sie notwendig sein wird, wissen wir nicht. Sicher wissen wir, daß im kommenden Jahr dem Fremdenverkehr auch in administrativer Hinsicht geholfen werden muß, daher die hier festgelegte Ansatzpost.

Betriebliche Investitionen in eigenen wirtschaftlichen Einrichtungen und Gebäuden. Sie werden vielleicht beim Taborrestaurant einen relativ höheren Betrag finden. Wir wissen, daß das Taborrestaurant so großen Zuspruch gefunden hat und daß diesem Zuspruch die innere Organisation nicht mehr folgen kann, vor allem die Küche, und wir hier irgendwie eine Abhilfe schaffen müssen. Daher diese Ansatzpost.

Im Hausbesitz: Umdeckung der Ennsleitenhäuser mit S 300.000,-. Auch eine relativ hohe Post, aber wir haben schon von Jahr zu Jahr nur mit

äußerst wenig Mitteln die Instandsetzung dieser Häuser durchgeführt. Wir wollen selbstverständlich auch im kommenden Jahr diese Häuser mit billigsten Mitteln und ohne Inanspruchnahme von allzu großen Geldbeträgen sanieren. Aber irgendwann ist der Verfall wahrscheinlich soweit fortgeschritten, daß eine größere Umdeckungsaktion bei diesen Häusern notwendig sein wird. Daher auch diese Post.

Das waren im großen und ganzen die Ansatzposten, die einer besonderen Anordnungsbeschränkung unterliegen und einmalige Ausgaben darstellen. Es darf auch vielleicht noch folgendes global zur Gesamtsumme gesagt werden. Ein Budgetvolumen von 151 Millionen Schilling sagt natürlich nicht, daß jetzt 151 Millionen Schilling Einnahmen und wenn es gedeckt sein soll, auch mit den Krediten ebensoviele Ausgaben sind. Es sind hier rund 9 Millionen Schilling Ersatzleistungen zwischen einzelnen Verwaltungszweigen enthalten, die Ansätze des Haushaltsvoranschlags erhöhen oder aufpolstern. Die Reineinnahmen der Gemeinde betragen S 137 Millionen und die Reinausgaben S 142 Millionen. Hier sind die Beträge, die innerhalb des Amtsbetriebes anfallen, abgezogen.

Eine Rücklagenbeanspruchung ist im Jahre 1969 nicht mehr möglich so wie in den Vorjahren, da diese 1968 bis auf eine geringe notwendige Liquiditätsreserve aufgebraucht wurden. Die Rücklagenzuführungen, die Sie im Budget namentlich angeführt finden, betreffen lediglich Zuführungen zu gesetzlichen Rücklagen oder Erneuerungsrücklagen. Wir können also auf diese Rücklagen nicht zur Deckung außerordentlicher Ausgaben wie in vergangenen Jahren zurückgreifen.

Ich denke, daß eine der entscheidenden Faktoren in der Abwicklung unserer Gebarung die Einnahmenseite darstellt. Ich will nur am Rande noch die Haltung früherer Bürgermeister

und Finanzreferenten erwähnen. Wir standen bisher auf dem Standpunkt, man darf wie in der eigenen Familie nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Sicher eine sehr ideale Anschauung, aber dort, wo es mit dieser Anschauung nicht mehr möglich ist, die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung in unserer Stadt, auch die der Wirtschaft zu decken, müssen wir erhöht zur Inanspruchnahme von Kreditmitteln greifen.

Ich will vor allem diese Notwendigkeit auf der Einnahmenseite dokumentieren. Wenn ich eingangs sagte, daß die Kurven der Budgetsummen in den vergangenen Jahren auch in absoluten Ziffern fast flach verlaufen sind, in manchen Positionen, die immer Schwerpunkt unserer Einnahmen gewesen sind, heute schon ein Absinken zu verzeichnen ist. Das ist vor allem bei den eigenen Steuern der Fall. Wir haben in der Rechnung 1967 noch 46,5 Millionen Schilling ausgewiesen. Der Voranschlag 1968, der mit Nachtragsvoranschlag um 3 Millionen Schilling berichtigt wurde, ist mit S 42,6 Millionen ausgestattet und der Voranschlag 1969 nur mit S 40 Millionen. Es ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß die Gewerbesteuer, die tragende Steuer gerade in den industriell ausgerichteten Gemeinden, ständig im Absinken sich befindet. Es gibt eine Reihe von Motiven, eine Reihe von Gründen zufolge des Finanzausgleiches.

Die Verlagerung - das habe ich schon im Vorjahr angedeutet - von Betrieben - die Hauptverwaltung der Steyr-Werke z. B. - nach anderen Orten und Gemeinden, bringt ein Absinken der Gewerbesteuer im Jahre 1967 von noch 24 Millionen Schilling, im Voranschlag 1968 von 20 Millionen Schilling mit sich, im Voranschlag 1969 konnten wir sie nur noch mit 18,5 Millionen Schilling einsetzen. Einen etwas gleichmäßigeren und für uns günstigeren Verlauf nehmen die Ertragsanteile.

Die Ertragsanteile sind durch den Finanzausgleich, der zu Lasten der Gewerbesteuer uns getroffen hat, durch die etwas breitere Basis etwas verbessert worden, konnte aber nicht - das will ich betonen - ein Äquivalent für die Gewerbesteuer sein. Die Ziffern zu dieser Behauptung: Die Rechnung 1967 hat Abgabenertragsanteile mit S 36 Millionen ergeben, im Voranschlag 1968 oder besser im Voranschlagsnachtrag haben wir S 36 Millionen eingesetzt, weil wir von Nachzahlungen wußten. Vorsichtig konnten für 1969 nur mehr S 35 Millionen eingesetzt werden. Sie sehen daraus, daß es kein Äquivalent, lediglich eine sehr bescheidene Stabilisierung auf diesem Sektor unserer Steuern gegeben hat.

Die anderen Einnahmeposten sind relativ gering, ich will nicht sagen unbedeutend, aber sie überschreiten nicht die Millionengrenze. Sie sind für unseren Voranschlag wohl in ihrer Gesamtsumme interessant, aber im großen und ganzen sind fast alle anderen Einnahmenquellen, das sind Einnahmen aus Mieten und Pachten, Pensionsbeiträgen, Verwaltungsstrafen, Zinsen für Guthaben, Einnahmen aus Erträgen, Rückflüsse aus Darlehen natürlich absinkend. Alle fast nur gleichförmig nach diesen 3 Vergleichsjahren in unserem heutigen Budget eingesetzt, ergeben, daß die Reineinnahmen ein Absinken von der Rechnung 1967 von S 110 Millionen auf S 101 Millionen für das Jahr 1969 aufzeigen. Es ist dies sicher für das kommende Jahr eine für uns sehr betrübliche Situation, aber sie ist nicht zu ändern und wir müssen uns damit abfinden und geeignete Maßnahmen treffen.

Die Getränkesteuer ist wie alljährlich eingesetzt. Ich möchte hier eines bemerken. Ich habe gerade diese Steuer herausgegriffen, weil ich aus Gesprächen mit anderen Bürgermeister und Gemeindegliedern zu der Überzeugung gekommen bin, daß ei-

gentlich diese Steuer für Steyr etwas zu gering angesetzt ist. Ich glaube, wir müssen der Einhebung dieser Steuer mehr Augenmerk zuwenden. Vielleicht ist hier noch eine geringfügige Zunahme möglich. Alle anderen Steuern, das habe ich schon im großen und ganzen gesagt, sind wenn nicht gleichbleibend, gering absteigend.

Mit Reineinnahmen von S 110 Millionen können wir rechnen. Ich sagte eingangs schon, daß wir alle Jahre - ich glaube, das haben wir richtig getan - vorsichtig budgetiert haben. Wir können heute sagen, daß wir vor Überraschungen in negativer Hinsicht nie gefeit sind. Wir wissen nie genau voraus, was die Steuerprüfung z. B. in den Steyr-Werken ergibt, welches Bild hier wirklich zutage tritt. Es haben uns schon Rückzahlungen von vorausbezahlten Steuern gedroht, daher auch eine berechtigte vorsichtige Budgetierung gerade der größeren Steuereingangsposten. Aber wir können - das habe ich schon zum Ausdruck gebracht - mit Inanspruchnahme von Kreditmitteln unsere beiden Haushalte decken. Der ordentliche Haushalt ist also gedeckt. Das ist, ich möchte fast sagen, ein Erfordernis einer ordentlichen Gemeindegebrauch. Ich glaube nicht, daß es überhaupt möglich wäre, den ordentlichen Haushalt ungedeckt zu verabschieden. Da müßte eine Gemeinde praktisch schon, wenn sie sich einer ordentlichen Gebahrung unterzieht, fast bankrott gehen oder müßte den Konkurs anmelden. Wieder eine Annahme, die es natürlich auf dem kommunalen Sektor nicht gibt. Wenn ich Ihnen jetzt die Einnahmenseite gesagt habe, so finden wir doch in den einzelnen Gruppen relativ ein Ansteigen des Zuschußbedarfes, so z. B. hat die allgemeine Verwaltung im Jahre 1967 einen Zuschußbedarf von S 10 Millionen erfordert, einen solchen von 11 Millionen im Voranschlag 1968 und es bedarf eines solchen von 12,4 Millionen im Voranschlag 1969. Im wesentlichen hervorgerufen durch erhöhte Ausga-

ben für das Personal, Erhöhung der Gehälter, Löhne, Ruhe- und Versorgungsgenüsse. Für öffentliche Ordnung und Sicherheit ist ein ganz geringfügiger Zuschuß zu verzeichnen. Es ist im großen und ganzen durch den Finanzausgleich stabilisiert.

Das Schulwesen hat vielleicht, gemessen in Prozenten, den größten Zuschußbedarf. Hier müssen wir 14,7 Millionen Schilling zuschießen, im Jahre 1968 S 12,9 Millionen und 1967 S 11,5 Millionen. Es sind auch hier wieder die Personalkosten, aber auch der Sachaufwand, die diese Erhöhung hervorrufen.

Einer relativ geringen Zuschußbedarferhöhung unterliegt das Kulturwesen von S 2,8 Millionen über S 3,3 Millionen auf S 3,5 Millionen.

Auch das Fürsorgewesen hat einen Zuschußbedarf, dessen Erhöhung sich in Grenzen hält, von S 9,3 Millionen über S 9,8 Millionen auf S 10,2 Millionen. Es muß auch hier im großen und ganzen gesagt werden, daß zu dieser Stabilisierung des Zuschußbedarfes die von Ihnen erfolgte Tarifregelung im Zentralaltersheim beigetragen hat.

Wohn- und Siedlungswesen: Hier haben wir keine Erhöhung, sondern eine ganz geringfügige Verminderung des Zuschußbedarfes. Ebenfalls unbedeutend bei öffentlichen Einrichtungen und Wirtschaftsförderung von S 6,3 Millionen über S 7,9 Millionen auf S 7,8 Millionen. Das sind einige Ziffern, die demonstrieren sollen, daß wir in unserer Gebahrung ständig mehr beansprucht werden. Das sind nur Ansatzposten, die in der ordentlichen Gebahrung aufscheinen.

Es sei vielleicht kurz noch zu diesen gesammelten Zuschußbedarfszahlen gesagt, daß natürlich einen großen Anteil an diesem Zuschußbedarf die Handelsschule, die Handelsakademie und die Frauenberufsschule haben.

Für den Bedarf des Kulturwesens sind das Stadttheater, die Musikschule, Zentralbücherei, Volkshochschule und das Heimatmuseum verantwortlich. Es sind hier auch in diesen

Untergruppen ganz geringfügige Erhöhungen zu verzeichnen. Ich sprach schon von Fürsorge. Im Altersheim haben wir im Jahre 1967 S 2,2 Millionen zuschießen müssen, im Voranschlag 1968 S 2,1 Millionen, also gleichbleibend und wir haben für das Jahr 1969 S 1,4 Millionen budgetiert. Diese geringere Summe ist auf Grund der schon zitierten Tarifregulierung begründet. Wir haben aber in dieser Tarifregulierung festgelegt, daß wir 10 % der Kosten zuerst übernehmen, bevor wir sie an die Insassen in diesem Altersheim überwälzen. Dazu kommt noch, daß wir uns verpflichtet haben, zuerst die Abrechnung zu erstellen und zu kontrollieren, was ebenfalls einen größeren Zeitraum in Anspruch nimmt, und wir erst später, wenn der Zuschußbedarf von 10 % erreicht wird, mit neuen Tarifregulierungen an die Insassen herantreten können, sodaß allenfalls in absehbarer Zeit hier keine weitere Regulierung notwendig sein wird. Die Rechnung wird es im wesentlichen ergeben.

Wieder eine Post - ich will sie auch hier erwähnen - sind Park- und Gartenanlagen, einschließlich Stadtgärtnerei. Hier haben wir eine ständige Ausweitung des Arbeitsumfanges. Trotzdem sehen wir hier ein Absinken der Kosten von S 1,8 Millionen über S 1,7 Millionen auf S 1,5 Millionen im Voranschlag 1969. Ich führe dieses Absinken nicht auf geringere Leistungen sondern auf bessere Rationalisierung des Betriebes und der Einrichtungen zurück.

Jetzt glaube ich, daß wir uns doch mit dem außerordentlichen Haushalt beschäftigen. Darf ich Ihnen ganz kurz etwas berichten, es gehört noch zu den grundsätzlichen Überlegungen. Sie haben in Zeitungen - ich habe hier eine Notiz der Salzburger Nachrichten vom 6. 12. 1968 - über die Verschuldung der Städte gelesen. Hier sind natürlich Städte wie Innsbruck, die an der

Spitze der Verschuldung stehen. Sicher, diese Verschuldung der Städte, so besorgniserregend sie in grundsätzlicher Art ist, bedarf natürlich auch durch uns einer ernsten Betrachtung. Für Steyr müssen wir von anderen Gesichtspunkten ausgehen. Es war uns bis vor einigen Jahren möglich, die Kopfquote der Verschuldung unserer Stadt pro Einwohner relativ gering zu halten. Wir haben 1966 auf Grund der Statistik im Jahrbuch der österreichischen Städte eine Verschuldungs-Kopfquote von S 10,--, im Jahre 1967 S 62,--, im Jahre 1968 werden wir eine Kopfquote von rund S 500,-- ausweisen und auf Grund des Haushaltsvoranschlages für 1969 müssen wir am Jahresende oder bei der Rechnung mit einer Kopfquote von S 1.400,-- rechnen. Sicher ist das eine Kopfquote, wenn sie mit derselben Zuwachsrate in kommenden Jahren erhöht wird, die auch für uns bedenklich erscheinen muß. Wir müssen daher bei unseren kommenden Beratungen auch den Verschuldungszuwachs einer besonderen Kritik unterziehen. Hier lügt die Statistik oder besser gesagt die Rechnungsart, wenn man hier von einer prozentuellen Zuwachsrate spricht, denn bei S 10,-- bedeuten S 20,-- schon einen 100 %igen Zuwachs an Schulden. Aber bei Städten, die heute schon S 3.000,-- bis S 4.000,-- Kopfquote haben, bedeutet eine Zuwachsrate wie sie in fast allen diesen Städten aufscheint, von 12 %, 18 %, 25 % natürlich schon eine Belastung auf dem Sektor der Abdeckung dieser Schulden, der Annuitäten, also Zinsrückzahlung und der Tilgung dieser Kredite. Ich glaube, daß wir derzeit noch keine allzu große Bedenken haben müssen. Diese Quoten sind natürlich bei uns - sie müssen im ordentlichen Haushalt ihre Abdeckung finden - noch in erträglichem Rahmen zu halten.

Ich habe von der relativ hohen Personaletatquote gesprochen. Wir lie-

gen sicher im Rahmen vergleichbarer Städte. Nicht nur im Rahmen, sondern zum Großteil unterhalb der Quote, die vergleichbare Städte aufweisen, d. h. wir haben den Verwaltungsaufwand und darunter den Sektor Personalaufwand ständig einer sehr strengen Kontrolle unterworfen. Der Gemeindebürger erblickt im Verwaltungsaufwand im wesentlichen eine Post, die seiner besonderen Kritik unterzogen wird. Im Verwaltungsaufwand nehmen die Personalkosten einen nicht unbeträchtlichen, um nicht zu sagen einen entscheidenden Anteil ein. Ich habe Ihnen schon im Vorjahr die Quoten gesagt, auch die Anteile wie sie gestiegen sind. Ich wiederhole nur, wir haben im Jahre 1950 eine Personalquote von rund 16 %, sie ist angestiegen über 19 % im Jahre 1960, 20 %, 22 %, 24 % und im Jahre 1968 auf 37 %. Wir hoffen, daß wir auf diesem Sektor die Kopfquote doch einigermaßen stabilisieren können. Wir haben seit 1957 - ich habe es auch für das vergangene Jahr gemacht - bis zum Jahre 1968 nur einen Zuwachs von insgesamt 8 Bediensteten. Wir haben aber im gleichen Zeitraum einen Zuwachs von 86 Bediensteten in verschiedenen Einrichtungen unserer Stadt, Kindergärten, Altersheim, Städtische Unternehmungen, Gärtnerei und auf dem Sektor des Lehrpersonals; im Wirtschaftshof ist ein Rückgang zu verzeichnen. Das heißt, wir haben um 86 Bedienstete mehr in diesen Einrichtungen der Stadt notwendig gehabt. Hier mußte die Kritik über den hohen Personalstand halt machen, denn gerade in jenen Einrichtungen erfolgt die Betreuung von Menschen, die eine Kürzung des Personalstandes nicht erlaubt. Es ist eben im Altersheim notwendig zur Betreuung der alt gewordenen Mitbürger und vorallem der alten krank gewordenen Mitbürger, Schwestern und Betreuungspersonal einzustellen. Hier finden wir auch die höchste Post von Personalzuwachs von 49

Bediensteten. Es war hier notwendig, um 49 Bedienstete mehr aufzunehmen wie vorher. Die Bilanz zeigt, daß wir in der Verwaltung in dem gleichen Zeitraum um 80 Bedienstete weniger eingestellt und verwendet haben, d. h., wir haben heute sicher einen größeren Umfang an Aufgaben zu bewältigen und haben trotzdem weniger Bedienstete. Wir können daraus sicher ableiten, daß die Bediensteten in unserer Stadt beste Arbeit leisten, daß sie voll ihren Einsatz für die Gemeinde tätigen. Ich glaube, daß wir noch Gelegenheit haben, dies bei einem anderen Anlaß auszusprechen und zu würdigen.

Nun einiges zum außerordentlichen Haushalt. Der außerordentliche Haushalt ist eine Sammlung von Vorhaben, die unserer Überlegung nach unumgänglich notwendige Aufgaben beinhaltet, die im Jahre 1969 beendet, weitergeführt oder neu begonnen werden sollen. Wenn wir den Katalog durchsehen, so werden wir feststellen, daß der überwiegende Teil des a. o. Haushaltes aus Restabwicklungen 1968 und aus Fertigstellungen aus 1968 und früher begonnener Vorhaben besteht, die über das Jahr 1969 fortlaufen oder im kommenden Budgetjahr beendet werden können. Nur ein geringer Teil des a. o. Haushaltes beinhaltet Vorhaben, die im kommenden Jahr auch neu begonnen werden. Es werden unter diesen Vorhaben Projekte sein, die im Jahre 1969 nicht beendet sein können. Wir wollen und müssen aber doch beginnen und belasten damit, sowie auch die a. o. Haushalte von 1968, 1969 mit Vorhaben belastet waren, die aus vorhergehenden Budgets stammen, auch im vorhinein die Haushalte der Zukunft.

Wenn ich nur, um eines vorzugreifen, ein großes Verkehrsbauwerk, das 1969 begonnen wird, nenne, das sich vielleicht sogar über 3, 4 oder in seiner Endphase auf mehr Bauetappen erstrecken wird.

Nun zur Bedeckung des a. o. Haushaltes. Ich habe schon eingangs angeführt, es stehen uns Einnahmen von S 36 Millionen zur Verfügung, wobei natürlich diese S 36 Millionen durchwegs aus Inanspruchnahme von Fremdkapital, von Kreditmitteln resultieren. Wir haben in dieser Sammlung - wenn ich sie so nennen darf - von Projekten und Vorhaben einen Ausgabenrahmen von S 41,5 Millionen festgelegt, das heißt wir müssen den Abgang von S 5,5 Millionen ebenfalls zusätzlich aus Kreditmitteln decken. Wir haben aber von vornherein diese Kreditmittel nicht auf die Einnahmenseite gesetzt, weil wir der Überzeugung sind, daß Sie selbst im Laufe des Jahres die Möglichkeit haben sollen, über die Durchführung und über den Zeitpunkt der Inangriffnahme von kleinen im a. o. Haushalt angeführten Projekten gesondert und im Detail diskutierend nach Ihren Überlegungen zu entscheiden.

Die Aufgabensammlung besteht im großen und ganzen zum überwiegenden Teil aus schon begonnenen Vorhaben, so ist z. B. am Pflichtschulsektor für die Abrechnung und Fertigstellung des Schulbaues Tabor, wenn ich hier sachlich etwas sagen will, eine Quote von S 3,6 Millionen notwendig. Der schon fertiggestellte Turnsaal Plenkberg bedarf einer Abrechnungsrate von S 150.000,--. Für die Ennsleitenschule haben wir einen Planungskostenbeitrag eingesetzt, weil wir heute schon wissen, daß diese Schule die nächste Schule werden wird, die uns vor schwerste Schulprobleme stellen wird, obwohl wir erst im heurigen Jahr 6 Klassen neu eröffnet haben. Trotz dieser angebauten Klassen wissen wir, daß die Hauptschule notleidend wird. Wenn wir auf der Ennsleite im gleichen Maß - das ist schon vorausgeplant - weiterbauen, werden natürlich immer mehr und mehr Schüler kommen, nicht nur durch Zu-

wachs in den Neubauten, sondern es sind gerade in den bezogenen Neubauten noch zu einem Großteil vorschulpflichtige Kinder, und wir können uns auch aus der Statistik heraus errechnen, in wie wenigen Jahren diese Kinder zur Schule gehen und hier den derzeitigen Rahmen der Möglichkeiten der Unterbringungs sicher sprengen werden. Das wird eines unserer künftigen Schulbauprobleme werden. Wenn wir auch schon gesagt haben, daß wir im heurigen Jahr auf dem Schulbausektor einigermaßen saturiert seien, müssen wir doch erkennen, wie auf uns wieder das Problem der Schulraumnot zukommt.

Sie wissen selbst, daß wir am Schulbausektor für die Frauenberufsschule 10 Klassen neu gebaut haben, die kurz vor der Fertigstellung stehen. Wir müssen für diese Fertigstellung des Gebäudes und der Anlagen S 700.000,-- in Ansatz bringen. Die Erweiterung des Schulgebäudes der HAK - hier sind S 200.000,-- eingesetzt, obwohl wir heute noch nicht genau wissen, wofür diese Mittel verwendet werden. Wir wissen nur, daß wir - ich will es hier aussprechen - doch eines Tages den Bund bereit finden werden, daß er die HAK übernimmt. Er übernimmt diese Schule nur, wenn sie auch ausreichend mit Schulräumen es fehlen ein Turnsaal und andere Nebenräume - ausgestattet ist. Es stehen uns in Kürze Beratungen mit Vertretern des Unterrichtsministeriums bevor und aus diesen Beratungen ergeben sich dann erst die Details, die einen Teil dieser Summe benötigen werden oder die ganze Summe. Für den Ausbau der Kindergärten sind hier lediglich bescheidene Summen eingesetzt, weil wir ebenfalls im vergangenen Jahr dem Sektor Kindergarten etwas erhöhte Bedeutung als es im Durchschnitt auf Grund unserer Gebahrung möglich war, zugeordnet haben.

Auch das Altersheim ist im großen und ganzen fertiggestellt. Es gibt aber noch eine Reihe Abschlußarbeiten, vor allem natürlich Abrechnungen, die mindestens den hier eingesetzten Betrag von S 900.000,-- meiner Meinung nach verschlingen werden.

Sie haben unter dem Sektor Gesundheitspflege für das Rote Kreuz S 250.000,-- eingesetzt, als Gemeindegzuschuß für die Verbesserung der Baulichkeit in der das Rote Kreuz untergebracht ist. Wir haben schon einige Jahre, kann man sagen, mit der Landesleitung des Roten Kreuzes über die geeignetste Lösung der Unterbringung verhandelt, gesprochen und diskutiert und ich glaube nun mit diesem Betrag eine optimale Lösung des Problems der Unterbringung des Roten Kreuzes gefunden zu haben.

Dann finden Sie eine Reihe von Posten, die der sportlichen Ertüchtigung dienen, das heißt, den einzelnen Sporteinrichtungen zuzuwenden sind. Hier ist natürlich die Hauptpost von S 2 Millionen für die Errichtung der Kunsteisbahn. Sie waren selbst Zeuge, wie sie vergangenen Sonntag eröffnet wurde. Mit der Eröffnung ist nicht jede Einrichtung schon fertig und vor allem die Abrechnung beginnt erst ab diesem Zeitpunkt, daher dieser relativ hohe Betrag, der im wesentlichen der Abrechnung dieser Einrichtung dienen wird. Sie haben auch eine Post, die hervorsteht, das ist die Sporthalle Tabor. Sie wissen, daß wir - das wurde hier schon mehrmals ausgesprochen - die ehemalige Reithalle am Tabor, die jetzt lange Jahre von den Städtischen Unternehmungen als Unterschlupf für den Omnibusbetrieb gedient hat, für Sportzwecke verwenden wollen. Die Städtischen Unternehmungen haben sich eigene Einrichtungen geschaffen und sind vor wenigen Tagen in ihre neue Behausung umgezogen, sodaß wir ab jetzt mit der Pla-

nung und der Restaurierung dieses Gebäudes zu einer Sporthalle schreiten können. Wir haben hier den Betrag von S 1 Million eingesetzt. Der Bedarf für den Endausbau dieser Halle ist sicher höher, vielleicht doppelt so hoch, aber wir werden auch hier nicht in einem Jahr alles erledigen können. Wir werden vorerst jene Einrichtung, die die Benützbarkeit der Halle garantiert und dann die erhöhten Wünsche unterbringen. Jedenfalls haben wir für die Einrichtung der Sportplätze einen ansehnlichen Betrag von S 3,8 Millionen notwendig.

Dem Wohnungswesen generell gesagt, sind S 12 Millionen zugeordnet. Wir wissen heute noch nicht, wie weit die Auswirkungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 auch schon auf unsere Wohnbautätigkeit Einfluß nehmen. Wir sind derzeit bei der Abwicklung von Bauvorhaben, die aus der Zeit vor Inkrafttreten dieser Wohnbauförderung 1968 begonnen, eingereicht und bewilligt wurden. Daher benötigen wir sicher diese Summen noch zur Abwicklung der alten Bauvorhaben. Wir werden aber wahrscheinlich auch in kommenden Haushalten Mittel für die Wohnbautätigkeit vorsehen. Es werden die Motive anders sein, wir werden den Zuschußbedarf nicht mehr in die Gebäude legen müssen, sondern das Wohnbauförderungsgesetz 1968 verpflichtet die Gemeinden zur Gänze oder es wird umgelegt auf die Mieter und Benützer, die Grundkosten bzw. die Aufschließungskosten zu tragen. Es wird dieser Betrag, der heute mit S 12 Millionen für den Wohnbau global eingesetzt ist, in künftigen Haushalten für die Nebengebühren der Gemeinden für den gemeindlichen Wohnbau eingesetzt werden müssen. Für die Waldrandsiedlung sind Planungskosten von S 300.000,-- eingesetzt. Ich glaube, daß wir dieses Problem heuer in Angriff nehmen müssen. Wir sind derzeit noch nicht im Besitz aller Unterlagen, die aus Ver-

messung und Boden- und Geländeuntersuchungen stammen. Wenn wir im Besitz dieser Unterlagen sind - sie sind vergeben - werden wir auch an die freischaffenden Architekten herantreten können, uns geeignete Verbauungspläne und Vorschläge für die Verbauung des im Gemeindebesitz befindlichen Gebietes in der Waldrandsiedlung zu machen.

Dem Straßenwesen ist natürlich auch ein größerer Betrag zugeordnet. Wir haben den Verkehrswegen S 7,4 Millionen zugeordnet. Wir sehen hier auf diesem Sektor Probleme auf uns zurollen - man kann fast sagen im wahrsten Sinne des Wortes. Wir mußten - heute müssen wir es sagen - dadurch, daß wir das Schwergewicht unserer Tätigkeit auf Schulbauten, auf den Bau des Altersheimes in den vergangenen Jahren gelegt haben, geringfügig die Verkehrseinrichtungen zurückstellen. Aber wir dürfen auch auf diesem Sektor nicht in Verzug geraten und müssen uns in den kommenden Jahren - beginnend im kommenden Jahr - mit diesem Verkehrsproblem unserer Stadt besonders beschäftigen. Sie wissen, ein Projekt, das schon 12 Jahre alt ist, die sogenannte Hundsgabenumfahrung. Wir haben sie mittlerweile ständig auf den letzten Stand der Verkehrsnotwendigkeiten gebracht. Wir werden sie doch im kommenden Jahr beginnen müssen. Sie sehen hier eine Post von S 3 Millionen für die erste Brücke im Zuge dieses Straßenbauwerkes präliminiert, und zwar die Brücke die von der Leopold-Werndl-Straße zum Hang, an dem diese Hundsgabenumfahrung angelegt werden soll, führt. Warum wir diese Brücke vorgezogen haben, hat auch eine Bedeutung für den Bau. Sie wissen, wir haben dem Bund das angrenzende Grundstück zur Errichtung eines Bundesrealgymnasiums übertragen und die Brücke, die zu diesem Grundstück führt, ist nicht sehr hoch belastbar

und es würde eine große Erleichterung für den Bau dieses Bauwerkes sein, wenn dort eine Brücke entsteht. Das ist ein Nebengedanke, der etappenweisen Inangriffnahme der Hundsgabenumfahrung selbst. Voll verkehrswirksam wird diese Einrichtung, wenn die gesamte Straßentrasse entlang des Hanges Hundsgaben und die Brücke über die Enns fertig ist. Das wird erst die echte Entlastung für den Stadtbereich durch dieses Verkehrsbauwerk ermöglichen. Allerdings ein Vorhaben - das erwähnte ich schon - das noch einige Jahre, einiger Bauratens, bedarf.

Das andere im großen und ganzen sind Untersuchungen, Planungen, kleinere Regulierungen. Eine echte Notwendigkeit ist bei der Rennbahn, neben Weidinger, einen gefährlichen Verkehrsknotenpunkt zu entschärfen. Erhöhte Bedeutung bekommt dieser Knoten erst seit Sonntag durch die Benützung der Eisbahn, die natürlich einen Verkehrserreger darstellt, der die Belastung dieses Straßenstückes sehr hoch erscheinen läßt. Ich glaube, daß wir hier nach dem Kanalbau mit dem Bauwerk Rennbahnweg beginnen müssen.

Dann sind eine Reihe von kleineren Sanierungsarbeiten. Straßenbau Wiederaufbau Taschelried und Ennsleite sind Zwangspunkte. Wir können die Häuser nicht erbauen, ohne die dazugehörigen Wohnstraßen zu errichten.

Wir haben uns schon fest vorgenommen, die Regulierung der Pacher-gasse im Bereich der Haltestellen der Städtischen Verkehrsbetriebe durchzuführen, obwohl die Summe S 800.000,- für ein relativ kurzes Straßenstück uns sehr sehr hoch erscheinen muß. Wir werden es wahrscheinlich doch machen müssen.

Zeugen, die die Ennsleite zu Fuß besuchen - derzeit ist der Hubergutberg gesperrt - sehen, daß dort ein

nach optischem Eindruck sehr gigantisches Straßenbauwerk entsteht. Es wühlen hier die Straßenbaumaschinen im Grund herum. S 1 Million haben wir diesem Straßenzug als erste Baurate zugeordnet.

Zwei Brücken stehen uns ins Haus. Das sind die Griemühle-Brücke und ein Teil der Posten ist für die Bürstmayrbrücke bestimmt, die auch zu 50 % von der Gemeinde Ulrich bzw. vom Land getragen wird. Daß wir natürlich - so wie alle Jahre - die Straßenbeleuchtung erweitern wollen, ist selbstverständlich; es ist uns in den vergangenen Jahren gelungen, ganz gute Ansätze für eine gut beleuchtete Stadt zu machen. Schwerpunkt der kommenden Tätigkeit muß dem Kanalwesen zugeordnet werden. Die beiden Flüsse würden auch weiterhin geduldig die Abwässer unserer Stadt aufnehmen. Wir könnten aber kaum größere Räume einer neuen Besiedlung zuführen, ohne nicht ausreichend für die Kanalisation dieser Gebiete gesorgt zu haben. Besonders prägnant tritt diese Erscheinung im Ortsgebiet Stein, Gleink und Dornach zutage, weil diese Landstriche als Schongebiete für das Brunnenschutzgebiet bezeichnet werden. Daher müssen wir dort die Kanalisation betreiben, und zwar ist Kanalisation ein sehr sehr aufwendiger Artikel und nicht sehr populär in Erscheinung tretend während der Bauzeit. Es gibt aufgegrabene Straßenstücke usw. Jedenfalls müssen wir unsere schon begonnene Kanalisation fortsetzen. Wir haben auch den Sammler F, das ist der zweite Bauabschnitt, der von der Bundesstraße in Richtung Gleink sich fortsetzt, den Betrag von S 5 Millionen zugeordnet, neben einer Reihe von anderen Posten. Wir haben - wie Sie selbst wissen, gerade durch den Eislaufplatz ausgelöst, doch endlich den Sammler A in Angriff nehmen müssen. Dieser Sammler ist auch ein Projekt, das ungefähr in das Jahr 1955 oder

1956 zurückreicht. Bei der Projektierung standen wir schon kurz vor der Beschlußfassung und dann haben wir im selben Rahmen wieder feststellen müssen, daß wir noch dringendere Vorhaben zu bewältigen haben. Wir mußten diesen Kanal immer mehr und mehr und immer weiter und weiter zurückstellen. Vielleicht ausgelöst durch die notwendige Wasserabkehrung - Kühlwasser und Schneewasser aus unserer neuen Kunsteispiste - haben wir heuer begonnen, diesen Kanal bis zum Sportplatz Weidinger an der Enns zu bauen und wird natürlich dieses Bauwerk - das wäre Schildbürgerstreich, es nicht weiterzuführen - durchgeführt, da dies für das Gebiet Ortskai so notwendig ist. Dort werden wir nicht nur eine unschöne Situation des freien Kanalaustrittes, sondern auch eine nicht sehr hygienische Einrichtung verbessern. Für diesen Sammler sind S 500.000, -- zugeordnet.

Es gäbe über jeden der einzelnen Posten relativ viel zu sagen, aber ich würde Ihre Zeit zur Diskussion allzu sehr beschneiden.

Wir haben - das will ich noch erwähnen - für die Errichtung eines Kleinschwimmbades Mittel bereitgestellt - es wird hier unter Lehrschwimmbecken bezeichnet - ich würde bitten, daß wir hier beide Begriffe evident halten. Man braucht den Begriff Lehrschwimmbecken, wenn man beim Unterrichtsministerium anklopft. Richtiger wäre der Begriff Kleinschwimmbecken, weil es eigentlich - soweit wir das Projekt aus Gedächtnisstudien kennen - doch schon mehr einem Kleinschwimmbecken, einer Kleinschwimmhalle oder wie Sie es nennen wollen, gleicht. Hier haben wir einen Betrag von S 2 Millionen eingesetzt. Es soll aber einmal ein für Steyr notwendiges Hallenbad auch nicht in Vergessenheit geraten - wir haben gerade im heurigen Jahr einen sehr interessanten Vortrag des Bäder-

papstes Arch. Prof. Grünberger gehört und wir wollen auch dieses Projekt weiter verfolgen. Ich glaube, es wären beide berechtigt, nebeneinander in Steyr existieren zu können.

Allerdings alles zu seiner Zeit.

(Magistratsdirektor Obersenatsrat Dr. Karl Enzelmüller verteilt Pläne über das Projekt des Lehrschwimmbeckens).

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ist das nicht schon ein Vorgriff auf kommende Diskussionen?

Ich habe schon bei den einmaligen Ausgaben für das Taborrestaurant gesprochen, hier wird diese Argumentation durch die Ansatzpost von S 400.000,-- für den Küchenausbau noch mehr unterstützt. Und last not least, wir brauchen für alle unsere Vorhaben, gerade für den Wohn- und Schulbau, Grund und Boden. Wir müssen auch im kommenden Jahr, wenn es nur irgendwie möglich ist, Grund und Boden erwerben. Ich muß sagen, ich persönlich finde eine Ansatzpost von S 1 Million wirklich nur als eine Ansatzpost. Aber sie soll vorhanden sein, damit wir überhaupt darüber diskutieren können.

Über die Einnahmenseite, die auch verzeichnet ist, habe ich schon gesprochen. Die wesentliche Post ist die Darlehensaufnahme von S 35 Millionen.

Der Haushaltsvoranschlag - das habe ich bereits eingangs erwähnt - enthält natürlich noch den Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen. Hier ist nur interessant der Ausbau des Wasserleitungsnetzes mit S 1,7 Millionen. Wir haben hier die Voranschläge der Stiftungen, Personalnachweise, Wirtschaftshof und nachrichtlich auch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, die Ihnen mit diesem Voranschlag zur Kenntnis gebracht werden.

In der nun folgenden Diskussion werden Sie sicher über diesen Ihnen nun vorliegenden Haushaltsvoranschlag hinausgehend Wünsche vorbringen. Wenn Sie - das möchte ich Sie bitten - diese Wünsche herantragen, ersuche ich auch, gleich die Kosten und die Bedeckungsvorschläge für diese Vorhaben zu nennen. Ich glaube es ist notwendig. Wir haben im Rahmen der Kostenvoranschläge keine Einnahmenverbesserungen einkalkulieren können. Es wird sicher notwendig sein, daß wir uns bei jeder Post, die wir zusätzlich beraten, auch über die Kostendeckung Gedanken machen. Wir haben ständig Kostensteigerungen in den verschiedensten Einrichtungen unserer Stadt. Wir werden vielleicht im kommenden Jahr uns auch darüber Gedanken machen müssen, ob die Tarife und Entgelte für Leistungen an die Gemeinde auch einer Überprüfung unterzogen werden sollen. Es ist Ihnen aus der Presse bekannt, daß es in vielen Gemeindestuben schon zu heftigen Diskussionen, sogar zu heftigen Auseinandersetzungen, gekommen ist über die Situation der Kostendeckung von Wasser und Abwasserbeseitigung. Wir haben, damit auch Sie konkret darüber Bescheid wissen, uns mit einem Brief an das Amt der OÖ. Landesregierung gewandt und haben - die Zeitungen und auch das Amtsblatt einer befreundeten Stadt haben darüber berichtet - in der Beantwortung dieses Briefes eindeutig einen Rahmen erblickt, der den Gemeinden vom Land her gesetzt ist, wenn sie von öffentlichen Körperschaften wie Land und Bund, Kredite, Zuschüsse oder Subventionen in Anspruch nehmen wollen; sie selbst müssen zuerst in ihrem eigenen Bereich auf diesem Sektor reinen Tisch machen. Wir werden uns sicher im kommenden Jahr damit - das ist sogar ein Landesregierungsbeschuß - auseinandersetzen müssen. Ich will Ihnen diesen Brief zur Kenntnis bringen:

In Beantwortung unserer Anfra-

ge vom 12. 9. 1968:

"Da die Zahl der Ansuchen der Gemeinden um Förderungsmittel für neue Wasserleitungs- und Kanalbauten, auf Grund der sanitätspolizeilichen und wasserrechtlichen Vorschriften ständig zunimmt, hat die OÖ. Landesregierung einstimmig festgelegt, die Zuteilung von Förderungsmitteln von der Festsetzung und Einhebung entsprechender Gebühren abhängig zu machen."

Als entsprechende Gebühren - das ist vor allem der Streitpunkt in den Gemeindestuben - werden angesehen:

Kanalanschlußgebühren bzw. Baukostenbeiträge. Hier werden Summen wie S 2.500,-- genannt je Abwasser-einheit, darunter ist die Formel gesetzt: Pro Person und Tag.

Als Mindestgebühr wird für das kleinste Objekt ein Betrag von S 10.000,-- angesehen.

Kanalbenutzungsgebühr S 6,-- pro m<sup>3</sup> Abwasser. Erst wenn bei Einhebung dieser Gebühr die Kosten nicht bedeckt werden können, kann eine Förderung aus öffentlichen Mitteln in Betracht gezogen werden.

Wie weit wir selbst hier dieser Verordnung - so könnte man es nennen - uns fügen müssen, werden künftige Beratungen zutage bringen. Jedenfalls müssen wir uns ernst mit diesem Problem, gerade weil wir in den kommenden Jahren auf dem Sektor der Abwasserbeseitigung sehr in Anspruch genommen werden, von der Kostenseite her beschäftigen. Ich wollte Ihnen damit vor allem einen einigermaßen brauchbaren Überblick über die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Gemeinde geben. Wir - das will ich auch betonen - haben einzelne Haushaltsposten besonders herausgenommen. Besonderer Anordnungsbefugnis bedürfen Posten im ordentlichen Haushalt, die als einmalige Ausgaben bezeichnet sind und der außerordentliche Haushalt. Diese Gruppen unter-

liegen Ihrer laufenden Beratung und Ihrer künftigen Beschlußfassung. Es sind Ansatzposten und vielleicht zum Unterschied wie beim Bund noch kein Privileg, keine Legitimation für das Amt, für die Gemeinde, diese auch zu verwirklichen. Die Verwirklichung und die Beratung darüber obliegt Ihnen im kommenden Jahr.

Darf ich Ihnen nun abschließend den Antrag des Stadtsenates zur Verlesung bringen:

3) Ha-2900/68

Voranschlag 1969.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1969 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je

S 110,030.600

der außerordentliche Haushalt in den Einnahmen mit

S 36,041.800

in den Ausgaben mit

S 41,500.000

folglich mit einem

Abgang von

S 5,458.200

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch weitere Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 19,193.500 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 3,680.000, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in Einnahmen und Ausgaben mit je S 620.000 ausgeglichen sowie die Voranschläge der Stiftungen und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1968 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewer- bekapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Ich bitte Sie, diesen Antrag hier zu beraten und ihm Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Bürgermeister als Referent, der uns den ordentlichen und den außerordentlichen Voranschlag vorgetragen hat.

Wenn ich mir eine Bemerkung erlauben darf, möchte ich vorschlagen, die Sitzung auf etwa 10 Minuten zu unterbrechen.

Wer dagegen ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Es ist keine Gegenstimme vorhanden. Ich unterbreche die Sitzung auf 10 Minuten.

Die Sitzung wird auf 10 Minuten unterbrochen!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Unterbrechung ist beendet. Wir nehmen die Beratungen wieder auf. Es wird nun zum Bericht des Herrn Bürgermeisters die Diskussion eröffnet.

Ich bin überzeugt, daß in diesem Referat genügend Ansatzpunkte für eine hoffentlich sachliche Diskussion enthalten waren und ich bitte jetzt schon die Diskussionsredner, sich kurz zu halten und vorallem bei der Sache zu bleiben. Ich hoffe, die Zustimmung des Gemeinderates dazu zu erhalten.

Als ersten Diskussionsredner darf ich Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Petermair das Wort erteilen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Gleichsam zur Eröffnung der Diskussion über die heutige Budgetrede des Herrn Bürgermeisters als Finanzreferent, gestatten Sie mir einige einleitende Worte. Gegenwartsaufgaben müssen im Interesse der jetzt lebenden Menschen gelöst werden. Es genügt nicht, für Versäumnisse in der Gegenwart das Gestern verantwortlich zu machen. Noch gefährlicher wäre es, Gegenwartsaufgaben, mit denen wir nicht fertig werden, von Revolutionären in die Zukunft verschleppen zu lassen. Eine moderne Kommunalpolitik muß die auf sie zukommenden Gegenwartsaufgaben nach der Rangordnung ihrer Dringlichkeit und ihrer Notwendigkeit lösen.

Die öffentliche Hand kann es sich einfach nicht leisten, abseits zu stehen. Sie soll und muß durch verstärkte wirtschaftliche Tätigkeit besonders aber durch die Unterstützung neuer Ideen und Pläne beitragen, die Wirtschaft steigern zu helfen.

Uns liegt, meine Damen und Herren, heuer ein Budget zur Beratung vor, das bei einer Größenordnung von ca. S 151 Millionen eine Darlehensaufnahme von S 35 Millionen erfordert. Mußten wir schon im Voranschlag 1968 S 17 Millionen als Darlehen zuschießen, so wird sich dieser Kreditaufwand für 1969 sicher verdoppeln. Wir müssen uns heute schon die Frage vorlegen, wie weit die Gemeinde bei der Aufnahme von Krediten gehen darf? Welche finanziellen Reserven stehen der Gemeinde zur Verfügung?

Vorerst zum ordentlichen Haushalt ein kurzes Wort.

Die Zahlen des ordentlichen Haushaltes sind in ihrer Richtigkeit schwer durchschaubar. Das sind Amtsvorschläge, die errechnet werden. Bisher konnte man diesen Zahlen nur wenig Vertrauen entgegenbringen, weil sie gezeigt haben, daß sie entweder auf der einen Seite überhöht oder auf der anderen Seite zu niedrig angesetzt waren. Dies zeigt besonders der letzte Voranschlag. Im Voranschlag 1968 waren für Zuschüsse an den außerordentlichen Haushalt S 1,4 Millionen eingesetzt, aber S 11,3 Millionen, also um S 9,9 Millionen mehr sind dem außerordentlichen Haushalt zugeführt worden, und das im sogenannten Sparbudget 1968.

Wenn wir die Vermögensrechnung der Stadt einer Prüfung unterziehen, ausgehend vom Rechnungsabschluß 1967 - ein anderer Abschluß liegt uns zur Zeit noch nicht vor - dann muß daraus entnommen werden, daß die Aktivseite rund S 180 Millionen aufweist, die Passivseite rund S 14 Millionen, sodaß die Stadt ein Barvermögen von S 165 Millionen ausgeliehen hat. Ein Vermögen, das allerdings erst wieder in die Stadtkasse zurückfließen wird, denn der Großteil dieser Mittel, eben S 127 Millionen, sind als Darlehen an die GWG ver-

geben. Auf Grund dieser finanziellen, nur momentan nicht aktivierbaren Reserven, halte ich die Aufnahme von Krediten in der Größenordnung von ca. S 100 Millionen, wie wir es vor einem Jahr uns vorgenommen haben, für die Finanzierung der dringendsten Projekte des außerordentlichen Haushaltes für ohne weiteres vertretbar. Wir sind sogar der Ansicht, daß die Darlehensaufnahme eines so hohen Betrages die Stadt noch keineswegs in eine ernste Lage bringt, wenn man eben die Vermögenslage wie sie im Rechnungsabschluß 1967 ausgewiesen wird, in Betracht zieht.

Meine Damen und Herren, wenn wir Schulden machen, sollten wir trotzdem auf mehr Sparsamkeit achten. Wie man z. B. Millionen einsparen kann, hat sich im letzten Jahr auf dem Sektor der Kindergärten eklatant ergeben. Wir haben im Wehrgraben einen Kindergarten für 120 Kinder gebaut, der laut Rechnung 1967 S 4 Millionen gekostet hat. Auf der Ennsleite konnten wir heuer einen ebenso großen Kindergarten für nur S 600.000, -- einrichten. Der Kindergarten war deshalb so billig, weil er in einem vom Wiederaufbaufonds geförderten Haus errichtet wurde. Weil wir aber, meine Damen und Herren, heute schon wissen, daß auch dieser Kindergarten bereits zu klein wird, ist unseres Erachtens dort ein zweiter zu bauen. Ich möchte an den Gemeinderat appellieren, die sicher gute Gelegenheit nicht vorbeigehen zu lassen und in eines der Häuser des Wiederaufbauvorhabens, die dort gebaut werden, noch einen Kindergarten einzuplanen. Wir sparen dabei sicher noch einige Millionen. Ebenso könnte von der Stadtgemeinde mit dem Verein der Wohnungsfreunde auf dem Tabor ein ähnliches Übereinkommen zur Schaffung eines Kindergartens getroffen werden, denn auch am Tabor ist es äußerst dringend erforderlich, Vorsorge zu treffen, daß bei der kom-

menden Ballung in diesem Siedlungsgebiet Kindergärten erforderlich sind und daher rechtzeitig gebaut werden sollen.

Millionen kostet aber auch der Ausbau und die Modernisierung der Straßen unserer Stadt. Die Stadt zählt heute schon mehr als 10.000 Fahrzeuge. Beim Stoßverkehr bahnen sich chaotische Zustände an. Wir müssen dem Ausbau der Straßen auch endlich jenen Vorrang zuerkennen, der sich aus der stürmischen Entwicklung der Motorisierung ergibt. Ich halte es, meine geehrten Damen und Herren für notwendig, daß der Gemeinderat schon in nächster Zeit ein generelles Straßenbauprogramm ausarbeitet, das heißt, eine verbindliche Rangordnung der zu realisierenden Projekte aufstellt und gleichzeitig auch einen entsprechenden Finanzierungsplan berät und beschließt. Wir haben heuer zu Beginn des Jahres einen sehr erfreulichen Anfang mit Informationsgemeinderatssitzungen gemacht. Es blieb aber nur bei diesen beiden Malen. Es war immerhin ein Anfang. Nun eine Anregung, könnten wir die Frage des Verkehrsproblems nicht in einer solchen Informationssitzung beraten und uns damit beschäftigen?

Wir werden im Straßenbau unserer Meinung nach ohne die Aufnahme von zusätzlichen Krediten nicht auskommen. Hätten wir z. B. mit der vor mehr als 10 Jahren schon projektierten Hundsrabenumfahrung wenigstens vor 5 Jahren begonnen, wären wir gewiß mit geringeren finanziellen Mitteln ausgekommen, als wir es nun in Zukunft tun müssen. Wir wären heute schon um ein großes Stück weiter. Lassen wir wenigstens jetzt nicht noch mehr Zeit verstreichen.

Immer dringender wird in unserer Stadt die Beschaffung von Parkraum. Der Stadtplatz ist überfüllt, der Ennskai ist überfüllt. Die Straßen sind von abgestellten Autos verstopft. Hier

auch der Appell an den Gemeinderat, forcieren wir endlich den Ausbau des Wieserfeldplatzes als neues Parkzentrum in unserer Stadt. Obwohl meines Wissens die Pläne längst fertig sind, werden die Grundablöseverhandlungen von Seiten der Gemeinde unserer Meinung nach schleppend und ohne Initiative geführt. Aber auch durch den Erwerb der Liegenschaft Wurz haben wir auch dort die Möglichkeit, Parkraum zu schaffen. Dem Vernehmen nach würde dort eine Mineralölfirma ein Projekt errichten, das der Gemeinde nichts kostet, die Parkraumnot aber vielleicht vermindern würde. Wir meinen daher, daß hier schneller verhandelt werden sollte, damit solche Projekte früher verwirklicht werden könnten.

Meine Damen und Herren, auf Grund meiner eingangs angestellten Überlegungen hinsichtlich der Vermögenslage werden im Verlauf der weiteren Diskussion einige Kollegen meiner Fraktion zum Voranschlag 1969 etwas zu sagen haben. Es ist meines Erachtens nach nicht zu übersehen, daß es immerhin noch ungelöste städtische Lebensfragen gibt. Wir bitten daher die Kollegen der Mehrheitsfraktion, auch die von uns vorzubringenden Anregungen zu prüfen, damit in gemeinsamer Arbeit für unsere Stadt noch mehr geleistet werden kann. Es gibt keine Probleme, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, die sich nicht mit gutem Willen und ehrlicher Kompromißbereitschaft lösen lassen. Voraussetzung ist, daß jeder trachtet, den anderen zu verstehen, Mißtrauen zu zerstreuen und Rechthaberei zu vermeiden. Landesrat Enge hat einmal gesagt: Das Zusammenleben in einer Gemeinde, soll es nicht unerträglich werden, erfordert Toleranz und Einsicht.

Die Erklärung unserer Fraktion zum Budget 1969 werde ich vor Schluß der Diskussion abgeben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Kollegen Petermair für seinen Diskussionsbeitrag. Als Nächste haben sich angemeldet: Die Gemeinderäte Zöchling, Dr. Gärber, August Moser und Fritsch.

Die weitere Reihenfolge wird später bekanntgegeben.

GEMEINDERAT JOHANN ZÖCHLING:  
Meine geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn im heute besprochenen Haushaltsplan 1969 erstmalig ein Fremdenverkehrsförderungsbeitrag von S 310.000,-- aufscheint, ist das das erste Ergebnis einer langjährigen mühevollen Bemühung, endlich unsere Stadt zur Fremdenverkehrsstadt zu machen. Am 16. Oktober 1968 war es so weit, der Fremdenverkehr Steyr wurde konstituiert und die Fremdenverkehrskommission gewählt. Aus allen Schichten unserer Bevölkerung sind Vertreter in dieser Kommission. Sie werden alle als aufgeschlossene Gemeindevertreter wissen, daß wir hier sehr sehr viel zum Aufholen haben. Dieser Vorstand hat bereits 4 Sitzungen durchgeführt und gemeinsam mit den Beamten unserer Stadt vieles erreicht. Zwar ist heute noch die Geschäftsstelle verwaist, doch auch hier hoffen wir auf eine baldige befriedigende Lösung. Wir wissen, daß unser Schwerpunkt im Fremdenverkehr nicht bei den erholungssuchenden Feriengästen sein wird, sondern bei jenen, die ein oder zwei Tage Steyr einen Besuch abstatten. Ich erinnere mich sehr gut an ein Feuerwehrtreffen, an einen Blumenkorso und in diesem Jahr an den Kongreß des Österreichischen Alpenvereines. Wir werden daher in der nächsten Zeit mit den Obmännern aller Vereine in Steyr in Verbindung treten, damit diese bei ihren übergeordneten Stellen versuchen, ihre Tagungen und Kongresse in unserer Stadt durchzuführen. Wir haben ferner den

Direktionen der Steyr-Werke, der GFM und der Ennskraftwerke Faltprospekte unserer Stadt mit der Bitte übergeben, bei ihren zahlreichen Exkursionen auch auf den Besuch von Steyr aufmerksam zu machen.

Die Sorge um die öffentlichen Bedürfnisanstalten wurde ebenfalls besprochen. Nicht die Herstellung derselben macht uns Sorgen, sondern die spätere Wartung. Hier sind wir mit einer Wiener Firma in Verbindung, die zur Zeit auch die Wartung bei den Österreichischen Bundesbahnen übernommen hat. Höflichkeitsverwarnungen der Polizei sollen neu ausgelegt werden.

Ich wollte hier nur einige Punkte aus dem großen Sorgenkatalog unserer Kommission vortragen, damit Sie sehen, daß es uns ernst ist, ernst um den neuen Wirtschaftszweig Fremdenverkehr in Steyr. So wie wir als Gemeindevertreter versucht haben, Gewerbegebiete aufzuschließen, werden wir im Fremdenverkehr versuchen, durch günstige Kredite, Subventionen von Bund und Land, unsere Betriebe fortschrittlicher, angenehmer und schöner zu gestalten. Zum Abschluß, sehr geehrte Damen und Herren, eine Bitte an Sie. Zeigen Sie sich auch weiter so aufgeschlossen zum Fremdenverkehr. Ein international anerkannter Fremdenverkehrsfachmann aus der Schweiz hat anlässlich einer Tagung in Bad Hall in seinem Referat unter anderem gesagt: "In der Stadt Steyr wäre fremdenverkehrsmäßig das Geld noch von der Straße zu scheffeln." Abschließend hat der Präsident der OÖ. Handelskammer, Herr Dr. Schütz, bei einer Tagung in Steyr spontan ausgerufen und damit möchte ich schließen: "Steyr ist ein Juwel an Schönheit, Steyr ist das Rothenburg von Österreich".

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat

Zöchling für seinen Beitrag zur Diskussion. Als Nächsten bitte ich Herrn Gemeinderat Dr. Gärber!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Ich muß sozusagen heute wieder den "bösen Buben" spielen und möchte den Haushalt von einer ganz anderen Warte aus wie Sie es gewohnt sind, nämlich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, beleuchten. Ich habe voriges Jahr gesagt, das Budget ist krank, aber heuer muß ich sagen, daß das Budget siech ist, und warum? Sie sehen, daß die Einnahmen ständig schrumpfen und die Ausgaben immer mehr werden.

Jener Teil, der Ihnen zur Verfügung steht, wird immer kleiner. In den ganzen Jahren haben Sie nichts unternommen, um diese Divergenz der Einnahmen und Ausgaben zu ändern.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Die Wahl haben wir verspielt!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich möchte daher folgendes sagen. Die Gemeinde Steyr ist in erster Linie ein Wirtschaftskörper und keine Wohltätigkeitsinstitution, die Gelder zu verschenken hat. Ich möchte nur bemerken, daß z. B. die Gemeinde Steyr durch die GWG einen wirtschaftlichen Schaden von mindestens S 10 Millionen im Jahr erleidet.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Ich habe nicht gelacht, Herr Doktor!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Der Mietzins, den die ungefähr

2.000 Mieter jährlich bezahlen, wird von der Gemeinde mit monatlich S 400,- bis S 500,- gestützt. Außerdem wird für jede neuerrichtete Wohnung im Jahre der Erbauung seitens der Gemeinde ein Zuschuß von ungefähr S 50.000,- bei Vergebung der Wohnung bezahlt. Das ergibt eine ganz einfache Rechnung. Die Gemeinde gibt jedes Jahr S 12 Millionen bis S 15 Millionen an Darlehen und damit werden ungefähr 200 Wohnungen gebaut. Dividieren Sie die S 10 Millionen durch diese 200, so kommen Sie auf S 50.000,-. Diese exorbitante Stützung erschüttert die finanzielle Grundlage der Stadt. Diese Stützungen sind aber nicht in jedem Fall berechtigt. Die Folge davon ist, daß wirklich wirtschaftswachstumsfördernde Maßnahmen wie die Straßenerneuerung, die Durchführung einer modernen und äußerst notwendigen Verkehrs- und Straßenplanung, dauernd hinausgeschoben werden und der Stadt dadurch neue Einnahmen entgehen. Ich möchte nur kurz umreißen, die Investitionen, die die Gemeinde Steyr in letzter Zeit hätte machen sollen, um wirklich aktiv und in vorderster Linie zu stehen, erreichen meines Erachtens einen Betrag von ungefähr S 200 Millionen. Sie haben viel geleistet im Wohnungsbau, das ist richtig und ich will das anerkennen. Aber die S 130 Millionen, die die Gemeinde dort liegen hat, die rosten und arbeiten nicht wirtschaftlich. Da liegt auch dieser Verlust der S 10 Millionen, den die Stadtgemeinde jährlich erleidet. Es wird Aufgabe sein, diese Gelder, die dort vollkommen verdorren, flüssig zu machen und der Wirtschaft zuzuführen, sie arbeiten zu lassen, um Gewinn für die Stadt zu tragen und die Einnahmen der Gemeinde zu erhöhen. Es ist auch dies möglich. Hierzu kommt noch die wirtschaftliche Stagnation im Bezirk Steyr Land. Sie wissen alle, daß im Steyrtal Betriebe gesperrt wurden, ich erwähne nur Neuzeughammer, die Pils-Werke in Grünburg .....

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT  
HEINRICH SCHWARZ:

Neuzeughammer wurde nicht gesperrt!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Die Firma an und für sich ist aber zugrunde gegangen. Die Stagnation in den Holzverarbeitenden Betrieben und außerdem die Stilllegung der Steyrtalbahn sind natürlich auch ein Ausdruck der wirtschaftlichen Schwäche in diesem Gebiet. Im Ennstal hindert der mangelnde Ausbau der Eisenbundesstraße eine Wirtschaftsbelebung. In Steyr selbst sperren immer wieder Geschäfte, sogar Geschäftslokale im inneren Stadtbezirk sind zeitweise nicht vermietet. Das Hotel Münichholz mußte eingestellt werden, alte Häuser im Stadtviertel verfallen. Meine Herren, alles Zeichen eines wirtschaftlichen Niederganges. Dies bleibt natürlich nicht ohne Auswirkung auf die Finanzen der Stadt und ist der sichtbare Ausdruck für das Defizit der letzten Jahre. Wenn ich die finanzielle Lage der Stadt dank der übergroßen Einnahmen der Vorjahre als nicht schlecht betrachte, so muß ich doch sagen, daß die großen Einnahmen der Vorjahre nicht wirtschaftlich genutzt wurden. Was sehr bedenklich ist, das ist die wirtschaftliche Lage der Stadt, die man sogar als katastrophal bezeichnen könnte. Der Rechnungsabschluß 1967 weist ein Defizit von Schilling 30,671.139,- auf, das sind 26,2 %. Im Nachtragsvoranschlag 1968 ist ein Defizit von S 31,175.000,- -- ausgewiesen. Der Voranschlag 1969 sieht ein Defizit von S 35 Millionen vor, das sind 31,8 %. Rechnen Sie die Defizite dieser 3 Jahre zusammen, so kommen Sie auf die erkleckliche Summe von nahezu S 100 Millionen. Diese S 100 Millionen sind eine Jahreseinnahme der Stadt Steyr. Wenn Sie so weitermachen, können Sie damit rechnen, daß die Stadt Steyr in

3 oder höchstens 5 Jahren konkursreif ist. Meine Damen und Herren, setzen wir uns doch nicht des Vorwurfes der fahrlässigen Krida aus, wenn wir so weitermachen, werden wir jedes Jahr mit diesem Defizit rechnen müssen. Ich mache Sie aufmerksam, ich bin absolut nicht gegen Kreditaufnahmen. Ich bin sogar der Meinung, daß die Kreditaufnahme viel zu wenig ist, aber um die Verwendung der Kredite, darum dreht es sich, die muß entsprechend sein. Schauen Sie, meine Herren, ich praktiziere die Kreditaufnahme seit 10 Jahren. Ich habe so viele Schulden, daß Sie staunen würden, aber niemand wird sagen, daß meine finanzielle Lage prekär ist. Ich muß sagen, ich habe gute Erfolge gehabt damit. Hätte ich das nicht gemacht, so stünde ich heute nicht so wirtschaftlich da. Ich will auch dieses Geheimnis gerne weiterleiten und Sie gerne beraten über Kreditaufnahme, nur dreht es sich darum, was mit diesen Krediten gemacht wird.

Noch etwas. Der Wohnhauswiederaufbaufonds wurde meines Erachtens widmungswidrig für die Errichtung von Hochhäusern verwendet, anstatt für die Erneuerung der Altstadt, zur Beseitigung der letzten Bombenschäden und zur Erhaltung der Kulturdenkmäler der Stadt Steyr, damit hätte man einen viel rascheren Rückfluß des Geldes gehabt. Sie hätten es viel erträgnisreicher anlegen können für die Gemeinde und es wäre der Stadt für den Fremdenverkehr ein großer Nutzen aus dieser Sache entstanden.

Gemeindeausschüsse. Ich bin mit den Gemeindeausschüssen nicht zufrieden. Und zwar weswegen? Diese Gemeindeausschüsse führen ein Scheindasein, indem von dort keine Initiative ausgeht und sie müssen meines Erachtens dadurch aufgewertet werden, daß sie zu den Trägern einer wirklichen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung und einer Wiedergeburt unserer schönen Stadt Steyr werden. Sie müs-

sen der Ursprung neuer zukunftsweisender Ideen sein. Gelder von aufgenommenen Darlehen dürfen in Zukunft nur mehr für Investitionen im außerordentlichen Haushalt verwendet werden, die echte wirtschaftswachstumsfördernde Maßnahmen sind und einen Wirtschafts- und Einkommenszuwachs für die Stadt selbst bedeuten und nicht für Subventionen solcher Vorhaben, die der Stadt dauernd Lasten auferlegen, mit Ausnahme des Schulbaues. Das ist ein anderes Kapitel, darauf komme ich noch zu sprechen. Nun einen kurzen Überblick über den Personalaufwand. Der Personalaufwand der Stadt Steyr seit 1964 verläuft folgend: Im Jahre 1964 S 28,6 Millionen, das sind 24,4 %. 1965 S 30,4 Millionen oder 25,3 %. Im Jahre 1966 S 33 Millionen oder 30 %. Im Jahre 1967 S 37 Millionen oder 31,4 %. Im Jahre 1968 S 40,3 Millionen oder 34,2 %. Im Jahre 1969 fast S 46 Millionen oder 41,7 %. Dies bedeutet eine Steigerung seit 1964 von 75 %. Nun möchte ich dazu einen Vergleich geben zum Personalaufwand, wie er in den letzten Tagen in den Zeitungen erschienen ist. Vom Land OÖ., der Durchschnitt liegt bei 30 %. Niederösterreich liegt am Höchsten mit 35 %. Das glückliche Vorarlberg weist einen Personalaufwand von nur 17,3 % auf.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WALTER MOSER:

Die haben auch keinen Landeschulinspektor!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Meine Herren, was sie nicht haben, das weiß ich nicht. Ich kann nur sagen, daß Vorarlberg wirklich gut fundiert ist und gut wirtschaftet und mit dem auskommt. An diesen Dingen müssen wir uns ein Vorbild nehmen und schauen, warum die damit auskommen und warum wir das nicht können. Ich weiß, daß es für Steyr besonders

schwierig ist, aber es wird nichts übrig bleiben, diesen Personalstand in irgend eine Relation zu den Einnahmen zu bringen.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Ein Vorschlag: Lohnkürzungen oder Abbau?

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Nein, nein. Ich bin für keine Lohnkürzungen. Abbau, bitte, da müßte eine Überprüfung stattfinden.

Noch etwas zu den Kopfquoten für die Gemeindeeinnahmen in Oberösterreich. Im Jahre 1961 war die durchschnittliche Kopfquote S 886,--. In Steyr hatte man seinerzeit eine Kopfquote von über S 4.000,-- Steuereinnahmen. Meine Damen und Herren, Sie sehen wie gut es der Gemeinde Steyr gegangen ist und welche Wirkungen hätten diese Einnahmen seinerzeit erzielen können. Im Jahre 1967 ist die durchschnittliche Gemeindeeinnahmekopfquote in OÖ. S 1.513,--. Wir in Steyr sind immer noch in der glücklichen Lage, eine Kopfquote von S 3.080,-- zu haben. Also ist es gar nicht so schlecht um uns bestellt. Ich sage immer, die Wirtschaft in der Gemeinde ist nicht nach erträgnisreichen Gesichtspunkten ausgerichtet. Hier muß eine Änderung einsetzen.

Noch etwas. Das Einkommen der Bewohner der Stadt Steyr liegt mit 174 % über dem Bundesdurchschnitt. Linz weist nur ein Einkommen von 151 % auf. Wels von 142 %, Wien 139 %. Braunau und Gmunden usw. liegen bei 80 %. Perg sogar zwischen 60 % und 70 %. Sie sehen, wir sind bei den Einnahmen noch immer führend, wir können uns nicht beschweren, daß wir zu wenige Einnahmen haben. Irgendwo muß ein Hund liegen und ich glaube, die Aufgabe unser aller wird es sein, die Wirkung dieser Einnahmen entsprechend einem Erfolg zuzuführen.

Ich glaube, es liegt hier der Mangel, denn irgendwo muß der Hund begraben sein, weil die Gemeindefinanzen doch nicht so richtig funktionieren.

Nun zur Sanierung des Stadthaushaltes einige Worte. Es werden einschneidende und harte Maßnahmen sicher unumgänglich notwendig sein. Um einerseits die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen und andererseits das Einkommen der Stadt zu erhöhen, was das allerwesentlichste ist, werden wir jeden Tag daran denken müssen, wie können wir unsere Einnahmen erhöhen, das ganze Um und Auf, unsere ganze Zukunft für Steyr. Daß natürlich die Ausgaben im ordentlichen Haushalt nach Möglichkeit gesenkt werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit, um eine geordnete Wirtschaftsführung zu ermöglichen. Es werden daher folgende Maßnahmen notwendig sein:

1) Ein Umdenken der ganzen Bevölkerung ist notwendig, damit wir nicht in der Wohlstandsbequemlichkeit untergehen. Der Gemeindebewohner darf nicht immer nur von der Gemeinde fordern und Geschenke erwarten. Jeder ist dazu aufgerufen, aktiv je nach seinen Möglichkeiten und seiner finanziellen Kraft am Wiedergesunden der Stadt Steyr mitzuwirken. Die Abwälzung persönlicher Dienstleistungen auf die Allgemeinheit, wie es bei uns gang und gäbe ist, um selbst ein Leben in Bequemlichkeit und in Luxus zu führen, wie Auto, Fernsehen, Auslandsreisen usw., wird für die Stadtgemeinde nicht mehr tragbar sein und eine Umstellung notwendig machen.

Sehen Sie, wenn jemand für die Wohnung wenig bezahlt und von der Gemeinde einen Zuschuß erhält, so bleibt ihm soviel Geld, daß er mit diesem Geld in das Ausland fahren kann. Diese Auslandsreisen, die sich so viele leisten, können sie deswegen durchführen, weil sie für die Wohnung nicht den kostendeckenden Betrag bezahlen.

Würden sie ihn bezahlen, würde er der Wirtschaft der Stadt zugute kommen, die Einnahmen würden erhöht werden, aber nicht die Einnahmen des italienischen oder jugoslawischen Staates.

2) Die Darlehensgewährung seitens der Stadt Steyr an die GWG ist einer Änderung zuzuführen. Es ist ein Unding, wenn die Gemeinde Steyr Gelder verleiht, die sie selbst gar nicht hat. Es wird aber auch ein anderer Weg möglich sein, und zwar so, daß auch deutlich zum Ausdruck kommt, wie hoch die Stützungssummen für die GWG sind. Und zwar wird die GWG, genauso wie sich die Gemeinde Steyr jetzt an den Kapitalmarkt wenden muß, auch als Gesellschaft, die einen Besitz von über S 300 Millionen aufweist, sich selbst an den Kapitalmarkt wenden müssen und es ist vielleicht möglich, daß die Gemeinde dann einen Zinszuschuß leistet und dann wird auch klar zutage treten, wieviel die GWG wirklich von der Gemeinde bekommt und nicht wie es jetzt ist, daß man das irgendwo heraussuchen muß, was die GWG eigentlich bekommt.

3) Die Rückzahlungsquoten der Darlehen der GWG an die Stadt Steyr sind zu erhöhen. Es ist in der heutigen Zeit der schleichenden Inflation unmöglich, Rückzahlungsquoten von 1 % weiterhin für die Stadt durchzuführen, weil dies einen derartigen finanziellen Nachteil und wirtschaftlichen Verlust für die Stadt bedeutet und auf die Dauer nicht mehr tragbar ist. Es bedeutet dies einen furchtbaren Verfall des Vermögens der Stadt selbst. Wie wollen Sie das bei der GWG machen? Da gibt es auch verschiedene Möglichkeiten: Entweder werden die erhöhten Rückzahlungsquoten durch Zinsvorauszahlungen ermöglicht oder daß die GWG einzelne Häuser ins Wohnungseigentum verkauft und dadurch der Gemeinde den dauernden Zuschuß rascher rückvergütet. Darüber wird sich wohl der Gemeinderat einmal zusammensetzen müssen und

schauen, wie man hier eine wirtschaftliche Lösung dieser ganzen Dinge durchführen kann, ohne den Betroffenen zuviel in Anspruch zu nehmen. Aber so wie es jetzt ist, verschmört das Geld dort, es liegen diese S 130 Millionen vollkommen brach und führen zu keinem wirtschaftlichen Nutzen, in keiner Beziehung.

4) Die Erbauung der Hundsgabenumfahrung ist sofort in Angriff zu nehmen und für 1969 mindestens ein Betrag von S 10 Millionen zur Verfügung zu stellen. Ich hätte auch gar nichts dagegen, wenn Sie dafür, um dieses Projekt in einem Zuge durchzuführen, ein Darlehen von S 30 Millionen momentan aufnehmen. Dies ist einerseits für die Arbeitsbeschaffung und andererseits für den Wirtschaftsaufschwung und für die Einnahmenerhöhung der Stadt Steyr besonders wichtig. Es ist folgendes: Ein Wirtschaftsaufschwung wird sich nur dort vollziehen, wo sie eine entsprechende Aufschließung der Gegend durch die Straßen haben. Andererseits ist die Hundsgabenumfahrung aus zwei Gründen noch wichtig. Sie wissen genau, daß der Bund dort das Realgymnasium bauen wird. Haben Sie die Straßen nicht gebaut und die Baugründe nicht aufgeschlossen, wird sich der Bund immer wieder ausreden, wir können nicht bauen, weil wir keine Zufahrtsstraßen haben. Der zweite Punkt ist der, daß - soweit mir bekannt ist - die VÖEST die Garantie für die alten Eisenbrücken nur bis zum Februar 1969 übernommen hat. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Sehen Sie, was passiert, wenn ab 1969 die Garantie niemand mehr für diese Brücken übernimmt? Wir werden gezwungen sein, dieses Projekt durchzuführen. Je früher wir es durchführen, ich sage, Sie gewinnen nur, Sie haben eine Einnahmenerhöhung, wenn Sie das Hundsgabenprojekt, je eher desto besser, durchführen. Wenn Sie in einem oder in zwei Jahren zügig

den ganzen Bau der Hundsgabenumfahrung durchführen, so kann ich Ihnen versichern, daß sich die Gemeinde Steyr mindestens einen Betrag von S 10 Millionen ersparen wird.

5) Es ist alles zu unternehmen, um den Bund zum Bau des neuen Bundesrealgymnasiums so rasch wie möglich zu bewegen. Warum? Der Bau des Bundesrealgymnasiums kostet der Gemeinde nichts, weil der Bund baut und zweitens wird die Wirtschaft in Steyr durch diese Gelder des Bundes befruchtet. Die Einnahmen der Gemeinde Steyr werden dadurch erhöht. Ich möchte daher vorschlagen, daß zu diesem Zwecke ein Aktionskomitee gegründet wird, um auch in der Öffentlichkeit für den raschen Beginn des Bundesrealgymnasiums zu werben. Wir haben hier in Steyr das Glück, daß wir einen Nationalrat haben, der selbst Professor an dieser Schule war, Herr Prof. Radinger, außerdem sitzt in unserem Gemeinderat Herr Direktor Schneider und ich glaube, es wird sich auch jemand vom Elternverein finden und andere kompetente Stellen in Steyr, die Wirtschaft usw., daß man hier doch etwas mehr Reklame macht, wenn man so sagen darf, um diesen Bau in Schwung zu bringen. Das bringt der Gemeinde bestimmt eine Einnahme von jährlich mindestens S 1 Million. Sie haben dazu keine Ausgabe. Sehen Sie, wir müssen die Wirtschaftsförderung betreiben, dann wird es auch wieder aufwärts gehen. Es hat noch einen Vorteil. Es kommen von auswärts mehr Schüler nach Steyr, die Geld in die Stadt bringen. Das kostet auch der Gemeinde wieder nichts.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Die Schulklassen bekommen wir geschenkt!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Das macht ja der Bund, nicht die

Gemeinde. Wir müssen das vom Standpunkt der Gemeinde betrachten. Noch etwas. Die Schüler der Gemeinde Steyr, die hier nicht unterkommen können, brauchen nicht in fremde Schulstädte ziehen und das Geld wird wieder von Steyr in andere Städte verlagert. Daher ist dieser Schulbau für die Einnahmeförderung der Stadt Steyr aus drei Gründen besonders wichtig. In der positiven und in zwei Gründen auch von der negativen Seite. Lassen Sie sich das durch den Kopf gehen. Sie werden mir recht geben müssen.

6) Die Bundesstraßenverwaltung möge veranlaßt werden, die Engstellen der Eisenbundesstraße so rasch wie möglich wenigstens provisorisch zu verbreitern, um einen zügigen Verkehr bis Weyer zu gewährleisten. Das sind kleine Ausgaben und ich glaube, daß sich das mit einem Betrag von S 1 Million machen lassen würde. Wenn man einfach auf der Seite dort, wo die Engstellen sind, das Erdreich wegbringt. Ich meine keine großzügigen Ausbauten, nur diese Engstellen beseitigen. Da ist gar nicht soviel dabei. Das könnte in einigen Tagen von einem Caterpillar besorgt werden. Wenn Sie bedenken, was Bauern bei Güterwegen selbst oft leisten, so wird es auch möglich sein, diese Engstellen, die noch bestehen und die den Verkehr derart behindern, in einem Jahr doch wenigstens soweit zu beseitigen, daß der Verkehr zumindest zweigleisig durchgeführt werden kann.

Nehmen Sie sich ein Vorbild an der Bundesstraßenverwaltung für Niederösterreich. Niederösterreich hat die ganzen Bundesstraßen bis zur Grenze Steyr ausgebaut. Betrachten Sie den Zubringer Haag, betrachten Sie die Voralpen-Bundesstraße von St. Peter her. Wenn Sie zur Stadtgrenze kommen, ist Schluß. Ist denn das notwendig?

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Damit wird im Frühjahr 1969 begonnen!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

7) Außerdem der ganze Durchzug. Wenn Sie die Haratzmüller Straße betrachten, das ist auch langsam Bundessache. Diese Straße ist eine Waschrumpel, wie dieses Pflaster aufgeworfen ist. Ich muß schon sagen, hier müßte man schon auf den Bund etwas mehr einwirken, daß diese Sache wirklich zügig durchgeführt wird.

8) Ausbau der Seifentruhe. Er kann ruhig parallel zum Hundsgrabenprojekt laufen. Dieser innere Stadtring, je schneller er durchgeführt wird, umso mehr wird die Wirtschaft in Steyr gewinnen.

9) Die Grundlagenforschung für die Erneuerung der Altstadt wäre unverzüglich in Angriff zu nehmen und dem privaten Hausbesitzer hier mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, daß die Erneuerung auch wirklich sinnvoll durchgeführt wird. Ich glaube, man kann die Hausbesitzer dazu bringen, daß sie sich mehr einsetzen. Es ist heute aber furchtbar schwer, sie dazu zu bewegen, weil eben das Mietengesetz ein derartiges Hindernis ist und wenn sie heute den § 7 Antrag stellen seitens der Hausbesitzer, so ist das ein Leidensweg, sodaß es wirklich jeden verdrießt, noch etwas zu machen, obwohl er der Wirtschaft gute Dienste leisten würde, weil überall diese Anträge einer Sabotage entgegensehen.

Das schwierigste Kapitel, als 10. Punkt, sind die Personalkosten. Meine Damen und Herren, wie dieses Problem gelöst werden wird, dazu müssen wir uns wirklich noch gründlich den Kopf zerbrechen.

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Gilt das auch für Ärztekosten?

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich bekomme jedenfalls keinen Groschen von der Gemeinde.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUAMNN:

Die Ärzte sind auch so teuer!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich bin bestimmt nicht teuer. Denn zu mir kommt einer 1/4 Jahr lang um S 52, --.

Sie haben im heurigen Jahr einen guten Anfang gemacht, das muß ich dankbar quittieren, mit dem Versuch der wirtschaftlichen Führung des Altersheimes. Bitte, machen Sie auf allen Gebieten und Gruppen der Stadtfinanzen dieselben Vorschläge und schauen Sie, daß wir möglichst in jedem Punkt wirtschaftlich durchkommen. Ich möchte noch bedenken, daß auch die wirtschaftliche Führung der Gastbetriebe, die der Gemeinde Steyr gehören, nicht ganz in Ordnung ist, denn sie decken die Regien, aber sie sind nicht für sich erhaltungsfähig, es muß die Gemeinde immer wieder zuschießen. Auch dies sind Ausgaben, die bei einer geordneten Wirtschaftsführung nicht sein sollen. Ich möchte Sie daher bitten, bei der Beschlußfassung über das vorliegende Budget alle diese Gründe irgendwie in das Kalkül zu ziehen und vielleicht wird die heutige Gemeinderatssitzung ein denkwürdiger Tag sein in der Wende dadurch, daß die Gemeinde Steyr nicht dem Ruin entgegengeht, sondern einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Dr. Gärber. Als nächster Redner auf der Liste darf ich Herrn Gemeinderat Moser bitten! Vielleicht darf ich noch eine Bemerkung anschließen. Wir brechen heute mit

einer jahrelangen Tradition, die Budgetbeiträge nehmen zu. Es sprechen nicht nur die Fraktionssprecher, sondern es haben sich bereits eine ganze Reihe von Gemeinderäten zu Wort gemeldet. Ich habe bisher etwa 10 in Vormerkung.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:  
Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte anknüpfen bei der letzten Äußerung des Herrn Vizebürgermeisters Weiss, der gesagt hat, wir brechen heute in der Budgetberatung mit einer Tradition. Das heißt, in früheren Jahren haben meist nur die Fraktionssprecher in der Budgetberatung gesprochen. Es hat Zeiten gegeben, wo ich der einzige Sprecher war, wo die anderen nur ihre Zustimmungserklärung gegeben haben. Ich begrüße es, wenn ein lebhafter Wind in die Gemeindestube kommt. Es ist heute von Herrn Vizebürgermeister Petermair Kritik geübt worden an der Budgeterstellung, es ist von undurchschaubaren Zahlen gesprochen worden usw., es ist gesprochen worden, daß man billiger bauen soll. Genaugenommen, es wurde nichts Neues gesagt und gebracht, andere Projekte aufgeworfen, das was in der Vergangenheit immer geschehen ist.

Herr Dr. Gärber ist mit einem 10 Punkte umfassenden Vorschlag gekommen, mit einer Kritik an der bisherigen Erstellung des Budgets, besonders an der Wirtschaftsführung der Gemeinde, und sagte, daß die Gemeinde schlecht gewirtschaftet hat, daß wir, wenn wir so weitermachen, in 3 - 5 Jahren eine Bankrotterklärung abgeben müssen. Es ist nicht meine Aufgabe als die kleinste Fraktion gewissermaßen die Gemeindepolitik zu verteidigen. Ich habe in den vergangenen Jahren dort, wo ich glaubte daß es notwendig ist, manches kritisiert, Vorschläge gebracht und mir ist bewußt, daß die Mehrheit des Hauses - dazu

gehören beide großen Parteien - nicht gerade die Vorschläge durchführen wird, die die kleinste Fraktion bringt. Trotzdem wurden durch unsere Beharrlichkeit in der Vergangenheit manche für die Bevölkerung nützliche Vorschläge, die wir gemacht haben, durchgeführt. Es hat jahrelanger Arbeit bedurft. Ich verweise auf die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters zum Budget, der in der Erklärung der verschiedenen Posten selbst gleich hinzugefügt hat, er macht aufmerksam, daß es größtenteils Posten sind, die zur Fertigstellung schon begonnener Projekte vorgeschlagen wurden, daß es - wir wissen das - ganz wenige Ansätze gibt für neue Projekte. Herr Dr. Gärber hat so gesprochen, als wäre die Gemeinde nur eine Wohlfahrtsinstitution, die für jeden Geschenke gibt. Was ich vermißt habe von beiden Herren, auch in den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters, das ist auf die Quelle, auf die Ursache dieser Entwicklung, zu der die Gemeinden, nicht nur die Gemeinde Steyr, hingeführt werden, zu verweisen.

Herr Dr. Gärber hat in den letzten von ihm ausgeführten Sätzen erwähnt, man müsse auf den Bund mehr einwirken. Ich beziehe das auf die gesamten Fragen, die von den beiden Sprechern aufgeworfen wurden und auch auf die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters zur Erläuterung des Budgets. Herr Bürgermeister, der im vergangenen Jahr sein neues Amt als Finanzreferent der Gemeinde antrat, hat eine sehr anschauliche Darstellung gegeben von der Entwicklung der Finanzen des Bundes und ihre benachteiligende Auswirkung für die Gemeinden. Es hat sich in den vergangenen Jahren - das habe ich schon einige Male gesagt - gebessert, es war früher verpönt, die Finanzpolitik des Bundes im Zusammenhang mit der Finanzpolitik und der Wirtschaft der Gemeinde aufzuzeigen. Die Finanzpoli-

tik, die heute vom Bund gemacht wird, die den Gemeinden - und besonders den Industriegemeinden - den Lebensfaden abschneidet, ist das Grundübel. Hier vermisse ich sowohl von der Mehrheit des Hauses als auch vom Finanzreferenten, Herrn Bürgermeister, den entsprechenden scharfen Protest und ich vermisse es auch in den Ausführungen der bisherigen Sprecher der beiden anderen Fraktionen, die die Übelstände ihrer Meinung nach aufzeigen, aber nicht auf den Grund des Übels gehen. Der Grund aller Übel für die Industriegemeinden insbesondere ist die Finanzpolitik des Bundes. Ich werde mir erlauben, einige gravierende Zahlen aufzuzeigen, die beweisen, daß das Budget des Bundes ein Budget für die Reichen, für die Besitzenden ist. Diese Resolution des Städtebundes, die uns der Herr Bürgermeister mitgeteilt hat, betrachte ich als einen Notschrei des Städtebundes, den er an die Bundesregierung richtet, mit der lahmen Bitte verbunden, doch zu berücksichtigen, daß man den Industriegemeinden auch die Lebensmöglichkeit geben muß. Der Herr Bürgermeister hat im vergangenen Jahr die Notlage Steyrs gewissermaßen so charakterisiert und so definiert, daß er gesagt hat: "Ich glaube der Begriff Notlage ist dann voll berechtigt, wenn eine Stadt aus den ordentlichen Einnahmen ihre Erfordernisse nicht mehr bestreiten kann." Er hat damit recht. Wenn das Einkommen eines Mannes nicht ausreicht, um seinen Familienhaushalt bestreiten zu können und er daher zum Schuldenmachen greifen muß, dann ist Notstand in der Familie gegeben. Jetzt ist durch die Finanzpolitik des Bundes auch Notstand für die Gemeinden gegeben. Das unsoziale Budget der Teuerung und der erhöhten Massensteuern für 1969 bezeichnete der Finanzminister Dr. Koren als Mittel einer konsequenten Politik der Wachstumsförderung der Wirtschaft. Wie diese Wachstums-

förderungsgesetze ausgesehen haben, die vor einem Jahr beschlossen worden sind, ist nicht nur in den Gemeindestuben - besonders der Industriegemeinden - sehr eingehend diskutiert worden. Auch die Kammern, die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer, alle haben sich damit beschäftigt. In den Arbeiterkammern und den Industriegemeinden wurde einstimmig festgestellt, daß diese Wachstumsgesetze nichts anderes gewesen sind als Milliarden-Steuer geschenke an die Besitzenden, an die Industrie, an die Großbauern und Großgrundbesitzer. Dagegen, meine sehr verehrten Herren, müssen wir heute als Gemeinderat Stellung nehmen. Hier müssen wir einmütig und schärfer, wie es bisher geschehen ist, Protest erheben. Wenn Herr Dr. Koren spricht, daß dieses Budget ein Mittel einer konsequenten Politik zur Wachstumsförderung der Wirtschaft sei, dann verstehe ich eines nicht, den lahmen Protest der von Seiten der sozialistischen Nationalräte und ihrer ganzen Organisationen und Körperschaften gegen diese Finanzpolitik bisher zur Schau getragen wurde. Die SPÖ-Führung spricht von einem ÖVP-Abschiedsbudget. Sie behaupten, daß der Finanzminister alle ungelösten Fragen auf das Jahr 1970 verschiebt. Sie machen sich hier spekulative Hoffnungen, daß sie dann die Regierung übernehmen werden. Das wäre vom Standpunkt der arbeitenden Menschen ohne Zweifel zu begrüßen, wenn diese Regierung von einer anderen abgelöst würde, von einer fortschrittlicheren und hier möchte ich ganz offen sagen, es gilt auch für eine Gemeindevertretung und besonders für eine Industriegemeinde, daß selbstverständlich eine sozialistische Regierung oder eine sozialistische Gemeinderatsmehrheit von anderen Gesichtspunkten bei der Budgetierung und der Gestaltung ihrer Finanzen ausgeht, daß sie mehr von sozialen Standpunkten getragen werden wird und werden

muß als es das eine bürgerlich-kapitalistische Mehrheit macht. Damit soll nicht gesagt sein und ist auch nicht gedacht, daß eine sozialistische Mehrheit eine schlampige Finanzwirtschaft zu führen gewillt ist. Wir Kommunisten sehen in diesem Budget, dem Bundesbudget, eine Fortsetzung der Offensive der Großunternehmer und ihres politischen Instrumentes der ÖVP. Dieses Budget ist ein typisches Klassenbudget, es bringt mit sich eine Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Reichen. Ich werde das mit Ziffern untermauern. Es belastet die Mehrheit des Volkes mit neuen Steuern, allein mit Hilfe der Lohnsteuer will die ÖVP Mehrerträge in der Höhe von S 2.500 Millionen aus den Taschen der Arbeiter und Angestellten ziehen. Den Reichen aber bietet dieses Budget neue Möglichkeiten von Steuerabschreibungen, Steuerbefreiungen, großzügige Subventionen und andere Geschenke, die dem Staat, aber auch den Ländern und Gemeinden viele Milliarden kosten. Einsparungen erfolgen bei den sozialen Leistungen, beim Wohnbau, bei der Hilfe für die Entwicklungsgebiete, bei der Wildbachverbauung und bei den Investitionen. Wenn Finanzminister Koren wirklich die Wirtschaft fördern will, dann müßte er geplant und zielstrebig den wichtigsten Industriezweigen Kredite und Förderungsmittel zur Verfügung stellen und mit all den vielen Möglichkeiten des Staates die Gründung von modernen Betrieben vorantreiben. Das Gegenteil ist jetzt der Fall. Wir sehen, daß in Wien gewissermaßen ein Sterben von Betrieben vor sich geht. Daß man unter dem Deckmantel der Sanierung eine Reihe von Betrieben schon stillgelegt hat und daß verschiedenen Betrieben in der nächsten Zeit die Stilllegung droht und die Arbeitslosigkeit damit wieder steigt. Aber nichts von einer wirklichen Förderung der Industrie und der Wirtschaft ist im Budget 1969 vorge-

sehen. Im Gegenteil, während 1968 noch S 17.450 Millionen für Investitionen oder investitionsähnliche Ausgaben vorgesehen waren, werden es im kommenden Jahr bloß S 16.900 Millionen sein. Da die Rezession überwunden wurde, erlaubt der neue Konjunkturaufschwung bei den Investitionen eine gewisse Zurückhaltung, meint der Herr Finanzminister. In diesem Zusammenhang verweisen die Schöpfer des Budgetentwurfes auf die Wachstumsgesetze. Ich habe vorhin kurz die Wachstumsgesetze skizziert, es ist kein Geheimnis, daß das S 2,5 bis S 3 Milliarden-Geschenke an die sogenannte Wirtschaft sind. Daß diese Geschenke nicht zu Investitionen in den Betrieben geführt haben oder verwendet wurden, das wissen wir leider aus Erfahrung, ebenso daß von manchen - das haben wir in Österreich schon alles erlebt - solche Geschenke in das Ausland verschoben worden sind. Dazu muß gesagt werden, daß nicht wenige Unternehmer diese Steuer Geschenke planlos und unrationell verwenden, für Investitionen ausgeben, die der österreichischen Wirtschaft nur geringen Nutzen bringen. Die Tatsache, daß für den Wohn- und Schulbau, für die Ausgestaltung des Verkehrsnetzes und der Energieversorgung zu wenig Geld zur Verfügung gestellt wird, werden auch die Gemeinden zu spüren bekommen. Sogar so starke Industriegemeinden wie Linz mußten daher in den Bemerkungen zu ihrem Budget feststellen: Die Hauptursache der Budgetschrumpfung ist das Finanzausgleichsgesetz 1967, das die Tendenz hat, die Einnahmen der Gemeinden zu kürzen. War es im Jahre 1967 noch vertretbar, diesem Finanzausgleichsgesetz zuzustimmen, so überstürzten sich anschließend jene Maßnahmen des Bundes, die die Basis dieses Finanzausgleiches entscheidend verschoben haben. Wachstumsgesetze, Einkommenssteuerreform usw. Diese Feststellung wurde

bei der Budgeterstellung und Beratung von Seiten der Gemeinde Linz gemacht. Es hat nicht nur Steyr mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese Feststellung ist richtig. Wiederum muß ich aber die Frage stellen, warum hat damals die SPÖ diesem Finanzausgleich zugestimmt? Es war der sozialistische Finanzreferent und Vizebürgermeister von Wien, Slavik, der im Städtebund die Empfehlung gegeben hat, diesem Finanzausgleich seine Zustimmung zu geben, unter dem heute besonders die Industriegemeinden leiden. Ich bin der Auffassung, Herr Slavik hat sich damals mehr als Vertreter des Landes Wien, also vom Landesstandpunkt leiten lassen, das besser dabei abgeschnitten hat als die Städte. Ich verstehe es nicht, warum die SPÖ keinen schärferen Kampf gegen die Ausplünderung der Gemeindekassen führt. Warum geht sie in den Gemeinden den gleichen Weg wie die ÖVP-Regierung? Sie versucht sich zu sanieren indem sie Tarife und Gebühren erhöht, so wie sie jetzt Herr Dr. Gärber unterstützt hat. Allerdings für diese Haltung erntet sie den Dank der Unternehmerpresse. Die "Presse", das Blatt der Industrie, schreibt, daß die SPÖ in der Kritik und Stellungnahme zum Bundesbudget zahmer und lahmer gesprochen hat als in der Zeit der Koalition. Dafür erntet sie auch den Dank des Kanzlers Klaus, der von einer sehr sachlichen Budgetberatung spricht. Man muß beide Dinge sehen. Eine sozialistische Partei, die kaum einige Mandate weniger hat wie die Regierungspartei müßte die Kraft aufbringen, solche Gesetze zum Fall zu bringen, wie es das Finanzausgleichsgesetz ist, wenn man schon irrtümlicherweise von anderen Voraussetzungen ausgegangen ist, als man ihm seinerzeit zugestimmt hat. Wenn man die Auswirkung dieses Gesetzes sieht, müßte man sich zur Wehr setzen. Oder es tritt ein, wie wir es in Steyr zu spüren bekommen, daß beispielsweise der außerordentli-

che Haushalt nur durch Kreditaufnahmen gedeckt werden kann. Weil wir sonst überhaupt schon lahm gelegt würden in unserer Tätigkeit, da wir keine Eigenmittel mehr aufbringen können. Ich bin der Auffassung, ich habe sie schon in den vergangenen Jahren zum Ausdruck gebracht, nur war ich der alleinige Rufer in der Wüste hier, daß Projekte, die der Allgemeinheit dienen sollen, auch wenn sie die momentanen Mittel der Gemeinde übersteigen, doch durch Kreditaufnahmen gefördert und durchgeführt werden sollen, weil nicht bloß die derzeitige Generation Nutznießer solcher Projekte ist, sondern auch die kommende Generation. Wenn die dann daran teilnimmt, diese Kosten mit zu tragen, so ist das sicher kein Vergehen und keine unsoziale Haltung. Daß meine Behauptung, dieses Budget des Bundes sei ein Klassenbudget richtig ist und nur die Arbeiter und Angestellten durch Erhöhung aller Massensteuern belastet werden, will ich mit einigen Zahlen aus dem Budget selbst beweisen. Die Lohnsteuer steigt 1968 von S 6.500 Millionen auf S 8.200 Millionen im Jahre 1969. Dazu kommen ab 1. 1. 1969 noch 10 %, das sind S 820 Millionen, das ergibt eine Erhöhung auf S 9.020 Millionen. Die Steuern der Reichen werden im Bundesbudget gesenkt. Die Einkommenssteuer sinkt von S 7.600 Millionen auf S 7.100 Millionen, die Körperschaftssteuer von S 2.640 Millionen auf S 2.200 Millionen, also überall S 400 bis S 500 Millionen weniger an Steuern von den Reichen. Die Gewerbesteuer wird von S 2.500 Millionen auf S 2.420 Millionen gesenkt. Dieser Rückgang bei den Steuern der Besitzenden zeigt die Auswirkung der Wachstumsgesetze und der anderen Steuergeschenke. Sie bedeuten nicht nur verringerte Beträge für den Bund, sondern auch für die Gemeinden. Diese Steuererleichterungen, die der Bund den Reichen gewährte, deren Erträge zum Teil dem Bund,

große Teile aber den Ländern und Gemeinden gehören, sind praktisch ein Bruch des Finanzausgleichsgesetzes 1967. Ich weiß nicht, ob es jeden - es sind bei den letzten Wahlen viele neue Gemeinderäte eingezogen, das ist begrüßenswert, das liegt im Zuge der Entwicklung - klar ist, daß das Finanzausgleichsgesetz seinerzeit als Gesetz für die Gemeinden geschaffen wurde und daß es damals den Gemeinden - es war auch die Zeit der Konjunktur - den Industriegemeinden ermöglicht hat, wirklich soziale Einrichtungen zu schaffen. Ich habe schon gesagt, ich fühle mich nicht berufen, die Politik der Mehrheit zu verteidigen, aber ich bekenne mich dazu, daß in vielen Fällen, besonders was Wohn-, Schul- und Kindergartenbau, Altersheim, soziale Einrichtungen usw. betrifft, vielfach meine Fraktion - die damals auch stärker war - die anregenden Initiatoren waren, daß die Mehrheit sie durchgeführt hat. Nicht nur auf unsere Anregung hin, das weiß ich schon, daß Sie selbst auch solche Projekte geplant haben. Es stimmt nicht, daß nichts gemacht und eine Lotterwirtschaft geführt wurde. Die steinernen Zeugen, die Wohnbauten und die sozialen Einrichtungen stehen da. Sie werden das als Wohlfahrtsinflation bezeichnen, Herr Dr. Gärber, ich teile Ihre Meinung nicht, ich habe Ihnen schon einmal gesagt, es hat Ärzte gegeben, die auf diesem Gebiet anders gedacht und gehandelt haben. Das muß man ja auch sehen. Daß neue Probleme mit der neuen Zeit entstehen ist klar und diese neuen Probleme gilt es zu meistern. Wir können sie aber nicht meistern, wenn der Bund durch seine Finanzpolitik die Gemeinden ausplündert.

Wurden 1968 noch bescheidene S 50 Millionen aus allgemeinen Bundesmitteln dem Wohnbau zur Verfügung gestellt, scheint dieser Betrag nun nicht mehr auf. Herr Dr. Gärber, wir müssen mehr wie bisher den Bund gewinnen, damit er wieder Mittel gibt und auch den anderen die Lebensmög-

lichkeit zuspricht, die er für sich selbst beansprucht. Typisch für das unsoziale Budget ist die zunehmende Verwendung zweckbestimmter Steuern für fremde Dinge. Der Rechnungshof hat das Finanz- und Sozialministerium schon vor Jahren auf die gesetzliche Vorschrift hingewiesen, daß der Reservefonds der Arbeitslosenversicherungsbeiträge die durchschnittliche Jahreseinnahme nicht überschreiten darf. Wenn der Betrag überschritten wird, muß laut § 64, Abs. 4 Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 das Ausmaß des Arbeitslosenversicherungsbeitrages gesenkt werden. Das ist nicht, geschehen. Im Arbeitslosenversicherungsfonds sind über S 1,4 Milliarden, mit denen der Finanzminister protokollos und ungesetzlich wirtschaftet. Diese Dinge muß man aufzeigen. Sie hängen eng zusammen mit der Finanzpolitik der Gemeinde. Das in einem Rechtsstaat, auf dem sich der Herr Bundeskanzler beim oberösterreichischen ÖVP-Landesparteitag soviel zugute getan hat. Es greifen doch seine Minister auf Mittel, die ihnen genaugenommen nicht zustehen, weil sie zweckgebunden sind. Ähnlich ist es bei der Arbeitslosenversicherung, wo im Reservefonds die S 1,4 Milliarden auferscheinen, die ich erwähnt habe, mit denen der Finanzminister wirtschaftet. Zu erwähnen wäre noch, daß der Bund auch die Überschüsse des Familienausgleichsfonds kassiert und die Wohnbaufonds auf dem Wege der Aufnahme von Anleihen drängt und ihnen damit einen Großteil der Spesen und des Zinsendienstes aufhalst.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-  
STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Herr Kollege Moser, bitte mehr zur Sache kommen!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Wenn der Herr Vizebürgermeister glaubt - ich lasse mich in meiner Zeit nicht beschränken - daß das nicht zur Sache gehört .....

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-  
STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Das war lediglich eine höfliche Bemerkung!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich mache ebenso höflich aufmerksam und ich habe das in einigen Sätzen gesagt, daß das zusammenhängt mit dem Budget von Steyr, mit den Gemeinden, überhaupt mit den Industriegemeinden. Gemeinsam - alle Fraktionen - gegen diese schädlichen Auswirkungen Stellung zu nehmen, wäre unsere Aufgabe als Gemeindevertreter. Da aber die Gemeindeinteressen verschieden sind, von den einzelnen Fraktionen verschieden betrachtet werden, macht es eben unmöglich, hier erfolgreich vorzugehen. Die Erhöhung des Budgets im ordentlichen Haushalt der Gemeinde auf S 110 Millionen entspricht ja kaum der Geldentwertung, die vor sich gegangen ist. Wir alle haben in der Vergangenheit immer wieder erklärt, daß gespart werden soll und muß. Nun haben wir schon vergangenes Jahr und auch heuer wieder von Herrn Bürgermeister gehört, daß eine Verringerung des Personals vor sich gegangen ist, daß aber naturgemäß durch die Schaffung neuer Institute, Kindergärten usw., neues Personal eingestellt werden muß. Ich glaube, das ist verständlich und deshalb auch die Vergrößerung des Budgets. Der außerordentliche Haushalt - das habe ich schon gesagt - besteht eigentlich nur mehr aus Krediten. Würden wir die nicht aufnehmen, nicht den Mut dazu haben, könnten wir überhaupt keine in der laufenden Zeit notwendige Projekte durchführen und zum Abschluß bringen. Es wurde heute besonders eine Post angeführt, die uns in der Zukunft sehr belasten wird. Das sind die Kanalanschlußgebühren. Ich finde hier im außerordentlichen Haushalt eine Kanalanschlußgebühr für den Kanal Sebekstraße - Anteil der Grundbesitzer - S 150.000,--. Angeblich sollen im

Stadtsenat für die Kirche auf der Ennsleite und die Rudigierkirche die Kanalanschlußgebühren erlassen worden sein, die ungefähr einen Betrag von S 47.000,- ausmachten. Wenn das der Wahrheit entspricht, bin ich der Meinung, daß hier eine Fehlleistung der Gemeinde vorliegt. Jeder Hausbesitzer, ob groß oder klein, jeder Siedler, muß seine Anschlußgebühren bezahlen. Im günstigsten Fall, wenn er ansucht, daß er momentan nicht in der Lage ist, die Gesamtsumme zu bezahlen, bekommt er die Frist erstreckt auf 1 oder 2 Jahre. Da haben wir soviel Geld übrig, obwohl wir zugleich jammern über Mangel an Geld, daß wir der reichen Kirche Geschenke machen. Ich bin der Meinung, daß auf Grund der Finanzlage in dieser Hinsicht mehr Gerechtigkeit walten soll wie in der Vergangenheit. Die Kirche ist bekanntlich eine viel reichere Institution als die Gemeinde, sie hat viel weniger Schulden und viel größere Einnahmen. Also in Zukunft soll gerade eine sozialistische Mehrheit diesen Dingen weniger Augenmerk zuwenden und mehr daran denken, wie sie die notwendigen Mittel beschafft oder diese Anschlußgebühren bei einzelnen, besonders oft in sehr tristen Verhältnissen lebenden, kleinen Hausbesitzern und Siedlern im Subventionswege, wie es bei der Kirche geschieht, zu erlassen.

Es liegt uns heute vor, auch im außerordentlichen Haushalt mit S 2 Millionen eingesetzt, ein Lehrschwimmbecken. Darüber gehen natürlich die Meinungen sehr auseinander. Wie Bürgermeister-Stellvertreter Petermair in der letzten Finanzausschusssitzung erklärt hat, man möge nicht böse sein, - wir brauchen gar nicht so schüchtern sein, - wenn er wieder im Rahmen seiner Fraktion das Hallenbad reklamiert. Ich habe damals die Zwischenbemerkung gemacht, daß ich für das Hallenbad gewissermaßen das Urheberrecht beanspruche. Ich habe in

den Protokollen nachgesehen, es geht auf 1960 zurück, Herr Bürgermeister. Aber bitte, ich bin nicht engherzig, wenn alle Fraktionen ein Projekt, das sie für notwendig und nützlich finden unterstützen, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. Ich habe aber den Eindruck, daß das große schöne Hallenbad, wie es uns einmal auf Lichtbildern vorgeführt wurde, zu Wasser geworden ist, noch ehe wir es mit Wasser füllen konnten. Um es vorläufig nicht aus dem Gedächtnis zu verlieren - ich lege die Betonung auf vorläufig - wurden S 200.000,- für Vorarbeiten eingesetzt. Ich denke dabei an ein Projekt, zu dem Herr Bürgermeister in der letzten Budgetberatung sagte: Er freut sich darüber, daß sein Vorschlag Geltung gefunden hat, und man für einen Aufzug auf den Tabor S 1 Million eingesetzt hat. Der Aufzug ist auch selig im Herrn entschlafen, wie christliche Menschen zu sagen pflegen. Ich fürchte, daß uns ein ähnliches Schicksal beim Hallenbad ereilen wird, möchte aber sagen, daß wir heute für ein Schwimmbecken stimmen, das soll meiner Auffassung nach nur eine vorläufige Lösung sein. Das große Projekt soll dadurch nicht verschwinden, wenn auch die Finanzlage dagegen spricht. Ich habe letztes Mal schon gesagt, daß es sehr viele Gemeinden gibt, die ebenso schöne Freibäder haben wie wir. Wir waren eine Zeitlang stolz auf unser Bad. Wir konnten es auch sein, es entspricht den modernen Ansprüchen und Bedürfnissen, aber wir werden langsam selbst von Landgemeinden eingeholt. Siehe Garsten, Kremsmünster usw., die über ähnliche Freibäder verfügen. Steyr kommt immer mehr in das Hintertreffen in der Gesamtentwicklung. Ich bin der Meinung, daß das Hallenbad, das größere Projekt, nicht aus dem Gedächtnis verschwinden darf und auch nicht mehr von unserem Voranschlag abgesetzt werden soll.

Ich bringe nun noch einige kleine Wünsche. Die üblichen, die schon bekannt sind, die alle Fraktionen schon in den abgelaufenen Jahren wiederholt haben. Es ist interessant, auch hier waren wir einmal die Einzigen. Dann haben die anderen Fraktionen eingesehen, man kann es doch nicht immer nur einem überlassen, diese notwendigen, nicht großen Projekte, die aber der Bevölkerung der verschiedenen Stadtteile das Leben erleichtern, im Gemeinderat vorzubringen. Auf Grund dieser wiederholten, dann von allen Fraktionen vorgetragenen kleinen Wünsche, wenn ich so sagen darf, hat in einer Budgetberatung der heute schon zitierte Landesrat Enge gesagt, man müßte doch überlegen, ob man nicht gewissermaßen ein eigenes Ressort in der Gemeinde schafft, das sich mit diesen Wünschen beschäftigt. Beispielsweise um die Errichtung einer Telefonzelle in Klein-aber-Mein mußte jahrelang gerauft werden, daß der Autobusverkehr hinaufgeführt wird usw. Es gibt in den verschiedenen Stadtteilen Dinge, die große Planer übersehen und obwohl ihre großen Projekte noch nicht verwirklicht sind, noch viele Jahre nicht verwirklicht werden können, müßte es möglich sein, diese kleinen Vorkommen zu sanieren und damit der Bevölkerung das Leben zu erleichtern. Ein Vorhaben davon wäre die Bedürfnisanstalt auf dem Friedhof, die eine wirkliche Dringlichkeit darstellt. Sie wurde bereits von verschiedenen Fraktionen in der letzten Budgetsitzung vorgeschlagen. Damals wurde gesagt, im Zusammenhang mit dem geplanten Taboraufzug soll diese Anlage errichtet werden. Der Taboraufzug ist verschwunden, aber ich glaube, diese Anstalt soll man doch errichten, das kostet kein großes Vermögen. Die Bewohner der Stadtrandsiedlung Klein-aber-Mein sind sehr dankbar dafür daß der Autobus hinauffährt, aber wie das schon einmal so ist, wollen die

Bewohner, daß der Kurs dreimal in der Woche geführt wird. Ein besonderer Wunsch ist noch - ich habe davon schon vergangenes Jahr gesprochen - die Aufenthaltszeit zu verlängern. Der Interwall von 1 1/2 Stunden auf dem Stadtplatz ist zu kurz, daß die Frauen auch wirklich ihre Einkäufe tätigen können. Sie haben dann das Pech, wenn es länger dauert, daß sie erst wieder mit der gefüllten Tasche den weiten Weg bergauf nach Hause gehen müssen. Ich habe damals schon appelliert und gesagt, man müßte die Städtischen Unternehmungen dazu veranlassen, sich diesen Fahrplan noch einmal durchzudenken, damit dem Rechnung getragen werden kann.

Ebenso ist wiederholt von Münichholzbewohnern - es sitzen eine Reihe hier - gesagt worden, daß bei den Straßenkreuzungen bei der Wagnerstraße, beim Hotel Münichholz usw. die Beleuchtung sehr schlecht ist und dadurch ist es manchmal schon zu Unfällen gekommen. Ich bitte auch, das zu überprüfen.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Ist schon in Auftrag gegeben!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Gut, umso besser. Jedenfalls wollte ich es vorbringen, weil diese Wünsche an mich herangetragen wurden. Ein dringendes Vorhaben, das auch nicht im außerordentlichen Haushalt auferscheint, ist die Regulierung des Fischhubweges, der ja schon - ich weiß nicht, ob ihn jemand kennt - zum Teil abgeplankt ist, weil dort Rutschterrain ist. Größere Fuhrwerke können nicht mehr fahren und bei Überschwemmungen der Haratzmüllerstraße kann er überhaupt nicht mehr passiert werden. Ich glaube, daß es an der Zeit wäre, die Regulierung des Fischhubweges durchzuführen.

Ich möchte in Erinnerung brin-

gen, was bei Informationsgesprächen, die heute schon zitiert wurden, gesagt wurde - auch von den verschiedenen Fraktionen - eine Lesestube für die Pensionisten zu errichten. In der Stadtbibliothek harrt ein Raum noch der Ausgestaltung. Ich glaube, das war nach vielen Interventionen auch schon der Wille der Mehrheit, aber es ist wieder in den Hintergrund getreten und wurde noch nicht durchgeführt.

Das sind einige Kleinigkeiten, die ich vorbringen und in das Gedächtnis rufen wollte. Es ist nicht das erste Mal heute und auch nicht von meiner Fraktion allein, sondern es entspringt immer wieder der appellierenden Bevölkerung, weil man ihre Wünsche nicht berücksichtigt.

Abschließend möchte ich sagen, daß wir selbstverständlich für den ordentlichen sowie für den außerordentlichen Haushalt stimmen werden. Für den außerordentlichen Haushalt, weil er die einzige Möglichkeit bildet, laufende Projekte noch durchzuführen und neue zu planen und weil wir darin die Notwendigkeit der Fortsetzung der Bautätigkeit für Wohnungen und soziale Einrichtungen, Kindergärten und Horte, soweit sie noch nicht vorhanden sind, sehen. Woran wir noch sehr leiden, sind Kinderspielplätze und Kindersportplätze. Ich glaube, das sollte bei der Planung neuer Stadtteile berücksichtigt werden. Ich bin absolut nicht abgeneigt, wenn ideenreiche Menschen sich im Gemeinderat befinden, die positive Vorschläge bringen können zu einer Änderung der Finanzierung zu einer Verbesserung, so wäre sicher die Gemeinde dankbar dafür. Sie wurden auch heute im Programm des Herrn Dr. Gärber, meines Erachtens, nicht gebracht. Einige vielleicht, über die man diskutieren könnte, aber das wesentliche ist ja doch die Schaffung von Parkplätzen, Schaffung von diesem und jenem. Das wurde auch in der Vergangenheit öfter gesagt. Darüber sind sich alle Fraktionen klar. Das um und Auf

ist, die Mittel dazu zu beschaffen und ich sehe sie darin, in einem energischen Kampf gegen die Politik des Bundes, der gerade die Industriegemeinden sozusagen absichtlich ruinieren will und ich appelliere an die sozialistische Mehrheit in diesem Haus, diesen Absichten des Bundes mehr Widerstand zu leisten und damit die Möglichkeit zu geben, die Wohnbautätigkeit und die soziale Tätigkeit fortzuführen. Wir haben in Zukunft - wie heute schon angekündigt wurde - wie es aus der ganzen Situation hervorgeht, Gebühren- und Tariferhöhungen zu erwarten und zu befürchten, womit im kommenden Jahr die Gemeindebevölkerung belastet wird.

Dazu möchte ich noch sagen, daß man darüber als Gemeinderat nicht durch das Präsidium informiert wird, sondern daß es meist eine Zeitung ist - die Steyrer Zeitung - die Wochen vorher über Ideen, die vielleicht im kleinen Kreis ausgesprochen worden sind oder über Absichten, die im Präsidium bestehen, so gut informiert ist, daß man als Gemeinderat geradezu gezwungen ist, die Zeitung zu kaufen. Ob man will oder nicht.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Du hast doch gelesen, wo das Defizit ist!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Das soll doch in Zukunft abgestellt werden. Es wirft sich die Frage auf, wo sind die Quellen für diese Zeitung? Mir tut oft der Herr Kollege Namensvetter Moser leid, wenn ich sehe, mit welchen Informationen die Steyrer Zeitung versehen ist, im Tagblatt kann ich das nicht lesen. Auch er müßte dagegen protestieren und ich glaube, wir müssen eine Form der Information finden, über den engen Kreis hinaus. Es wäre dagegen gar nichts einzuwenden, wenn man Informationskonferenzen abhalten würde, zumindest

erwarte ich von der sozialistischen Mehrheit, daß in Zukunft zu gleicher Zeit, als sie eine gewisse Presse informiert, auch die Gemeinderäte informiert. Es gibt zwei Möglichkeiten daß man einen Frager, der kommt und sagt, Herr Gemeinderat was habt Ihr da schon wieder vor mit der Gebührenerhöhung und man sagt, welche Gebühren? Na die Kanalanschlußgebühren usw. Entweder man sagt der Wahrheit entsprechend, ich weiß nichts davon, dann wird er sagen, Ihr sitzt in der Gemeinde und wißt nichts, die Steyrer Zeitung schreibt bereits darüber. Oder man stellt sich an, routinemäßig und sagt na ja, es wurde schon öfter besprochen, aber wer weiß, wann es durchgeführt wird. Beides ist unangenehm. Das soll abgestellt werden. Ich sage allen Ernstes, ich erwarte das von der sozialistischen Mehrheit, daß auch hier Wege gefunden werden, um die Informationstätigkeit zu verbessern. Nicht nur einer einzelnen Presse zukommen zu lassen.

Abschließend möchte ich sagen, die Zustimmung zum Budget habe ich schon gegeben. Ich möchte allen Angestellten und Arbeitern der Gemeinde den Dank aussprechen für ihre Mitarbeit im abgelaufenen Jahr. Ich wünsche allen, dem Präsidium sowie allen Gemeinderäten und den Arbeitern und Angestellten der Gemeinde ein glückliches - hoffen wir ein Jahr, das von Frieden getragen ist - erfolgreiches Neues Jahr.

**BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:**

Ich danke Herrn Kollegen Moser für seinen Vortrag.

Als Nächste sind gemeldet Herr Gemeinderat Fritsch, Stadtrat Baumann und Stadtrat Wippersberger.

**GEMEINDERAT KARL FRITSCH:**  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister!  
Sehr geehrte Damen und Herren des

Gemeinderates!

Gestatten Sie mir, daß ich, schon irgendwie bedingt durch meinen Beruf, zu den Kapiteln Schulwesen und Sport des vorliegenden Budgetentwurfes Stellung nehme.

Unsere Stadt gibt für den Bau moderner Schulen oder für die Adaptierung alter Schulgebäude, für die Beistellung von Lehr- und Lernmittel, für den Bau von Turnsälen usw., kurz für die geistige und körperliche Entwicklung unserer Jugend große Summen jährlich aus. Für eine Jugend, die einmal die Geschichte unserer Stadt mitbestimmen und unsere Arbeit fortsetzen wird.

Für alle Aufwendungen im Schulwesen sei hier im Namen der Eltern, Lehrer und Schüler öffentlich gedankt, verbunden mit der Bitte, in diesen Bestrebungen, das Schulwesen weiter auszubauen, und damit die Voraussetzungen für einen zeitgemäßen Unterricht zu schaffen, nicht zu erlahmen.

Danken möchte ich auch namens der Eltern und Schüler für die seit dem Schuljahr 1955/56 unentgeltliche Beistellung der Lehrbücher für, wie man hört, alle Schüler, die in unserer Stadt wohnhaft sind. Für alle Schüler, gleichgültig, aus welchen sozialen Verhältnissen immer sie kommen mögen, ob aus begüterten oder minderbemittelten, ob aus kinderreichen oder aus Einzelkindfamilien. Wirklich für alle Schüler? Und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, beginnt sich ein bitterer Wermutstropfen in den Dankesbecher zu mischen. Wie sie wissen, gibt es in unserer Stadt 23 bzw. 24 öffentliche Pflichtschulen (einschließlich der LSES Gleink), aber auch 2 Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht, nämlich "St. Anna" und "Rudigier". Und hier, mit der Differenzierung in öffentliche und in Privatschulen, beginnt auch die Differenzierung der verfassungsmäßig fundierten Gleichheit aller Staatsbürger,

also auch der Bürger unserer Stadt.

Denn das, was den öffentlichen Schulen seit 1955 dankenswerterweise gewährt wird, verweigert man unverständlicherweise den Eltern und Schülern in den Privatschulen. Diese sind von der Schulbuchaktion bisher diktatorisch ausgeschlossen worden. Ich frage Sie: "Mit welchem Recht"? Mit welchem Recht, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, schaffen Sie zwei Kategorien von Bürgern unserer Stadt?"

Sie werden mir vielleicht wie bereits mehrmals gehört, zur Antwort geben: "Die Privatschulen besuchen nur Kinder begüterter Eltern." Dem darf ich entgegenhalten: Stammen Sozialfälle, Fürsorgefälle, Halb- oder Vollwaisen aus begüterten Familien? Und wenn auch die Väter einiger Schüler finanziell besser situiert sind, so ist trotzdem die Verweigerung der Leihbücher aus diesem Grunde unangebracht, denn in den öffentlichen Pflichtschulen wird diesbezüglich auch keine Unterscheidung getroffen.

Ein zweites Gegenargument, das ich des öfteren gehört habe: "In den Privatschulen sind nur Kinder aus auswärtigen Gemeinden untergebracht." Ich stelle der Ordnung halber fest: Von den 142 Schülerinnen der HS "Rudigier" stammen 40 aus Steyr, von den 304 Schülern in St. Anna sind 148 in Steyr wohnhaft. Zusammen 188 Schüler also, die in Steyr beheimatet sind, die in Steyr schulpflichtig sind, für die also unsere Stadt schulraum- und unterrichtsmäßig laut Gesetz zu sorgen hätte, gäbe es keine Privatschulen! Hier müßten Sie den Erhaltern der Privatschulen und auch den Eltern der Besucher dieser Schule dankbar sein, denn würden "St. Anna" und "Rudigier" nicht existieren, hätten Sie für diese 188 Schüler mindestens 6 Klassenräume, also eine komplette Schule zu schaffen und zu erhalten mit all den Ihnen bekannten Ausgaben!

Wenn man nun den für das Schul-

jahr 1967/68 errechneten Gastschulbeitrag pro Schüler in der Höhe von 1.097,53 Schilling mit der Zahl 188 multipliziert, ergibt sich das horrenden Produkt von S 206.335,64.

Zur Information: Der Gastschulbeitrag ist die errechnete Kopfquote der anteiligen Kosten pro Schüler, aus den Gesamtausgaben für alle Pflichtschulen Steyrs jährlich ermittelt, und wird in dieser Höhe auch den Heimatgemeinden auswärtiger Schüler in Rechnung gestellt. Das bedeutet also nach der vorangegangenen Berechnung, daß die beiden vielgelästerten Privatschulen unserer Stadt Steyr heuer rund S 200.000,-- ersparen helfen. Bei vorsichtiger Kalkulation hinsichtlich der variablen Schülerzahlen sowie der Kopfquote kommt man zu dem imposanten Ergebnis, daß diese beiden Schulen seit Beginn der Bücheraktion, also seit 13 Jahren, unserer Stadt rund 2 Millionen Schilling an Ausgaben für das Pflichtschulwesen abgenommen haben!

Darf ich Ihnen noch eine weitere Rechnung präsentieren: Die Stadt Steyr gab im Schuljahr 1967/68 für jeden Schüler der öffentlichen Pflichtschulen für den Posten "Lehr- und Lernmittel, bzw. Bücherei" rund S 100,- aus. Umgerechnet auf die vorher erwähnte Zahl der im Stadtgebiet Steyr wohnhaften Schüler in den Privatschulen würde das im heurigen Schuljahr einen Betrag von rund S 18.800,-- ausmachen, der sich noch dazu um den Betrag für die Anschaffung von Lernmittel verringern würde, da dafür der Schulerhalter zuständig ist. Eine wahrhaft kleine Summe in der geschätzten Höhe von S 9.000,-- bis S 10.000,--, die die Stadt nach der Erstanschaffung der Lehrbücher an die beiden Privatschulen zu Nachschaffungszwecken jährlich im Durchschnitt zu leisten hätte!

Verglichen an den Summen, die der Stadt Steyr durch die Existenz der beiden Privatschulen bisher erspart wurden, weiters angesichts der vor-

sichtigen Kalkulation des Voranschla-  
ges 1968, - wie aus dem vor kurzem  
beschlossenen Nachtragsvoranschlag  
1968 eklatant ersichtlich - sind vom  
budgetären Standpunkt keine Schwie-  
rigkeiten gegeben, endlich auch den  
Schülern der in Rede stehenden Schu-  
len die Leihbücheraktion zugute kom-  
men zu lassen, ohne den vorliegen-  
den Budgetentwurf in seinen Grund-  
festen zu erschüttern.

Die Neuanschaffung der Leih-  
bücher für diese beiden Schulen  
endlich zu tätigen, sowie dann deren  
laufenden Ergänzungsbedarf jährlich  
zu decken, ist für Sie, meine Damen  
und Herren der SPÖ, eine moralische  
insbesondere aber eine soziale Pflicht,  
der Sie sich nicht länger entziehen kön-  
nen, mit der Sie ein schreiendes Un-  
recht, begangen 13 Jahre lang an vie-  
len Eltern und Schülern unserer Stadt,  
endlich aus der Welt schaffen könnten!

Sie haben in dieser Angelegen-  
heit trotz offiziellen Antrages an den  
Gemeinderat seitens der ÖVP im Jah-  
re 1955, trotz oftmaliger Petitionen  
und Interventionen namhafter Persön-  
lichkeiten unserer Stadt bisher ein  
striktes "Nein" gesagt. Vielleicht re-  
vidieren Sie Ihre Meinung leichter,  
wenn ich Sie erinnere, daß Wien, Linz  
und Wels die Benachteiligung der Be-  
sucher privater Schulen nicht betreibt,  
und Sie daher nicht länger den trauri-  
gen Ruhm in Anspruch nehmen wollen,  
die hauptverantwortliche Partei in ei-  
ner Stadt mit zwei Kategorien von  
Schülern zu sein; von Bevorzugten und  
von Benachteiligten!

Ich fordere daher namens der  
ÖVP-Fraktion mit allem Nachdruck  
die Bereitstellung der nötigen Mittel  
unter der VP 21-52 oH. für das Jahr  
1969, um auch endlich den Besuchern  
der zwei Privatschulen mit Öffentlich-  
keitsrecht die Lernbehelfe - wie in den  
öffentlichen Schulen seit 13 Jahren  
praktiziert - gratis zur Verfügungstel-  
len zu können.

Wir haben in Steyr aber nicht nur  
Pflichtschulen, sondern auch Berufs-  
schulen, berufsbildende mittlere und  
höhere Schulen. In diesen Schulkate-  
gorien ist, außer in der Frauenberufsschule,  
das Raumproblem, wie Ihnen allen bekannt,  
größtenteils noch ungelöst. Handelsschule,  
Handelsakademie und Gymnasium leiden unter  
größtem Platzmangel, die unterrichtlichen,  
aber auch die gesundheitlichen Erfolge  
ihrer Besucher sind durch Raum-  
mangel beeinträchtigt.

Wir ersuchen daher den Herrn  
Bürgermeister bezüglich des Gymna-  
siumneubaues beim Bundesministerium  
zu intervenieren, die Intentionen des  
Elternvereines zu unterstützen und - so  
wie andere Gemeinden - aktiv die Ver-  
wirklichung, die baldige Verwirklichung  
des Baubeginnes zu betreiben.

Wir bitten aber auch, mit dersel-  
ben Energie den Neubau des Berufs-  
schulzentrums im Auge zu behalten,  
der, wie Herr Landesrat Demuth kürz-  
lich publizierte, erst 1970 realisiert  
werden soll. Die Berufsschulen Steyrs  
sind platzmäßig sehr beschränkt, sie  
bestehen praktisch nur aus Notlösun-  
gen. Steyr läuft Gefahr, einen Teil der  
Berufsschulen an andere Gebiete unse-  
res Bundeslandes zu verlieren, wenn  
nicht bald eine alle Teile befriedigende  
Lösung des Raumproblems geschaffen  
wird.

Ein besonderes Sorgenkind un-  
serer Stadt ist die Handelsakademie.  
Bei Durchsicht des Budgetentwurfes  
fällt unter VP 252-91 aoH ein Betrag  
von S 200.000,--, widmungsgemäß  
zur Erweiterung der Städtischen Han-  
delsakademie, besonders ins Auge.  
Meine Damen und Herren des Gemein-  
derates, ich frage Sie: "Welche Er-  
weiterungen eines Schulgebäudes kann  
man für S 200.000,-- tatsächlich ma-  
chen? Glauben Sie, daß mit dieser An-  
satzpost eine befriedigende Lösung des  
Raumproblems geschaffen wird?" Be-  
denken Sie, daß momentan die Handels-

schule bzw. die Handelsakademie, anstatt in einem Gebäude untergebracht zu sein, eine Art von Nomadendasein fristet. Fast alle Stadtteile Steyrs müssen von den Besuchern dieser Schulen zum Unterricht aufgesucht werden. Es gibt hier ein paar Notklassen und Notunterkünfte, und die Schüler und Lehrer pendeln von einem Platz zum anderen. Ein zeitgemäßer Turnsaal steht im derzeitigen Gebäude überhaupt nicht zur Verfügung. Tatsache ist, daß die Direktion der Handelsakademie zu Schulbeginn zu den glücklichen Besitzern von Turnsälen buchstäblich betteln gehen muß, um freie Turnsaalstunden zu erhalten, damit überhaupt der lehrplanmäßig vorgeschriebene Unterricht in Leibesübungen gehalten werden kann. Das alles sind doch krasseste Mißstände, die nur durch eine großzügige Neuregelung, nicht aber durch kleinliche Flickarbeit mit Hilfe von S 200.000,--- abgeschafft werden können! Ich verweise auf unsere Forderungen bezüglich des Neubaus der HAK in der Budgetsitzung 1967 und möchte sie mit aller Deutlichkeit wieder vorbringen. Setzen wir doch alles daran, dieser bedeutenden Schulart zu helfen, beginnen wir mit der Planung für einen Neubau, und versuchen wir auch, dafür im außerordentlichen Haushalt einzuplanen! Mit kleinsten Erweiterungen, glaube ich, ist niemandem gedient. Sollten aber die seit längerer Zeit bestehenden Bestrebungen, die Handelsakademie an den Bund abzutreten, noch aufrecht sein, dann müßte man meiner Meinung nach einen geeigneten Baugrund, vielleicht auf dem Tabor, ausfindig machen, auf dem dann der Neubau, egal wer Bauherr ist, realisiert werden könnte. Die Abtretung an den Bund würde übrigens der Stadt finanziell geringere Belastungen aufhalsen, da wir nur die Grundkosten, nicht aber die Baukosten, zu tragen hätten.

Ich ersuche, beide Vorschläge zu prüfen und sowohl eine Realisierung als

auch eine rechtliche Regelung des status quo baldigst in die Wege zu leiten.

Steyr könnte eine Schulstadt ersten Ranges werden, angefangen von den Pflichtschulen über Berufsschulen bis zu den mittleren und höheren Schulen, mit Schulzentren in allen Stadtteilen, wenn wir uns nur mit dem nötigen Nachdruck diesen Projekten widmen und keine wertvolle Zeit mehr versäumen!

Studierende Jugend muß gefördert werden. Gefördert durch die nötigen Schulen, geeignete Unterrichtsmittel, aber auch durch finanzielle Unterstützungen. Nicht jeder lernwillige und begabte junge Mensch hat die Möglichkeit, aus eigenen Mitteln die Ausgaben für sein Studium zu bestreiten. Viele Talente bleiben ungenützt, weil die finanziellen Voraussetzungen für sein Studium nicht gegeben sind. Hier hilft nun die öffentliche Hand durch Studienbeihilfen. Und so hilft auch unsere Stadt. Jahr für Jahr scheint unter VP 291-50 oH ein Betrag von S 300.000,-- für diesen Zweck auf. Die ÖVP tritt dafür ein, zu prüfen, ob diese Post nicht erhöht werden könnte, denn der Trend zum Studium an Arbeitermittelschulen, Hochschulen usw. hält unverringert an. Jahr für Jahr treten mehr Studierende mit der Bitte um Beihilfen an die Stadt heran, jedoch bleibt, wie ersichtlich, der im Budget dafür vorgesehene Betrag gleich. Das bedeutet, daß bei größerer Bewerberzahl die Subventionsquote pro Kopf sich verringert. Aus diesen Überlegungen heraus wäre es angezeigt, die Dotierung zu erhöhen und vielleicht auch durch ein neues Regulatoriv die Vergabe an echt Sozialbedürftige zu aller Zufriedenheit zu klären.

Unsere Sorge aber gilt nicht nur der lernenden und studierenden Jugend, wir wollen auch an unsere Kleinsten denken. Sie sollen durch spielerisches Lernen, durch Eingewöhnung und Anpassung an die Gemeinschaft den Über-

gang zum Eintritt in die Schule erleichtert bekommen. Wo aber könnte dies in besserer Weise als in den Kindergärten erfolgen? Zwar hat unsere Stadt für die Errichtung von Kindergärten schon viel geleistet, jedoch bleibt auch noch viel zu tun übrig. Sie, meine Damen und Herren, sehen aus den Debattenreden meiner geschätzten Vorredner, daß das Kindergartenproblem tatsächlich ein Problem ist, das wir einer Lösung zuführen müssen. Ich denke da im besonderen an den Stadtteil Tabor. Durch die enorme Zunahme an Wohnbauten ist in diesem Stadtteil ein starkes Anwachsen der Kinderzahl zu verzeichnen. Der dort bestehende Kindergarten ist derzeit nicht mehr in der Lage, den Andrang der Anmeldungen zu bewältigen. Man wird nicht umhin können, auf dem Tabor, diesem großräumigen Wohn- und Siedlungsgebiet, dessen Verbauung noch lange nicht abgeschlossen ist, einen zweiten oder sogar dritten Kindergarten zu errichten.

Damit im Zusammenhang möchte ich aber auch aufzeigen, daß sich in diesem Stadtteil, allerdings auch in anderen, ein Mangel an geeigneten Kinderspielplätzen fühlbar bemerkbar macht. Wo aber kann derzeit unsere Jugend gefahrlos, und ihrem natürlichen Bewegungstrieb folgend, spielen? Gehen Sie bitte doch einmal sehenden Auges durch die Straßen unserer Wohnblöcke! Überall werden Sie dort, in Ermangelung eines geeigneten Spielplatzes, Kinder herumtollen sehen, ängstlich bewacht von den Augen ihrer Mütter, und ständig ausgesetzt den Gefahren des Molochs Verkehr! Schaffen wir doch Kinderspielplätze, die mit geringem Aufwand, bewiesen am Beispiel Promenade durch den Lions-Club, - dem übrigens herzlichst gedankt sei, - eingerichtet werden könnten. Die Möglichkeiten dafür sind noch in räumlicher als auch in finanzieller Sicht gegeben. Wir helfen dadurch, die Gesundheit unserer Jugend zu schützen und zu fördern, und wir nehmen vielen

Müttern unserer Stadt eine Hauptsorge um ihre Kinder ab.

Darf ich nun, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, Ihre Aufmerksamkeit auf das Kapitel Sport lenken. Sport ist heute aus dem täglichen Leben, als ein entscheidendes Mittel zur Erhaltung der Gesundheit, und damit auch der beruflichen Leistungsfähigkeit, nicht mehr hinwegzudenken. Sportarten gibt es viele, jede hat ihre Berechtigung, jede soll gefördert werden. Wie aber schaut es damit tatsächlich in unserer Stadt aus? Richten wir dazu ein wenig unser Augenmerk im außerordentlichen Haushalt auf die Posten 55-91 bis 55-97. Hier lesen wir als erstes: "Sportplatz Rennbahn - Baurate S 100.000,--". Baurate? Ich frage nur: "Wie lange wird an diesem Sportplatz schon und wie lange wird an ihm noch gebaut werden? Wo ist für diesen Platzbau das Konzept, was ist überhaupt beabsichtigt, zu errichten, was ist noch zu machen und wann wird diese Jahr für Jahr wiederkehrende Voranschlagspost endlich verschwinden? Oder gleicht diese Post einer Hydra, die mit ihren Köpfen gerne und jederzeit bereit ist, indirekte Subventionen zu verschlingen? Und hier sind wir beim Kernproblem der Sportförderung in unserer Stadt angelangt.

Die ÖVP-Fraktion tritt gerne und jederzeit für den Sport ein. Sport ist aber nicht ein Privileg kleiner, parteigebundener Organisationen, die durch indirekte, bedenkliche Subventionen gestützt werden. Sport ist ein Betätigungsgebiet für alle Schichten unserer Bevölkerung, egal, welchem politischen Couleur sie angehören. Wir haben unsere Bedenken bezüglich der bisher geübten Praktiken in der Sportsubvention am Beispiel Sportplatz Ennsleite mehrmals eindeutig zum Ausdruck gebracht und stehen nach wie vor zu unseren Behauptungen. Sie, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, gehen das Risiko ein, daß zu dem bisher praktizierten Mo-

dus der Rechnungshof sicher auch etwas zu sagen haben wird. Wir treten ein für direkte, großzügige, echte Sportsubventionen, in deren Genuß alle Bürger unserer Stadt kommen sollen, nicht aber nur die Mitglieder einzelner Vereine. Wenn nun Herr Vizebürgermeister Weiss in einer der letzten Gemeinderatssitzungen erklärt hat, der Sportplatz Ennsleite sei für die Erziehung der rund 8.000 Bewohner dieses Stadtgebietes gedacht, so frage ich mich, wie er sich das praktisch vorstellt. Tatsache wird sein, daß dort nur der ASV Bewegung sein sportliches Programm, für ca. 5 Millionen Schilling subventioniert, abwickeln wird, vielleicht unter den Augen einiger hundert kritischer Zuschauer, deren Zahl aber weit unter den 8.000 liegen wird. Von einer Breitenförderung des Sportes für alle Menschen kann hier keine Rede sein, denn so wie auf anderen Sportplätzen praktiziert, wird auch hier nur ein Mitglied des platzbesitzenden Vereines sporteln können, sonst niemand. Und hier frage ich: "Welche Vereine sind es, die als Platzbesitzer beziehungsweise Platzmieter stadteigener Sportplätze fungieren? Wer also wird mit öffentlichen Geldern tatsächlich subventioniert?" Ich glaube, die Antwort auf diese Frage darf ich mir und Ihnen ersparen, da sie hinlänglich bekannt ist. Schaffen wir doch Sportstätten, die allen Sportausübenden zugänglich sind, egal, ob Partei- oder Vereinsmitglied! Ein Anfang dazu wurde durch die Errichtung der Kunsteisbahn schon gemacht. Hier sei Land und Bund für ihre namhaften Subventionen herzlichen Dank gesagt.

Die feierliche Eröffnung am vergangenen Sonntag hat bewiesen, daß das größte Interesse für diese Sportart vorhanden ist und daß hier tatsächlich für alle Eisläufer unserer Stadt ein begeisterndes Projekt verwirklicht wurde. Fahren wir doch in dieser positiven Entwicklung fort, verlegen wir unser Hauptgewicht in der Sportförderung

jeweils auf ein Großprojekt, das sich, wie an der Kunsteisbahn bewiesen, in kürzester Zeit realisieren läßt! Ich denke hier an zwei Projekte: Sporthalle und Hallenbad.

Vorerst zur Sporthalle: Es freut uns, daß ein Punkt unseres Programmes, wiederholt und zuletzt in der Budgetsitzung 1967 dargelegt, nun teilweise verwirklicht wird. Es ist nur bedauerlich, daß sich aus der Stadthalle bzw. Mehrzweckhalle nun eine Sporthalle Tabor entpuppt hat. Wir bitten, primär das Projekt Stadthalle weiter im Auge zu behalten und zu versuchen, Mittel der öffentlichen Hand für ihren Bau zu erhalten. Sollte dies wider Erwarten nicht möglich sein, stimmt die ÖVP-Fraktion der Errichtung der Sporthalle Tabor als "Minilösung" aus der gegebenen Budgetsituation her zu, erklärt aber diese Lösung als für Steyr nicht ausreichend und bittet daher, das "Maxiprojekt" Stadthalle nicht fallen zu lassen.

Bezüglich der Aufbringung der Baukosten für die Stadt- bzw. Sporthalle erlauben wir uns, folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

Dem Vernehmen nach liegen die Kosten zur Errichtung der Sporthalle in der Größenordnung von 2,5 Millionen Schilling. Legen wir die Vorschlagsposten 55-91, 55-92, weiters 55-94 bis 55-97 des außerordentlichen Haushaltes zusammen, so ergibt sich eine Summe von 1,85 Millionen Schilling und verwenden wir diesen Gesamtbetrag als erste Baurate für die Stadt- bzw. Sporthalle. Sie gäben hier direkte Sportsubventionen und keine versteckten!

Da ich gerade wieder versteckte Subventionen erwähnte, fällt mir das Projekt Lehrschwimmbecken oder wie wir neuerdings gehört haben Kleinschwimmbecken ein. Es ist auch den Damen und Herren des Gemeinderates dazu bereits ein Plan vorgelegt worden, ein Plan, der das Entwurfsdatum

2. 1. 1967 trägt. Herr Bürgermeister Fellingner hat versucht, uns das Kleinschwimmbecken oder wie wir es immer nennen wollen, schmackhaft zu machen. Ich muß allerdings sagen, ich vermisse dabei die Argumentation, warum? Ich vermisse noch etwas! Ich vermisse den Ort, wo dieses Kleinschwimmbecken, Lehrschwimmbecken oder sonst irgendwie genannt, gebaut werden soll. Bezüglich dieses wollen wir es unter dem ursprünglichen Namen Lehrschwimmbecken weiter laufen lassen.

Darf ich dazu weiter ausholen: Als im Budgetentwurf für 1968 die Post "Lehrschwimmbecken", dotiert mit S 500.000,-- erstmals auferschien, sprach sich die ÖVP-Fraktion damals schon strikte dagegen aus und plädierte für ein Hallenbad. Unserer Auffassung, ein Hallenbad zu errichten, schlossen sich, wie im Protokoll dieser Sitzung leicht nachzulesen ist, die Debattenredner der FPÖ und KPÖ vollinhaltlich an.

Auf Grund der vehementen Forderungen nach einem Hallenbad - auch von Ihnen, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion des öfteren privat aufgestellt - entschloß man sich, eine Informationssitzung des Gemeinderates über die Projekte Hallenbad und Kunsteisbahn abzuhalten. Dazu wurden noch die Vertreter der Sportverbände und der Schulbehörde geladen. Nach den diesbezüglichen Ausführungen des Errichters der Europa-Bäder, Herrn Prof. Grünberger, welcher die Kosten eines Hallenbades mit ca. 10 Millionen Schilling bezifferte, war die einhellige Meinung: "Weg mit dem Lehrschwimmbecken, wir bauen ein Hallenbad!"

Diese Auffassung vertrat unter anderen auch vehement der damalige Abgeordnete zum Nationalrat und jetzige Präsident der Arbeiterkammer, Herr Schmidl, als Vertreter des ASKÖ.

Herr Bürgermeister Fellingner setzte nach Ende der Diskussion ungefähr folgenden Ausspruch: "Ich bin

überzeugt, wenn ich jetzt abstimmen ließe, hätten wir einen einstimmigen Beschluß für das Hallenbad".

Auf Grund dieser Tatsachen glaubten viele unter uns, daß das Projekt Lehrschwimmbecken endgültig ad acta gelegt worden sei, noch dazu, wo eine Besichtigung des Lehrschwimmbeckens in Hallein keine positiven Aspekte ergab. Aber siehe da, bei Vorlage des zur Debatte stehenden Budgetentwurfes fand man zum größten Erstaunen der meisten hier Anwesenden im außerordentlichen Haushalt unter VP 722-91 "Hallenbad (Vorarbeiten)" S 200.000,-- und unter VP 722-92 "Lehrschwimmbecken" (Münichholz) Schilling 2 Millionen. Ich frage nur: "Ist das ein Druckfehler oder sonst ein Mißverständnis?" Aus anderen vernünftigen Gründen kann ich mir diesen Doppelansatz nicht erklären. Da präliminiert man 2 Millionen Schilling für ein Lehrschwimmbecken und dokumentiert gleichzeitig, daß man gewillt sei, parallel dazu den großen Bruder Hallenbad zu bauen. Darin steckt doch krasser Widersinn! Das ist doch eine nicht vertretbare Vergeudung von Steuergeldern!

Ich glaube, in dieser Frage gibt es keine andere Version als: "Wir bauen nur ein Hallenbad!"

Wenn ich mir, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, Ihre Motive, die zum Lehrschwimmbecken Münchenholz führten, suche, finde ich nur folgendes:

"Wir, die SPÖ, bauen in einer entlegenen Gegend, abseits vom Verkehrsstrom, weg vom Stadtbad mit seiner Vorwärmanlage, seinen vorhandenen Umkleideräumen, seinem Restaurant, und ja nicht zu einem vernünftigen Bäderkomplex vereint, vorerst einmal an einem Platz eines uns genehmen Vereines ein Lehrschwimmbecken. Die Hauptsache ist, daß nur Vereinsmitglieder dort baden können, die breite Öffentlichkeit geht später sowieso in ein dort zu errichtendes

Hallenbad, denn: Wo ein Lehrschwimmbecken, dort ist dann alles situiert, um eine Erweiterung zum Hallenbad zu rechtfertigen.

Und wir - die SPÖ - haben wieder mit öffentlichen Geldern einem uns nahestehenden Verein etwas gebaut, obwohl die Städtischen Unternehmungen dadurch Schaden leiden. Wir sind zwar alle Bürger unserer Stadt, aber wir - die SPÖ - stellen Vereins- bzw. Parteiinteresse über öffentliches Interesse. Wir haben uns zwar früher aus Vernunftsgründen für ein Hallenbad ausgesprochen, aber wir revidieren unsere Meinung aus Parteidisziplin!

Soweit - meine Damen und Herren der SPÖ - Ihre Motive aus unserer Sicht. Es gäbe zum Punkt Lehrschwimmbecken noch vieles zu sagen, z. B. Definition dieses Wortes, für wen und wozu soll es dienen, wie schaut es mit den Schwimmkenntnissen unserer Schüler aus, usw., aber dies wurde ja bereits in der Budgetsitzung im Dezember 1967 von verschiedenen Mitgliedern des Gemeinderates ausführlich dargelegt.

Ich möchte zu diesen Punkten abschließend die Meinung und den Standpunkt der ÖVP präzisieren:

Energische Versuche, von Land und Bund Subventionen - so wie für die Kunstseilbahn - zum Bau eines Hallenbades zu erhalten;

Zusammenlegung der beiden Voranschlagsposten für Lehrschwimmbecken und Hallenbad zu einer einzigen Post in der Höhe von S 2,2 Millionen, widmungsgemäß dem Hallenbad für Vorarbeiten und erste Baurate zugeeignet, wobei das Hallenbad ausschließlich nur im Areal des Stadtbades errichtet wird.

Eine andere als die vorgeschlagene Lösung wird die ÖVP zum gegebenen Zeitpunkt strikte ablehnen.

Dies gilt selbstverständlich auch für verschiedene im Zuge meiner Darlegungen aufgezeigten Probleme.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat Fritsch für seinen Beitrag.

Als nächsten Redner darf ich Herrn Stadtrat Baumann bitten!

STADTRAT ALFRED BAUMANN:  
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich sehe aus der entstandenen Debatte seitens der Mandatare der ÖVP, daß die Kollegen im Gemeinderat, die am 2. 12. 1968 dabei waren beim Besuch der Kindergärten, ihren Kollegen nicht berichtet haben, wie es in Wirklichkeit aussieht.

Ich möchte ausführen, daß wir in jedem Stadtgebiet eine Geburtenstatistik führen, wo genau festgestellt wird, wie hoch die Kinderanzahl ist und wo es am notwendigsten ist, einen Kindergarten zu errichten. Ich möchte nicht die Statistiken jedes Stadtteiles herunterlesen, sondern wer sich dafür interessiert, kann in diese bei mir Einsicht nehmen. Es war daher eine Notwendigkeit, zuerst den Kindergarten Wehrgraben zu bauen. Wenn auch Herr Vizebürgermeister Petermair gesagt hat, daß hier Millionen Schillinge vergeudet wurden, weil auf der Ennsleite viel billiger gebaut wurde.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-  
STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Stimmt nicht!

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Ein ähnlicher Ausdruck wurde gebraucht. Das spielt keine Rolle, mir macht es nichts aus, wenn Zwischenrufe fallen.

Ich glaube, daß Sie als Vizebürgermeister trotzdem informiert sein sollen, daß wir im Wehrgraben bauen mußten, weil es die Notwendigkeit ergeben hat und wir im Wehrgraben keinen Wiederaufbau gehabt haben. Wir waren in der glücklichen Lage, in der Arbeiterstraße - in den Hochhäusern -

einen Wiederaufbau zu machen und hier war es das Geistesgut - das möchte ich hier aussprechen - der Sozialisten, die gesagt haben, dort bauen wir einen Kindergarten hinein. Das ist auch geschehen und ich kann feststellen, daß wir im Kindergarten Marxstraße eine Gruppe dazugebaut haben, wo am 7. 1. 1969 eine Tagesstätte eröffnet wird.

Ich möchte dazu sagen, daß wir in Steyr gegen Linz, Wels usw. - Sie können in der Statistik nachsehen - weit an der Spitze liegen. Das ist das Erfreuliche. Wir führen in Steyr 11 Kindergärten, zwei Horte und zwei Tagesstätten. Davon in Münchenholz 5 Kindergärten mit 11 Gruppen und 295 Kindern. Auf der Ennsleite 3 Kindergärten mit 10 Gruppen und 270 Kindern. Im Stadtgebiet 3 Kindergärten mit 10 Gruppen und 360 Kindern. Im Stadtgebiet, das will ich auch sagen, sind noch zwei private Kindergärten vorhanden. Wir haben - wenn wir die Horte und Tagesstätten dazunehmen - 1028 Kinder untergebracht. Wenn ich Ihnen sage, daß es da eine Notwendigkeit ist, daß man dementsprechend - was der Herr Bürgermeister schon erwähnte - Personal aufgenommen hat, so möchte ich sagen, daß wir 42 Kindergärtnerinnen haben und 20 Hilfskräfte. Bei uns essen in den Kindergärten 130 Kinder. Der Verpflegungssatz im Monat, für 20 Tage, ist für Kinder unter 6 Jahren S 135,--, für Kinder über 6 Jahre S 165.--. Die Kindergartenbeiträge schlüsseln sich wie folgt auf - ich glaube, Sie wissen das:

bis	S 1.000,-	S 10,--
von S 1.001,-	- S 1.500,-	S 15,--
von S 1.501,-	- S 2.000,-	S 20,--
von S 2.001,-	- S 2.500,-	S 30,--
von S 2.501,-	- S 3.000,-	S 40,--
von S 3.001,-	- S 3.500,-	S 60,--
von S 3.501,-	- S 4.000,-	S 80,--
und darüber		S 100,--

Dabei möchte ich noch mitteilen, daß bei zwei Kindern S 300,-- und über 3 Kinder werden S 500,- in Abzug gebracht. Sie können versichert sein, was

uns möglich ist, werden wir versuchen an Kindergärten in Steyr zu errichten. Dafür - das möchte ich sagen - sorgen besonders unsere Frauen im Gemeinderat, die immer wieder dahinter sind, daß dort, wo es notwendig ist, Kindergärten errichtet werden.

Ich möchte noch dazu sagen, Sie wissen beiläufig, was ein Kindergarten kostet. Sie können die runde Summe von S 5 Millionen annehmen. Es sind aber nicht allein die Herstellungskosten eines Kindergartens erwähnenswert, sondern es muß auch zusätzlich Personal aufgenommen werden und Sie wissen, was uns das Personal kostet. Ich glaube, daß alle, die die Kindergärten besucht haben - Kollege Moser war auch mit - zufrieden waren und alle sich darüber lobend geäußert haben. Das will ich gesagt haben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für Ihren Beitrag.

Als nächsten Redner bitte ich Herrn Stadtrat Wippersberger!

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Herr Vizebürgermeister Petermair hat sich in dankenswerter Weise, in seinen einleitenden Ausführungen, besonders mit dem Verkehrsproblem beschäftigt. Ich glaube, er rennt dabei offene Türen ein. Es stimmt zwar, der Herr Bürgermeister hat es bereits eingangs erwähnt, daß wir in den letzten Jahren das Kapitel Verkehr etwas stiefmütterlich behandelt haben, stiefmütterlich deswegen, weil wir mit dem Neubau der Schule am Tabor und mit dem Zubau zum Altersheim sehr weit mit finanziellen Mitteln gebunden waren. Wir haben nun im Budget für das kommende Jahr doch einen wesentlich größeren Betrag, im außerordentlichen Haushalt allein S 7,5 Millionen,

für dieses Kapitel eingesetzt. Die Hundsgrabenumfahrung wird im nächsten Jahr in Angriff genommen. Der Herr Bürgermeister hat es bereits erwähnt. Ebenso soll die Seifentruhenumfahrung begonnen werden. Herr Dr. Gärber, Ihnen darf ich sagen, es hängt nicht allein von uns ab, ob die Seifentruhenumfahrung nächstes Jahr begonnen wird, das ist Bundessache, wir haben nur einen Zuschuß für dieses Projekt zu leisten.

Wenn Herr Vizebürgermeister Petermair von einer Rangordnung der Projekte auf dem Straßenbausektor in Steyr gesprochen hat, so glaube ich, ist mit dem Baubeginn des Hundsgrabenprojektes und der Seifentruhenumfahrung bereits eine Rangordnung gegeben. Die beiden Projekte Hundsgraben und Seifentruhe dürften der Gemeinde Steyr in den nächsten Jahren an die S 40 Millionen kosten. In weiterer Folge - Herr Dr. Gärber hat das bei den Brücken erwähnt - werden wir uns auch damit beschäftigen müssen und die Enns- und Steyrbrücke erneuern. Auch das kostet wieder zig-Millionen Schilling. Dem Wunsch des Herrn Vizebürgermeisters Petermair, eine Informationssitzung über Verkehrsprobleme und über den Straßenverkehrsplan - der übrigens besteht - in nächster Zeit durchzuführen, glaube ich, kann sicher Rechnung getragen werden. Was die Schaffung von Parkplätzen betrifft, auch dem soll nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Für die dringend notwendige Regulierung des Wieserfeldplatzes - übrigens eine Herzenssache von mir - ist leider noch kein baureifes Projekt vorhanden. Das Bauamt ist derzeit beauftragt, ein baureifes Projekt auszuarbeiten.

Herr Vizebürgermeister hat auch erwähnt, wie Parkraum am ehemaligen Wurz-Gebiet geschaffen werden könnte. Ich darf sagen, ich war Zeuge des Gespräches, das vor zwei Wochen im Rat-

haus geführt wurde. Es war Herr Dr. Satorius da und man hat sich intensiv damit beschäftigt. Leider muß ich sagen, es ergeben sich verkehrstechnische Schwierigkeiten, und zwar sehr große Schwierigkeiten, die Herr Dr. Satorius - er ist Fachmann auf diesem Gebiet - aufgezeigt hat. Wir hoffen, daß wir auch damit fertig werden. Ich bin der Meinung, daß die Lösung der Verkehrsprobleme in Steyr - ich glaube, die meisten hier anwesenden Gemeinderatsmitglieder werden mir das bestätigen - eines der dringendsten, wenn nicht das dringendste Problem ist, das wir in Steyr in den nächsten Jahren bewältigen müssen. Ich habe schon aufgezeigt, welche große Summen für die Lösung dieses Problems notwendig sind. Ich darf sagen, ich bin sehr froh darüber, daß im Budget für das kommende Jahr erstmals ein etwas größerer Betrag vorgesehen ist und daß eben im kommenden Jahr mit der Lösung dieses Problems begonnen wird und ich glaube, wir sollten uns alle sehr über diese Tatsache freuen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Stadtrat Wipbersberger.

Die nächsten drei Redner sind Herr Gemeinderat Holzinger, Herr Stadtrat Fürst und anschließend Herr Gemeinderat Schwarz.

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Dienstpostenplan des Magistrates Steyr soll aus verschiedenen vertretbaren Gründen auf 655 Dienstposten erhöht werden. Dies wird natürlich in der Folge zu neuen Personalaufnahmen zwingen. Kürzlich habe ich der Presse entnommen, daß Herr Vizebürgermeister Kaltenböck

aus Ternberg, entgegen dem massiven Einspruch der Personalvertretung des Magistrates Steyr, sofort definitiv eingestellt und gleichzeitig in das pragmatische Dienstverhältnis übernommen werden soll. Die zuständige Personalkommission, welche diesen Sonderfall hätte behandeln sollen, war zwar einberufen, aber aus Protest wurde von den Mitgliedern der Personalkommission der Einberufung nicht Folge geleistet. Hiedurch war die zuständige Personalkommission beschlußunfähig. Trotzdem wird dem Vernehmen nach Herr Kaltenböck definitiv eingestellt und somit sofort, ohne entsprechende Probezeit, in das pragmatische Beamtenverhältnis übernommen.

Herr Bürgermeister, ich frage Sie, ob tatsächlich Herr Kaltenböck definitiv aufgenommen und sofort, ohne der sonst üblichen Vertragsbediensteten-Jahre als eine Art Probezeit, pragmatisiert werden soll. Wenn dies wirklich zutreffen sollte, möchte ich noch zusätzlich anfragen, warum und wieso man einen derartigen Sonderfall schaffen will. Sachlich kann diese ungewöhnliche Aufnahme nach unserer Ansicht nicht vertreten werden, weil genügend erprobte Bedienstete vorhanden sind, welche sicherlich seine künftige Arbeit genau so gut oder besser verrichten könnten. Man geht ohne entsprechende Probezeit ein gewisses Risiko ein und vergrämt jene vielen, braven und fleißigen Bediensteten, welche schon jahrelang auf eine Pragmatisierung warten.

Nun zu einem anderen Thema, dem Wohnungssektor.

Im außerordentlichen Haushaltsvoranschlag 1969 (Seite 89) ist als größte Ausgabepost neuerdings ein Darlehen von 12 Millionen Schilling an unsere Organgesellschaft die "Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GesmbH" vorgesehen. Auf Seite 133 des Voranschlages findet man eine Übersicht über den Schuldenstand und den Schuldendienst der GWG. Es

fällt hierbei auf, daß die Stadtgemeinde Steyr nicht als Darlehensgeber ausgewiesen ist. Ich habe mich deshalb fernmündlich beim Geschäftsleiter der GWG, Herrn OSR. Dr. Enzelmüller, erkundigt und hierbei erfahren, daß allein die Stadtgemeinde Steyr bisher 112 Millionen Schilling als Darlehen gegeben hat. Die GWG hat bisher insgesamt ca. 2300 Wohnungen gebaut und 700 Wohnungen befinden sich im Bau und in Planung. Die GWG und somit die Stadtgemeinde Steyr kann auf diese Leistungen stolz sein und sich hierüber freuen. Die Darlehen unserer Stadt sind langfristig, in der Regel auf 69 1/2 Jahre und mit 1 % Verzinsung gegeben. Wegen der Langfristigkeit und der geringen Verzinsung handelt es sich also real betrachtet bei unseren Darlehen an die GWG zu ca. 2/3 um Geschenke unserer Stadt an die glücklichen Mieter. Umgerechnet auf die Kopfquote heißt dies, daß jeder Einwohner unserer Stadt bisher S 3.000,- als aliquoten Anteil der GWG als äußerst günstiges Darlehen gegeben hat.

Bei dieser Sachlage müssen die Einwohner von Steyr aber erwarten können, daß mit ihren Darlehensmitteln ein größtmöglicher Nutzeffekt erzielt wird. Das heißt, es soll allein Familiengröße, Wohnverhältnis, soziale Berücksichtigungswürdigkeit und Wartezeit die Richtschnur bei der Wohnungsvergabe sein. Die Wohnung darf kein Werbemittel für den Eintritt in eine Partei und das Parteibuch keine Vorzugsaktie der GWG sein. Als Mitglieder des Wohnungsausschusses sind Kollege Frühauf und ich zur übereinstimmenden Ansicht gelangt, daß die derzeitigen Vergabepraktiken fast nur nach den alleinigen Gesichtspunkten der Mehrheitsfraktion erfolgen und somit zu parteilich und zu wenig objektiv sind.

Neuerdings soll der gemeinderätliche Wohnungsausschuß nur mehr die Berücksichtigungswürdigkeit der Woh-

nungswerber feststellen und die eigentliche Wohnungsvergabe die Geschäftsleitung der GWG durchführen. Die Wohnungsausschußmitglieder sollen also den Prellbock für die Wohnungswerber spielen und bestimmen soll in Hinkunft ein einfärbiges Triumvirat allein. Wie objektiv man bei solcher Vergabepaxis in Zukunft sein kann, können wir uns ausmalen.

Hiemit können wir uns nicht abfinden und wir verlangen daher die direkte Wohnungsvergabe durch den gemeinderätlichen Wohnungsausschuß nach einem gerechten Punktesystem.

Saubere Verhältnisse bei der Wohnungsvergabe sollen Grundvoraussetzung für die Gewährung weiterer günstiger Darlehensmittel unserer Stadt an die GWG, besonders im Hinblick auf die derzeitige angespannte finanzielle Situation, sein.

In letzter Zeit hat sich die Mehrheitsfraktion im Wohnungsausschuß sehr diktatorisch und parteilich verhalten.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Du Super-Demagoge!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Man hat uns bisher stark benachteiligt. Es werden dem Wohnungsausschuß sogenannte Amtsvorschläge unterbreitet und man erwartet scheinbar, daß der Wohnungsausschuß diese Vorschläge als unabänderlich betrachtet und jeweils einstimmig akzeptiert. Es muß hier ganz deutlich gesagt werden, daß es sich beim sogenannten Amtsvorschlag in Wahrheit um den Vorschlag der sozialistischen Mehrheitsfraktion handelt.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Du kannst ja dagegenstimmen, wenn Du willst!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Diese Einstellung und Vorgangsweise will ich hier anprangern, weil es nicht angeht, daß die GWG der Stadt Steyr, in der so bedeutende Mittel unserer Steyrer Mitbürger stecken, die Wohnungen so einseitig und parteilich vergibt. Daß in der Vergangenheit viele freigewordene Wohnungen überhaupt ohne Befassung des Wohnungsausschusses vergeben wurden, sei hier nur am Rande erwähnt.

Besonders bei der Wohnungsvergabe erwartet unsere Bevölkerung eine echte und gedeihliche Zusammenarbeit von uns allen. Wir bekennen uns zur Zusammenarbeit. Aber wir als Minderheitsfraktion können die erforderliche Zusammenarbeit nicht ohne Wollen und Entgegenkommen der Mehrheitsfraktion herbeiführen. Gerade der Wohnungsausschuß kann und wird in nächster Zeit ein echter Prüfstein dafür sein, ob die sozialistische Mehrheitsfraktion in Steyr in Zukunft eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der ÖVP-Fraktion wünscht.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat Holzinger für seinen Beitrag.

Als Nächsten bitte ich Herrn Stadtrat Fürst.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:  
Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist und war immer SPÖ-Aufgabe, soziale Einrichtungen zu schaffen, auch wenn Sie Zuschüsse verlangen oder Darlehen wie beim Wohnbau. Hier unterscheidet sich eben unsere Auffassung mit der des Herrn Dr. Gärber. Diese Aufgabe ist eine Gegenwartsaufgabe und wir brauchen uns nicht den Vorwurf machen, in der Vergangenheit etwas versäumt zu haben, was durchzuführen möglich gewesen wäre. Wir werden es auch in Zukunft

so halten und nicht erlahmen, uns für die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung, sei es im Wohnbau, den Kindergärten, den Schulen, den Sportstätten, der Altenbetreuung usw., verantwortlich zu fühlen. Ich möchte hier betonen, daß dadurch der Wirtschaft wesentliche finanzielle Impulse gegeben wurden, die in die Hunderte von Millionen gehen. Daß in der Stadt Steyr auch sparsam gewirtschaftet wird, darf ich an Hand eines Beispielen erläutern:

Der personalintensivste Betrieb oder das personalintensivste Objekt der Stadt ist das Altersheim. Sie haben gehört, der Personalstand wurde verdoppelt. Er beträgt gegenwärtig etwas über 90 Bedienstete und gerechnet auf den Gesamtaufwand für das Heim 50 %. Trotzdem ist das ein Beispiel an Sparsamkeit auf dem personellen Sektor. Ich darf das ganz kurz an Hand von Zahlen erläutern. Das Zentralaltersheim hat rund 400 Betten und wir dürfen stolz sein, sagen zu können, auf 10 Einwohner der Stadt Steyr kommt ein Altenbett.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Pro 100!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Entschuldigung, pro 100. Das ist eine Zahl, die nicht so leicht in Österreich erreicht wird. Pro 15 Betten benötigen wir eine Schwester. Das ist ein Schlüssel, der äußerst sparsam ist. Ich darf nur im Vergleich dazu sagen, in Linz hat man einen Bettenschlüssel von 10,3 Betten pro Schwester. Wir liegen fast um ein Drittel günstiger. Die Erhöhung des Personalstandes im Zentralaltersheim ist aber nicht nur auf die Vergrößerung des Altersheimes zurückzuführen, sondern im Sinne einer Rationalisierung und Einsparung, und zwar dadurch, daß die Küche so groß gebaut wurde, daß damit Kindergärten, Horte und zwei

Schülerheime ebenfalls mit der nötigen Verpflegung versorgt werden. Außerdem soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß es dadurch möglich wird, für alle Magistratsbediensteten kantinenartig von dieser Küche aus Mittagessen ab nächstem Jahr zu verabreichen. Sie sehen aus diesen kurzen Ausführungen, daß für diese Aufgaben die bewilligten Mittel sehr wohl überlegt angewendet und sehr sparsam verwaltet werden.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Stadtrat Fürst für seinen Vortrag.

Als Nächsten bitte ich Herrn Gemeinderat Schwarz.

GEMEINDERAT HEINRICH SCHWARZ:  
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zunächst gestatten Sie mir eine kurze Stellungnahme zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Fritsch. Kollege Fritsch, glaube ich, hat die Aufforderung an die Gemeinde gerichtet, den Bau des Realgymnasiums zu forcieren, doch an die falsche Adresse gerichtet, hier zu intervenieren. Bereits vor mehreren Jahren - ich glaube das ist allgemein bekannt - hat die Gemeinde in diesem Zusammenhang eines ihrer schönsten Grundstücke im Werte von vielen Millionen Schillingen dem Bund geschenkt. Bis heute wurde dieser Bau nicht begonnen. In diesem Zusammenhang möchte ich dafür plädieren, daß mit diesem Bauehestens begonnen werden soll. Ich will hier nicht die wirtschaftlichen Vorteile, die Herr Gemeinderat Dr. Gärber angeführt hat, anführen, denn ich glaube mit einem Schulbau sollte man die wirtschaftliche Seite nicht allzu sehr verbinden. Ich will aber hier allgemeine Bildungsprobleme aufzeigen. Wir alle wissen, daß der Bedarf an Maturanten in den nächsten Jahren sehr stark ansteigen wird. Eine Untersuchung der OECD hat ergeben, daß

Österreich voraussichtlich im Jahre 1976 25 % Maturanten, gerechnet von den Schulanfängern, benötigen wird. Wenn wir alle Anstrengungen unternehmen, wird es voraussichtlich möglich sein, einen Prozentsatz von 18 zu erreichen. Derzeit stehen wir ca. bei 14 %. Ich darf als Beispiel anführen, daß in Schweden derzeit 32 % aller Schulanfänger bis zur Matura kommen und die Reifeprüfung ablegen. Das ist doch ein gewaltiger Unterschied. In Frankreich sind es ca. 27 %, um auch einen anderen Staat zu zitieren. Das nur kurz als Antwort auf diese Dinge.

Herr Dr. Gärber hat nur die wirtschaftliche Seite gesehen und soziale Gesichtspunkte - wie Stadtrat Fürst bereits angeführt hat - überhaupt außer acht gelassen. Nach unseren Grundsätzen - wir wissen das alle - wir stehen auf dem Standpunkt, daß Wohnungen zu einem angemessenen Preis für jeden zur Verfügung stehen sollen. Das ist eine unserer Hauptforderung, auch für jene Mitbewohner, die ein geringeres Einkommen haben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Wohnung keine Ware sein soll und jedem wirklich zu erschwinglichem Preis zur Verfügung steht. Die Allgemeinheit hat die Pflicht, hier entsprechend einzuwirken, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Jetzt aber zu einem anderen Problem, zu einer Post im Budget, die bisher nicht angeführt wurde.

Es ist heuer erstmals die Förderung von Betriebsneugründungen im ordentlichen Budget vorgesehen. Herr Vizebürgermeister Petermair hat in seiner Stellungnahme angeführt, daß Gegenwartsaufgaben jetzt zu lösen sind. Hier glaube ich, stehen wir vor einer Gegenwartsaufgabe, die durch ein Gegenwartsproblem entsteht. Bekanntlich ist unsere Wirtschaftsstruktur in Steyr einseitig ausgerichtet. Das ist traditionsbedingt. Von den ca. 15.500 Beschäftigten im Bezirk Steyr, die innerhalb der Gemeinde arbeiten, sind

rund 65 % in Betrieben der Metallwirtschaft, der Metallindustrie oder des Metallgewerbes tätig. Hier glaube ich wäre es notwendig, einen gewissen Ausgleich zu schaffen, indem wir andere Wirtschaftszweige, Betriebe anderer Wirtschaftskategorien zu uns herbringen. Es ist so, daß die Zahl der Facharbeiter in den letzten 3 Jahren in unserem Gemeindegebiet um ca. 10 % abgenommen hat, die Zahl der Hilfsarbeiter um 15 % und die Zahl der Angestellten im gleichen Zeitraum um rund 20 % angestiegen ist. Das ist ein Strukturwandel, der sich vollzieht und ich glaube im Zusammenhang mit diesem Strukturwandel ist es notwendig, auch Ausweichmöglichkeiten zu haben, weil sich diese Dinge nicht alle in einem Wirtschaftszweig abspielen können. Eine Untersuchung in Deutschland hat ergeben, daß in einem Jahr rund 1 % aller Berufstätigen ihren Beruf wechseln. In 5 Jahren werden es ca. 2 % sein. Diese Entwicklung wird auch auf uns zukommen und wir haben zu trachten, daß wir hier die nötige Vorsorge treffen. Außerdem möchte ich in diesem Zusammenhang doch anführen, daß der ständige Rückgang der Einnahmen bei der Gewerbesteuer auch hier eine Ausgleichsmöglichkeit bieten wird. Neue Betriebe würden auch neue Einnahmen für die Gemeinde bringen und bei der Bewältigung von kommunalen Aufgaben wesentlich unsere Arbeit erleichtern.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat Schwarz für seine Ausführungen.

Die nächsten Diskussionsredner sind Stadtrat Besendorfer, Stadtrat Wallner und anschließend Stadtrat Kinzelhofer.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, die Debatte zu verlängern,

wurde aber buchstäblich herausgefordert und ich möchte bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung machen zu den Ausführungen des Herrn Gemeinderates Dr. Gärber. Mir ist von vornherein klar gewesen, daß Sie als Obmann des Hausbesitzerbundes über Wohnungsfragen andere Auffassungen haben wie wir Sozialisten. Wenn ich mir Ihre Gedankenwelt vorstelle, wie man Wohnungen wirtschaftlicher bauen soll, so kommt mir Fürchterliches in den Sinn. Sie haben erwähnt, daß schon 2.380 Wohnungen gebaut wurden, das nimmt jeder mit für sich in Anspruch, wenn wir aber auf dieser Grundlage finanziert hätten, wie Sie Herr Doktor gemeint hätten, so wären viele unserer Bürger von einer solchen Wohnung ausgeschlossen gewesen, weil ich glaube, daß viele die Mittel nicht aufbringen können, was die Endrechnung für den Zins ergeben würde. Wir betrachten es hier als Sozialleistungen und ich finde Ihre Anklage, auf der anderen Seite als Anerkennung für die sozialistische Gemeindeverwaltung, daß sie bisher Wohnungen gebaut hat, die für die Bedürftigeren in unserer Stadt noch tragbar sind. Wir haben Vorstellungen, wie die Wohnbauförderung 1968 sich auf dem Gebiet auswirken wird. Wir sehen jetzt bereits, daß diese Sorge und diese Zurückhaltung am Wohnbausektor zu ernststen Schwierigkeiten in der Wirtschaft führt und wir haben zum ersten Mal jetzt Baufirmen, die vor schweren Problemen stehen. Ich möchte hier in die Besonderheit nicht eingehen, das würde zu lange dauern, sondern ich möchte sagen, mir war von vornherein klar, daß bei der Zinsgestaltung Meinungsverschiedenheiten sein werden.

Zum Wort habe ich mich gemeldet, weil der Kollege Gemeinderat Holzinger in einer Art hier Kritik geübt hat, die meiner Meinung nach sehr unsachlich ist. Seit vielen Jahren ha-

ben wir uns bemüht, auf dem Gebiet gemeinsame Arbeit zu leisten und mit einer einzigen Ausnahme, wo die beiden Kollegen sich der Stimme enthalten haben, herrschte immer Einstimmigkeit bei der Vergabe von Wohnungen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Gegenstimmen wurden abgegeben!

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Vielleicht haben Sie einmal eine Gegenstimme gemacht. Ich behaupte gar nicht, Herr Kollege, daß alles, was wir tun, 100 %ig richtig ist, das ist Menschenwerk. Ich denke nur daran, wie wir ihren Wohnungsfall erledigt haben, der war bestimmt alles andere als im normalen Rahmen, es war eine Ausnahme. Aber Ausnahmen bestätigen die Regel. Wir haben immer Wert darauf gelegt, daß wir gemeinsam arbeiten und daß uns nicht der Vorwurf gemacht wird, unsachlich zu sein. Wir haben bisher es immer so gehalten, daß wir mit den Vertretern der einzelnen Parteien uns abgesprochen haben, daß uns die Vertreter der einzelnen Parteien ihre Vorschläge unterbreitet haben und daß wir uns dann bemüht haben, mit dem Vorhandenen auszukommen. Ich möchte sagen, das Wohnungsressort ist nach wie vor eines der schwersten Aufgaben. Ich habe gerade gestern die härteste Kritik meiner eigenen Fraktionskollegen zur Kenntnis nehmen müssen, weil auch wir in unserer Fraktion nicht die vielen Sorgen, die an uns herangetragen werden, erledigen können und weil ich der Meinung bin, daß man von dieser Warte her auch nicht betrachten kann, sondern daß wir die Bedürftigsten zu berücksichtigen haben. Ich darf nur eine Zahl sagen, 2700 Wohnungssuchende sind bei uns vorgemerkt. Wir

geben durchschnittlich im Jahr - wir wünschen, daß es so bleiben kann - 200 Wohnungen weiter. Sie können sich daher beiläufig ausrechnen, wie es auch in fernerer Zukunft auf diesem Gebiet aussehen wird. Bei einer der letzten Debatten, wo Sie dagegen gestimmt haben oder sich der Stimme enthalten haben, da haben wir Sie gefragt, welche Wünsche Sie haben, da haben Sie uns 8 Namen .....

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Nicht 8 sondern 9!

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Bitte, ich berichtige mich, 9 Namen genannt, die bei bestem Willen nicht berücksichtigt werden konnten, weil ihr Ansuchen derart jungen Datums war, daß sie einfach nicht mehr in das Gespräch genommen werden konnten. Wir haben auch mit Ihnen darüber aufrichtig diskutiert und haben versucht, Verständnis dafür zu finden, aber das war bei Ihnen nicht zu erwarten, ich bedaure das. Es kommen an uns Wohnungsfälle heran, denen wir mit bestem Wissen und Gewissen sagen müssen, kommen Sie in 1 oder 2 Jahren wieder, fragen Sie wieder nach, vielleicht können wir Ihnen dann helfen. Diese Wohnungswerber erklären uns dann, dann gehen wir wo anders hin. Ich bekomme dann eine halbe Stunde oder einen Tag später einen Anruf von der ÖVP, vielleicht von Kollegen Frühauf oder Kollege Holzinger trägt den Fall neuerlich in der Sitzung vor und wundert sich dann, daß ich diesen Wunsch nicht gleich erfüllen kann, bzw. nicht will. Es soll nicht der Eindruck entstehen, wenn ich beim Wohnungsreferenten mit meinen Wünschen nicht durchkommen kann, weil es einfach nicht möglich ist, dann gehe ich zur ÖVP. Wird mein Fall auch dann nicht erledigt, so mache ich ein Politikum daraus. Das ist keine

sachliche Arbeit und ich habe mich bemüht, innerhalb dieses Wohnungsausschusses Sie diesbezüglich aufzuklären und habe Sie gebeten, dafür Verständnis zu haben und habe Ihnen gesagt, daß dem nicht so ist, wie Sie erklärt haben, daß Sie überrollt wurden. Sie haben uns - wie auch der Herr Vizebürgermeister Petermair - eine Liste zur Verfügung gestellt, wir haben weitgehendst, soweit es vertretbar ist, sie in dieses Positiv-Programm aufgenommen. Ich habe nur ein Ersuchen an die Kollegen der ÖVP, wenn Sie die Zusammenarbeit im Wohnungsausschuß als Prüfstein nennen, dann müssen Sie auch Ihre Meinung etwas revidieren. Es ist nicht so, daß nur das demokratisch ist, was nach Ihrem Kopf geht, sondern bemühen wir uns, gemeinsam diese Sorgen zu meistern und sagen nicht gleich, wenn es nicht so ist, wie Sie wollen, wir sind dagegen und lehnen es ab. Ich habe vielleicht das Mißgeschick gehabt - Herr Kollege Holzinger - daß ich gerade mit Ihnen auf dem Gebiet keine Möglichkeit finde, sachlich zusammenzuarbeiten. Ich muß sagen, bis jetzt, in den vielen Jahren, in denen ich diesem Ausschuß vorstehe, habe ich - mit Ausnahme von Wahlzeiten, wo es verständlich ist - diesen Vorwurf nicht erhalten. Ich würde auch an Sie den Appell richten - Ihr heutiger Ausfall ist im Zuge der Budgetdebatte noch vertretbar - in Zukunft wieder sachlich mitzuarbeiten, damit das, was Ihr Fraktionsführer eingangs gesagt hat, auch verwirklicht werden kann, gemeinsam die Dinge der Zeit erkennen und meistern.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Stadtrat Besendorfer für seine Ausführungen.

Als Nächsten bitte ich Herrn Stadtrat Wallner.

STADTRAT MANFRED WALLNER:  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe mir als Baureferent der Stadt Steyr vorgenommen, auch einen Beitrag für unsere heutige Budgetberatung zu leisten, und zwar ausgerichtet auf das mir übertragene Aufgabengebiet. Schon im Hinblick auf die Arbeit der mit der Abfassung des Protokolls betrauten Angestellten werde ich mich möglichst kurz fassen, trotzdem aber prägnant herausstellen, was mir wichtig erscheint. Wichtig ist meines Erachtens das, was unsere Mitbürger und Steuerzahler bewegt oder Anlaß zu berechtigter Kritik gibt. Ich möchte über die Bautätigkeit im allgemeinen, über die Planung in Steyr und die damit zusammenhängenden Fragen sprechen und mit aller Deutlichkeit darstellen, welche Maßnahmen meines Erachtens sofort und ohne Aufschub getroffen werden und ihre finanzielle Bedeckung finden müssen. Ich werde nicht in den Fehler verfallen - Beispiele, meine Damen und Herren, gibt es in der hohen Staatspolitik meines Erachtens genügend in letzter Zeit - nur zu kritisieren. Man kann mit dieser Art gewisse publizistisch auswertbare Augenblickserfolge erzielen, das gebe ich zu. Ein solcher Erfolg wäre mir - das muß ich Ihnen offen und ehrlich gestehen - zu billig. Ich werde konstruktive Vorschläge machen. Ich stehe auch nicht an, positive Leistungen herauszustellen. Hier darf ich vielleicht hinzufügen, daß die größte Leistung wohl der Steuerzahler, also die gewerbliche Wirtschaft, die vielen Arbeiter und Angestellten unserer Stadt erbringen. Dem Steuerzahler gebührt somit, das muß - es ist eigentlich noch nie angeklungen - herausgestellt werden, der erste Dank. Wir als Mitglieder des Gemeinderates haben die Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Steuerzahler, die uns zu treuen Händen überlassenen finanziellen Mittel zu verwalten, diese Mittel sinnvoll einzusetzen und dann der Öffentlichkeit Rede und

Antwort zu stehen. Was will der Steuerzahler? Er will, daß wir als guter Hausvater handeln, daß das Gesamtwohl der Familie Einzelinteressen von Familienmitgliedern voranzustellen ist. Einzelinteressen von Familienmitgliedern, mögen sie auch noch so berechtigt erscheinen, müssen sich dem Gesamtwohl der Familie unterordnen und mögen solche Wünsche auch mit noch so großer Lautstärke vorgebracht werden. Ist der Familienvater nicht mehr so reich wie ehemals, so hat er Luxusausgaben zu unterbinden. Er hat zu versuchen, neue Einnahmequellen zu erschließen und er wird dafür sorgen, daß seine Familie wächst, er wird also Familienplanung betreiben.

Damit glaube ich überleiten zu dürfen auf den Sinn meiner Ausführungen, die sich gliedern werden 1. in die Bautätigkeit, 2. in zukunftsgerechtes Planen und 3. in das Gesamtkonzept.

Nun zur Bautätigkeit in Steyr. Hier kann ich mit einigen interessanten Zahlen, die ich mir - ich muß es sagen - mühselig aus den Rechnungsabschlüssen 1964 - 1967 und aus dem Voranschlag 1968 erarbeitet habe, aufwarten. Nur einige interessante Zahlen. Ich werde Sie nicht langweilen mit der ganzen Liste, die mir hier vorliegt und die zweifellos positiv für die Gemeinde lauten wird.

Straßen. Ich habe mir hier diese 5 Jahre deshalb herausgesucht, weil ich annehme, daß diese 5 Jahre vergleichbar sind in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. An Straßen eine aufsteigende Entwicklung. Ich meine hier nur den Neubau von Straßen, damit ich hier richtig verstanden werde. Ich ziehe hier nur heraus Kanal- und Kläranlagen: ja, Straßen habe ich vergessen, diese bewegen sich von 4 - 6 Millionen pro Jahr, Kanal- und Kläranlagen ebenfalls bis zur Höchstgrenze von 5 Millionen im Jahre 1968. Altersheimzubau von rund 4 Millionen im Jahre 1967 und etwas abfallend im Jahre

1968 auf 3 Millionen. Eine enorme Steigerung im Wohnbau, ausgehend von 9 Millionen im Jahre 1964, auf 11, 14, 16 und rund 12 Millionen. Zusammengefaßt ergeben diese Zahlen in diesen 4 Jahren einen Wert von rund 50 Millionen an Gesamtbauvolumen. Eine vergleichbare Stadt - ich habe mehrere hier, aber ich will Sie nicht langweilen - wie Wels, nur um vergleichen zu können und wir können uns mit Recht mit Wels vergleichen. Das Gesamtvolumen der Stadt Wels beträgt im Jahre 1968 rund 28 Millionen. Gesamtsumme dieser 5 Jahre, Bauvolumen der Stadt Steyr Schilling 188 Millionen, also rund Schilling 190 Millionen. Gegenübergestellt Wels mit 180 Millionen. Die Entwicklung auf dem Bausektor in Steyr ist also durchaus erfreulich. Aber war die Planung bisher so erfreulich? Diese Frage muß ehrlich und objektiv mit einem harten "Nein" beantwortet werden. Zunächst etwas Allgemeines zu diesem Thema.

Die enorme Bautätigkeit der vergangenen 20 Jahre hat ihre sichtbaren Auswirkungen verursacht. Teils kam es zu neuen Ortsgründungen, teils haben auch Orte und Städte ihren bisherigen Rahmen gesprengt und sich in das Umland ausgebreitet. Leider muß festgestellt werden, daß diese Auswirkungen sowohl vom optischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt nicht immer positive sind. Es ist kaum zu bezweifeln, daß sich Fehler nur dann vermeiden lassen, wenn eine ordnende Planung vorliegt. Wo dies nicht der Fall ist, kann es zu Fehlern kommen, die berechtigt kritisiert werden und zu großen Belastungen der Allgemeinheit führen können. Dies besonders dann, wenn die Bautätigkeit nicht mit den notwendigen Aufschließungsmaßnahmen wie Straßen, Kanäle, Wasser etc. koordiniert vor sich geht. Für das Stadtgebiet Steyr sind, wie ich mich im Laufe meiner einjährigen Tätigkeit nun als Baureferent überzeugen konnte, leider vollständige Planungen in die-

ser Richtung nur teilweise vorhanden. Für das ursprüngliche Stadtgebiet besteht ein Regulierungsplan aus dem Jahre 1930, der außer Zweifel den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Weiters besteht ein Flächenwidmungsplan, der vom Gemeinderat erst im Jahre 1964 genehmigt wurde. Außerdem sind verschiedene Teilbebauungspläne vorhanden, die nach dringender Notwendigkeit für gewisse Baugebiete meistens unter Zeitdruck erstellt werden mußten.

Ein Wort zum Flächenwidmungsplan. Dieser weist bedauerlicherweise wenig Industrie- und Gewerbeflächen aus, da die ursprünglich vorgesehenen Flächen im Norden der Stadt bis zur Hausleitnerstraße reichten. Für die inzwischen beabsichtigte Wohnbebauung der Resthofgründe mußten diese Flächen zum größten Teil aufgegeben werden. Es wäre dringend zu untersuchen, ob im Gebiet von Gleink-Dornach zusätzliche Gewerbe- und Industrieflächen zu annehmbaren Preisen geschaffen werden können, da nur dort in Kürze entsprechende Aufschließungen vorhanden sein werden. Aus der Vielzahl der im Laufe eines Jahres vom Bauausschuß zu behandelnden Ausnahmeansuchen läßt sich zweifellos ableiten, daß die derzeitige Planung, Bauungspläne etc. nicht ausreichen. Durch Planungen nicht erfaßt sind große Teile des Stadtgebietes, wie die Neuschönau, Jägerberg, Ennsleite, Waldrandsiedlung, Dornach-Gleink mit geringen Ausnahmen, das Ortsgebiet Stein, das Gebiet an der Wolfenstraße und die Gründbergsiedlung. Als besonders krasser Fall muß die Ennsleite angesehen werden. Obwohl der ebene Teil der Ennsleite nahezu gänzlich verbaut ist, gibt es hierfür noch keinen rechtskräftigen Bauungsplan, von dem Teilstück des Wiederaufbauvorhabens abgesehen. Obwohl im Bauamt, wie ich mich selbst überzeugt habe, einige Entwürfe erarbeitet wurden, konnte man sich bis heu-

te zu keinem Gesamtkonzept entschließen. Daß dadurch Fehlplanungen entstehen können, die einerseits dem Stadtbild nicht zum Vorteil gereichen und andererseits mögliche finanzielle Mehrbelastungen erbringen, ist naheliegend. Zum Thema Ausnahmegenehmigung von Bauansuchen muß klargestellt werden, daß daraus in Zukunft für die Stadtgemeinde schwere Probleme entstehen können, da auch für diese Bauten einmal die notwendigen Aufschließungen seitens der Stadt geschaffen werden müssen. Typische Fälle sind die Gründberg- sowie die Waldrandsiedlung und das Gebiet an der Wolfers-Strasse - Feldstrasse, für welche Gebiete die Schaffung einer Abwasserbeseitigung immer dringender wird. Davon abgesehen ergeben sich durch diese Ausnahmehbauten vielfach Zwangspunkte und damit Schwierigkeiten für die Durchführung einer geordneten Planung. Zum Beispiel kann eine einwandfreie gute Verkehrslenkung durch die mit Ausnahmegenehmigungen errichteten verschiedenen Tankstellen an der Ennsstrasse nicht erfolgen. Zur Verkehrsplanung wurde von der Stadt vor Jahren der Start gegeben. Es wäre dringend notwendig, durch ein langfristiges Konzept, den konsequenten stufenweisen Ausbau der Verkehrswege zu ermöglichen, deren erste Stufe der bevorstehende Baubeginn der Seifentruhenumfahrung darstellt. Ich darf in aller Bescheidenheit, wie sie der ÖVP zusteht, herausstellen - ich glaube das behaupten zu können - daß hier die ÖVP die Initiative ergriffen hat. Das wird man uns jederzeit gerne bestätigen. Ich wollte das nur herausgestellt haben, daß wir in parteilicher Richtung alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, um endlich zu dieser Seifentruhenumfahrung zu kommen. Eine Forcierung der Stadtplanungsarbeit, deren Notwendigkeit außer Zweifel steht, scheint auf Grund des Vorhergesagten dringend erforderlich, um eine geordnete Entwicklung der

Stadt, nun auch als Fremdenverkehrsstadt, zu garantieren und späteren unangenehmen Problemen vorzubeugen. Im Bauamt ist vieles vorbereitet und erarbeitet worden, aber zu umfassenden zusammenhängenden Planungen konnte es nicht kommen, da einerseits ein diesbezüglicher Auftrag nicht erfolgte und im übrigen die personellen Voraussetzungen nicht vorhanden sind. Das Hochbaureferat, dem die Planung obliegt, besteht - einschließlich einer Zeichnerin - aus insgesamt 3 Personen, wobei der Referent, Oberbaurat Dipl. Ing. Ehler, seit 1965 bis einschließlich voraussichtlich 1972 für die Überwachung und Koordinierung des Wiederaufbauvorhabens der GWG auf der Ennsseite abgestellt werden mußte. Zum Vergleich sei erwähnt, daß für die Planungsarbeiten in Wels - wir haben gehört, das halbe Bauvolumen - 6 Arbeitskräfte, also 3 zu 6, zur Verfügung stehen. Wie im übergeordneten Sinn bei der Stadtplanung, liegen die Dinge ähnlich bei den Baudurchführungen. Es ist vielfach festzustellen, daß Baudurchführungen, begonnen bei der Planung, unter einem hektischen Zeitdruck stehen. Es ist eine anerkannte Tatsache, daß, je ausgereifter eine Planung erstellt wird, umso schneller aber auch billiger kann die Baudurchführung erfolgen. Zwei wesentliche Voraussetzungen müssen jedoch vor Inangriffnahme des Bauvorhabens erfüllt werden. Erstens muß ein exaktes Programm vorliegen und zweitens muß zur Durchführung einer exakten alles bedenkenden Planung die notwendige Zeit eingeräumt werden. Bei der Stadtgemeinde Steyr gibt es keine Institution oder kein Gremium, ausgenommen bei Schulbauten, welches bei der Erarbeitung eines Programmes oder bei der Begutachtung von Projekten auf breiterer Basis mitwirkt und damit den mit der Planung und dem Bau beschäftigten beratend und helfend zur Seite steht. Die Folge davon ist, daß bei negativen Erscheinungen der Un-

mut aller auf das Stadtbauamt abgeladen wird, wobei fallweise - das muß ich mit aller Deutlichkeit herausstellen - zu untersuchen wäre, ob diese oft geäußerte negative Kritik in Wahrheit dem Bauamt bzw. dem Sachbearbeiter angelastet werden kann. Für diese eben von mir geäußerten Ansichten gibt es genügend Beispiele. Einige davon: Wiederaufbau Tabor. Es gibt einige Stimmen heute, die sagen - es ist ein harter Ausdruck, aber er ist gefallen - das sind die Slums von 1968.

Wiederaufbau Ennsleite: Zu dicht bebaut; Altersheim: Ohne ausgereifte Planung begonnen. Knoten Rooseveltstraße: Lösung durch Zwangspunkte erschwert. Dieser Knoten gibt ein typisches Beispiel für fehlende Koordination und Fehlplanung. Man mußte doch in eingeweihten Kreisen schon gewußt haben, daß unsere Taborschule im Bereich dieses Knotens gebaut wird. Wer hat also an die Sicherung des Schulweges für unsere Kinder damals schon gedacht? Warum hat man nicht schon beim Bau des Knotens, welcher mit dem Bau der Seifentruhenumfahrung noch größere Bedeutung und Frequenz erfahren wird, an Fußgängerunterführungen gedacht? Wir werden diese nun mit größter Wahrscheinlichkeit nachträglich einbauen müssen, was selbstverständlich mit relativ hohen Mehrkosten verbunden sein wird. Mir erscheint, daß die einzig vertretbare Lösung dieses Problems im Einbau dieser sogenannten Culverts besteht, das sind VÖEST-Stahlprofile, ich habe sie mir in München selbst angesehen, anläßlich eines Besuches wurden sie uns vorgeführt. Ich finde diese Lösung einmalig, weil es die billigere Lösung ist und wir können heute keineswegs die Straßen aufreißen und hier betonierte Fußgängerunterführungen einbauen. Aber ein solches Culvert-Profil ist schon nicht mehr beim Übergang Blümelhuberberg möglich, da der dort verlaufende Kanal eine solche Lösung unmöglich macht.

Ein kurzes Wort zu den Sportanlagen. Steyr verfügt derzeit über nicht weniger als 14 Sportplätze, Schulsportanlagen sind selbstverständlich ausgenommen. Das normale Erfordernis nach einem gesamteuropäischen Durchschnitt beträgt für je 10.000 Einwohner 1 Sportplatz. Unser Verhältnis beträgt 2.800 zu einem Sportplatz. Die Norm - das Wort Norm möchte ich hier unter Anführungszeichen verstanden wissen - von 10.000 zu 1 trifft bei uns in Steyr nur in einem einzigen Fall zu, und zwar je 10.000 Einwohner eine öffentliche Bedürfnisanstalt. Das in einer Fremdenverkehrsstadt wie Steyr! Wir verfügen somit über genügend Sportplätze, aber über kein repräsentatives allen Zwecken dienendes Sportstadion, obwohl seinerzeit meines Wissens entsprechende Projekte vorhanden waren. Ist eine solche Planung, meine Damen und Herren, sinnvoll? Bezüglich der Personalstandes und des Personals im Allgemeinen beim Bauamt muß folgendes gesagt werden: Mit allzu großer Leichtfertigkeit wird oft der Unmut auf das Bauamt pauschal abgeladen und es fallen hin und wieder unqualifizierbare beleidigende Worte. Nachdem ich nun ein Jahr lang reichlich Gelegenheit hatte - Sie können mir glauben, daß ich meine Aufgabe nach Maßgabe der mir zur Verfügung stehenden Zeit und Kenntnis sehr ernst nehme - die Arbeit des Bauamtes kennenzulernen, erkläre ich gerne, daß ich mich vor jeden Beamten und Angestellten des Bauamtes stelle. Zuerst müssen bessere Arbeitsbedingungen im Bauamt geschaffen werden, dann erst besteht das Recht zur Kritik. Ein Vergleich mit Wels macht diese Behauptung deutlich. Wenn wir diejenigen Personen zahlenmäßig aus dem Stand des Stadtbauamtes Steyr herausnehmen, welche Agenden bearbeiten, die in Wels nicht dem Bauamt obliegen, so ergibt es folgendes Bild: In Steyr haben wir 29 Bedienstete, Wels hat für dieselben Aufgaben, wieder halbes Bauvolumen, 37 Bedienste-

te. Also hat Wels ein Mehr von 8 Bediensteten. Ich darf vielleicht nochmals an das halb so große Bauvolumen von Wels erinnern.

Im Interesse einer gedeihlichen und geordneten Stadtentwicklung sowie im Interesse der Erhaltung eines wünschenswerten Arbeitsklimas im Bauamt bzw. im Verhältnis der Öffentlichkeit zum Bauamt wäre es auf Grund der vorangeführten Tatsachen erforderlich, der personellen Entwicklung besonderes Augenmerk zuzuwenden. Darüberhinaus erscheint es notwendig, im Interesse einer guten städtebaulichen Entwicklung dafür zu sorgen, daß auf lange Sicht Ausführungskonzepte erarbeitet werden um damit die Möglichkeit einer vorausschauenden Planung und eines kontinuierlichen, stufenweisen Ausbaues dieser Planungen zu schaffen. Ich sehe hier eine neue große Aufgabe für den Bauausschuß, dem ich die Ehre habe, vorzustehen. Ich komme auf ein Wort, das Kollege Dr. Gärber gesagt hat, zurück. Sie haben wahrscheinlich mit Recht kritisiert oder herausgestellt, daß Sie mit den Arbeiten der einzelnen Ausschüsse nicht zufrieden waren. Ich gestehe offen und ehrlich, ich war für unseren Ausschuß, der - das muß ich offen sagen - sehr rege ist, sehr oft tagt, auch nicht ganz zufrieden. Ich glaube aber eines sagen zu können, Herr Kollege Dr. Gärber, daß Sie in Hinkunft mit dieser unserer Leistung zufrieden sein werden. Dafür, glaube ich, werden wir sorgen und ich darf auch gleich an die Herren Kollegen des Bauausschusses den Appell richten, diesbezüglich mich zu unterstützen. Mein Vorschlag für die Zukunft ergeht somit dahin, Planung für die Zukunft; die Zukunft hat ja bereits heute begonnen, meine Damen und Herren; Heranziehung von Fachleuten auf dem Gebiet der Städteplanung, darunter verstehe ich nicht nur Architekten, sondern Soziologen und alle möglichen Fachkräfte, die uns nur irgendwie

zur Verfügung stehen. Daher müßten auch im Budget entsprechende Ansatzpunkte gegeben sein. Ich finde sie leider Gottes nicht. Ausschreibung von Architektenwettbewerben zur Erstellung eines Generalkonzeptes, nicht hier planen und da planen und Planerstellungen, sondern Generalkonzept. Maßnahmen treffen, um einer Entwicklung zur Entvölkerung des Altstadtkernes entgegenzuwirken. Nicht verzetteln, nicht experimentieren. Hier denke ich mit Schrecken an die in manchen Kreisen geäußerten Gedanken, das Casino zur Stadthalle umzubauen. Ich kann es nicht ernst nehmen. Der Ordnung halber möchte ich aber erwähnen, daß ich von diesen Gedanken erst ....

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Unser Arbeiterheim wollt Ihr jetzt auch schon?

STADTRAT MANFRED WALLNER:

..... durch die meist gut informierte Steyrer Zeitung in Kenntnis gesetzt wurde.

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Du tust, als ob es unsere Zeitung wäre!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ein solcher Umbau käme einem Schildbürgerstreich gleich, meine Damen und Herren. Also nicht experimentieren. Handeln wir wie ein guter Familienvater, wenn ich jetzt wieder auf die einleitenden Ausführungen zurückkommen darf. Planen wir aber schon im Gesamtkonzept der Stadt ein solches neues Vorhaben ein. Denken wir an die einmal notwendig werdende Erneuerung unserer Brücken - das wurde heute schon erwähnt - es übernimmt derzeit unser verehrter Herr Bürgermeister die Garantie, nur frage ich, bitte, was kommt darnach? Denken wir bei der Wohnbauplanung und Gewerbe-

gründung um. Gewerbe Begründungen gehören nach internationalen Erkenntnissen wegen der kürzeren Transportwege an die Hauptverkehrsadern und Wohnbauten wegen ihrer ruhigeren und für unsere Kinder sicheren Lage abseits dieser Straßen. Nicht umgekehrt, wie in Steyr.

Ich darf also, meine sehr verehrten Damen und Herren unseres Gemeinderates, sehr herzlich bitten, diesen Dingen in Zukunft mehr Bedeutung als bisher zu schenken, zum Wohl unserer schönen Stadt Steyr und ihrer Bevölkerung.

Ich danke Ihnen recht herzlich.

**BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:**

Ich danke Herrn Stadtrat Wallner für seinen Vortrag.

Als Nächsten bitte ich Herrn Stadtrat Kinzelhofer. Im Anschluß daran sprechen Gemeinderat Böhm, Gemeinderat Sablik und Gemeinderat Gherbetz!

**STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:**  
Sehr verehrte Damen und Herren!

Bevor ich als Sprecher der sozialistischen Fraktion, nach den vielen Diskussionsreden, meine Ausführungen zum Budget bringe, gestatten Sie mir eine kurze Erklärung zum 1. Punkt der Tagesordnung. Es freut mich, daß es heute das erste Mal gelungen ist, bei der Bestellung von Ausschüssen die Einstimmigkeit zu erzielen.

Herr Bürgermeister Fellingner als Finanzreferent hat uns heute ausführlich den Entwurf über den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt 1969 dargelegt. Es kann nicht meine Aufgabe sein, die einzelnen Ansätze zu besprechen. Sicher ist, daß die Anforderungen an die Stadtgemeinde immer größer werden und das sind, geehrter Herr Vizebürgermeister Petermair, Gegenwartsaufgaben.

Mit Recht verlangt die Steyrer

Bevölkerung von uns den Aufbau unserer Stadt fortzusetzen. Dringende Verkehrsprobleme sind zu lösen, dafür sind auch im Budget Mittel vorgesehen.

Der Wohnungsbau muß fortgesetzt werden, wenn ihn auch Herr Kollege Dr. Gärber bekrittelt hat. Es ist selbstverständlich, daß Sie, Herr Gemeinderat, als Hausherrnvertreter hier eine andere Meinung haben. Wir aber vertreten die Meinung der Bevölkerung unserer Stadt. Aber auch unsere städtischen Einrichtungen sind dieser Aufwärtsentwicklung anzupassen. Die Schaffung von Kindergärten, die vom Kollegen Baumann bereits eingehend erläutert wurde, sowie der Ausbau der Schulen. Wenn ich hier als "Ennsleitner" sprechen darf, so muß ich sagen, daß es notwendig werden wird, nach dem großen Schulbau am Tabor auch die Ennsleitenschule zu vergrößern. Im Interesse unserer heranwachsenden Jugend sind auch die weiterführenden Schulen, so die Handelsschule, die Handelsakademie, die Frauenberufsschule usw. auszubauen, was wohl eine Bundesangelegenheit wäre, aber eine große Ansatzpost in unserem Budget einnimmt. Zur Förderung unserer Jugend gehört aber auch deren Gesunderhaltung. Diese ist gegeben durch das Betreiben von Sport, was von den zuständigen Stellen, Lehrkräften und Ärzten, bestätigt wird.

Vor zwei Tagen haben wir unserer Jugend wiederum eine schöne Sportstätte übergeben und ich glaube, daß sie damit Freude haben wird. Persönlich freue ich mich, daß im Budget auch weitere Ansatzposten für solche Stätten aufscheinen, z. B. die Turnhalle und das Kleinschwimmbecken.

Zu Ihnen, Herr Kollege Moser, die kleinen Aufgaben werden wir gemeinsam lösen.

Es gibt auf Grund des Budgets aber auch keinen Stillstand bei unseren Sozialleistungen und es darf

hier auch keinen geben. Ich denke hier an das Zentralaltersheim, an unsere Pensionistenheime und verschiedene Aktionen, die Kollege Bauermann bereits zitiert hat. Aber auch der Schutz unserer Trinkwasserversorgung ist ebenso notwendig wie der Ausbau unserer Kanalisation, denn nur so können wir erreichen, daß nicht wiedergutzumachende Fehler entstehen, die kommenden Generationen die schwersten Probleme bereiten. Ich habe nur einige Punkte herausgenommen, es wurde darüber bereits sehr ausführlich gesprochen.

Aus der sogenannten "reichen Gemeinde Steyr" ist inzwischen eine Gemeinde geworden, die dem guten österreichischen Durchschnitt entspricht, nämlich die gezwungen ist, Schulden zu machen, nicht deshalb, weil wir uferlos Ausgaben getätigt haben, wie Kollege Dr. Gärber meint, sondern weil unsere Einnahmen ertragsärmer geworden sind. Es wird notwendig sein, alle Möglichkeiten zur Erreichung von Bedarfszuweisungen von Bund und Land auszuschöpfen um unsere Stadt noch schöner zu gestalten und unserer Bevölkerung das zu geben, was sie von uns erwartet.

Alle mitsammen haben hier mitzuwirken, daß in unserer Stadt die Arbeitsplätze gesichert und der soziale Friede erhalten bleibt. Wir sind in jüngster Zeit auch Fremdenverkehrsgemeinde geworden und ich hoffe, daß dieses Werk gelingen möge zum Wohle unserer Stadt und unserer Bewohner und daß damit auch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Das uns heute von unserem Finanzreferenten Bürgermeister Fellingner vorgelegte Budget ist zweifellos geeignet, im Rahmen der freien Beschlußfassung des Gemeinderates die Möglichkeit zu geben, der Aufgaben gerecht zu werden. Es sichert die Fortentwicklung, es sichert Arbeitsplätze und bietet soziale Sicherheit für alle Steyrer. Sparsame Verwaltung und zielbewußte Aufgabensetzung kann aus

dem Budgetvorschlag 1969 erkannt werden.

Die sozialistische Fraktion im Gemeinderat gibt daher zu diesem Budget die Zustimmung.

Und nun, werte Damen und Herren, einige Worte zu den Ausführungen des Gemeinderates Kollegen Fritsch.

Die Bücheraktion wird auch auf bedürftige Schüler der Privatschulen ausgedehnt. Ist Ihnen das entgangen, Herr Kollege?

An der Errichtung eines Berufsschulzentrums in Steyr sind wir genauso interessiert wie Sie. Die Gemeinde hat dafür auch ein Grundstück zur Verfügung gestellt. Daß nicht gebaut wird, liegt auf einer anderen Ebene. Beim Sportplatz Rennbahn haben Sie den Ansatz von S 100.000,-- kritisiert, ich möchte dazu sagen, daß dieser Betrag für ein Trainingsfeld am unteren Ende des Platzes vorgesehen ist, um den Schülern und der Jugend die Möglichkeit zu geben, dort Sport zu betreiben. Ich glaube, daß von der Liegenschaftsverwaltung bereits entsprechende Vorarbeiten getroffen wurden. Sie erklären, die Sportsubventionen seien nicht echt, ich verwahre mich dagegen, daß diese nach politischen Motiven vergeben wurden. Wir vergeben sie nach Sparten. Wenn natürlich Vereine sich spalten und nicht wissen, wer das Geld zu bekommen hat, ist das nicht unsere Angelegenheit. Wir bauen Sportstätten dort, wo wir es für notwendig und zweckentsprechend halten. Die Sporthalle Tabor ist bereits vor 4 Jahren, als der erste Gedanke zum Neubau einer Autobusgarage gefaßt wurde, im Stadtsportausschuß behandelt worden. Die Kleinschwimmhalle ist bereits 1967 im Gespräch gewesen und wenn Sie jetzt immer von einer großen Halle sprechen, so wissen Sie genau, daß wir dazu die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung haben. Wir wollen aber unserer Jugend und unseren Schülern die Möglichkeit geben, den Schwimmsport und Schwimmunterricht durchführen zu

können. Diese Kleinschwimmhalle ist auch vom Landessportreferenten Oberösterreichs, Herrn Landesrat Possart, begrüßt und als richtig befunden worden.

Betreffend das Sportheim Münchenholz möchte ich Sie aufklären, daß dies ein gemeindeeigenes Objekt ist und allen Vereinen, Kindergärten und Schulen zugänglich ist. Soweit ich mich erinnern kann, fand auf dieser Sportstätte sogar eine Zusammenkunft der katholischen Jugend statt.

Abschließend danke ich allen, die bei der Erarbeitung des Budgets mitgeholfen haben, den in den Ausschüssen tätigen Mitgliedern des Gemeinderates, die die Fraktionswünsche zur Debatte und zur Diskussion gestellt haben, unserem Finanzreferenten, der es verstanden hat, aus all den vorhandenen Wünschen einen realisierbaren Budgetvorschlag herzustellen, den Beamten und Bediensteten des Hauses die mitgeholfen haben, dieses Budget in seine heutige Form zu bringen.

Ich danke aber auch allen Bediensteten der Stadt für die geleistete Arbeit und bitte Sie, zum Nutzen und Frommen Steyrs, sowie bisher zielbewußt, zweckmäßig und sparsam ihren Aufgaben nachzukommen. Ich bin mir gewiß, daß dies auch in Zukunft, so wie auch in der Vergangenheit, der Fall sein wird.

Den Bediensteten des Hauses und den Kollegen des Gemeinderates, den Damen und Herren, wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und vor allem auch ein erfolgreiches Jahr 1969, viel Gesundheit und Erfolg.

Allgemeiner Applaus!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Stadtrat Kinzelhofer für seine Ausführungen und Erklärungen.

Als Nächster spricht Herr Gemeinderat Böhm.

GEMEINDERAT ING. INGOMAR BÖHM:

Werte Damen und Herren!

Auf Grund der vorgerückten Stunde möchte ich Sie mit härtester Kürze auf drei Mängel, die sich im Zusammenhang mit dem Budgetentwurf ergeben, hinweisen. Es ist dies erstens die Vergabeordnung, zweitens die Frage der Gewerbeförderung, die wir heute schon besprochen haben und drittens die Geschäftsordnung für den Gemeinderat.

1) Bezüglich der Vergabeordnung. Wenn ein Bauvolumen von 50 Millionen Schilling pro Jahr vergeben wird, ist es eigentlich naheliegend, nach einem Ordnungsprinzip vorzugehen. Es entsteht sonst bei den Gewerbetreibenden allzuleicht der Eindruck einer willkürlichen Vergabe der Aufträge. Daß dieser Anschein in anderen Statutarstädten peinlichst vermieden wird, beweist das Vorliegen von Vergabeordnungen von Linz und Wels. In Steyr liegt das allerdings anders. Es fehlt nicht nur eine entsprechende Vergabeordnung, sondern es wird nicht einmal präzise nach der allgemeinen Ordnung, nämlich nach ÖNORM A 2050 vorgegangen. So z. B. war es bisher möglich, daß der § 4/4 glatt ignoriert wurde. Ich möchte Ihnen diesen ganz kurz zitieren - es sind sicher nicht alle Kollegen so gut darüber informiert.

§ 4/4, Verhandlung mit den Bieter. Während des Verhandlungsverfahrens darf der Auftraggeber mit dem Bieter grundsätzlich nicht verhandeln. Unzulässig sind insbesondere Verhandlungen über eine Änderung der Angebote, welche die Erlangung von Preisnachlässen - auch in Form von nicht gesondert vergüteten zusätzlichen Leistungen - bezwecken oder sonst gegen den Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung aller Bieter verstoßen. Unter den Begriff Verhandlung fällt nicht die Einholung von Auskünften nach § 4/33, der besagt: Das Verhalten bei Mangelhaftigkeit der Angebote, sowie die Einholung von Auskünften über die wirt-

schaftliche und technische Leistungsfähigkeit des Bieters, über Ursprungs-orte, Bezugsquellen etc. Auch andere Punkte sind nicht immer beachtet worden, doch erspare ich mir diesbezügliche weitere Ausführungen.

Ich nehme nicht an, daß jemand in diesem Hause daran interessiert ist, einen derart ungoten Eindruck zu erwecken.

Die ÖVP-Fraktion ersucht daher um ehestmöglichen Beginn von Verhandlungen über eine zu vereinbarende Vergabeordnung. Ganz besonders deshalb, weil - wie bekannt sein dürfte - auf Bundesebene bereits an der Ausarbeitung des Vergabegesetzes gearbeitet wird.

Zum zweiten Punkt.

Wenn wir allseits von Rückgängen des Gewerbesteueraufkommens in den Gemeinden hören, so ist das eigentlich natürlich, daß sich eine Stadt wie Steyr bemühen müßte, Betriebe anzusiedeln bzw. zu fördern. Es wurde von Kollegen Schwarz heute schon angezogen. Es ist erstmalig auf Betreiben der ÖVP-Fraktion seinerzeit gelungen, für den Fremdenverkehr einerseits - der wurde allerdings da noch nicht genannt - Förderungsmittel in Höhe von S 310.000,-- sowie für die allgemeine Gewerbeförderung S 250.000,-- bereitzustellen. Meine Damen und Herren, das kann keineswegs für die Gewerbeförderung genug sein, a) ist es zu wenig und b) ist noch nicht klargestellt, was mit den bereitgestellten Mitteln geschieht. Wir haben wohl eine Ansatzpost von S 250.000,-- für die Gewerbeförderung, aber es ist noch nichts vereinbart, wie soll das geschehen. Ein Arbeitsplatz - wie Sie sicher wissen kostet im Schnitt S 200.000,--, wenn das eine direkte Subvention oder direkte Beteiligung an einer Investition sein sollte - es ist nicht ausgeführt - so dürfte das nur zu einem einzigen Arbeitsplatz führen, das ist zu wenig. Ich möchte daher an unsere Vorschläge, die wir anlässlich der Budgetberatung für das Jahr 1968 gemacht haben, erinnern,

und zwar forderten wir seinerzeit einen Förderungsfonds, der für Zinszuschüsse an Unternehmen Verwendung finden soll, und zwar beispielsweise in der Form, daß die Stadt um einen Betrag zu nennen, S 1 Million zur Verfügung stellt. Damit könnten bei einem Zuschuß in der Höhe von 5% auf die Zinsen, die der Unternehmer zu tragen hat, Investitionen in der Höhe von S 20 Millionen von Betrieben getätigt werden. Damit könnte die Entwicklung von Gewerbesteuerertrag und Bundesertragsanteilen aus der Umsatz-Steuer entschieden günstiger beeinflusst werden. Die Übernahme von Ausfallhaftungen für Kredite der Kommunalkreditbank an Betriebe lehnen wir nach wie vor ab, nachdem der Stadt Steyr damit ein unberechenbares und unbeeinflussbares Risiko erwächst. Außerdem kann unsere Stadt nicht an teilweise notleidende Betrieben interessiert sein, die auf andere Art keine Kreditwürdigkeit aufweisen. Solche Betriebe sind bekanntlich auch keine großen Steuerträger.

Die Gewerbeförderung erschöpft sich aber nicht nur in finanztechnischen Belangen, es erheben sich auch folgende Fragen:

- a) Warum sind unsere Gewerbegründe so teuer?
- b) Warum ist bisher die Vorbehaltsfläche für den Schlachthof noch nicht freigestellt für Betriebsniederlassungen? Wir laufen dabei Gefahr, daß die Stadt das entsprechende Grundstück von der WAG jetzt schon erwerben muß, ohne daß konkret an den Bau eines Schlachthofes gedacht werden kann.

Andererseits aber Betriebe an einer Niederlassung dort interessiert wären. Außerdem wäre überhaupt die Standortfrage des Schlachthofes von einem Team von Fachleuten zu überprüfen. Wie Sie sicher wissen, handelt es sich bei dieser Vorbehaltsfläche um ein Grundstück an der Haager Straße im schätzungsweise Ausmaß von 15.000 - 20.000 m<sup>2</sup>, das im Rahmen der Gewerbeförderung dringend benötigt würde.

Als letzte Anfrage aus diesem Kapitel, mehr oder weniger am Rande, sei folgendes zu fragen:

Was geschieht mit dem Lebzelterhaus? Die Stadt Steyr hat relativ hohe Mittel in dieses Haus investiert und es ist bisher nicht klar geworden, wozu es weiterhin gut sein soll, ob es für uns irgendwelche wirtschaftliche Aspekte haben könnte.

Zum dritten Punkt möchte ich abschließend Sie, verehrte Damen und Herren, auf einen Umstand hinweisen, der etwas ernst erscheint. Mit LGBl. Nr. 47/66 wurde ein neues Gemeindestatut für Steyr erlassen. Darin ist vorgesehen, daß der Gemeinderat sich eine Geschäftsordnung erläßt. Auf unser Betreiben hin wurde im vorigen Jahr noch ein Entwurf erarbeitet und der Landesregierung zur Überprüfung übersandt. Im Februar dieses Jahres ist das amtliche Begutachtungsschreiben im Hause eingelangt. Es hat aber bis Ende November gedauert, die berichtige Geschäftsordnung wieder in Linz zur Vorlage zu bringen. Die Arbeit im Gemeinderat basiert daher derzeit auf einer Geschäftsordnung, die im Stadtsenat am 10. 1. 1946 beschlossen wurde. Mir erscheint es daher fraglich, ob diese Geschäftsordnung überhaupt verbindlich ist, nachdem das neue Statut vorsieht, daß die Geschäftsordnung der Gemeinderat zu beschließen hat. Ich will mit diesem Hinweis keineswegs die sachliche Arbeit anläßlich der Budgetberatung stören, doch scheint es mir als elementar notwendig, daß demokratische Institutionen, wie sie unser Gemeinderat darstellt, gesicherte, rechtliche Grundlagen besitzen. Die ÖVP-Fraktion ersucht daher dringend, daß in Zukunft alles Menschenmögliche getan wird, um raschest zur endgültigen Geschäftsordnung zu kommen, so daß nicht neuerlich eine so wichtige Sache wie dieses Budget beraten wird, ohne daß der Gemeinderat auf eine 100 %ige gesicherte Geschäftsordnung zurückgreifen kann.

Gemeinderat August Moser verläßt um 19.08 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich berichtigen, wir haben noch immer eine Geschäftsordnung, die gültig ist. Ist damit Ihre Wortmeldung abgeschlossen?

GEMEINDERAT ING. INGOMAR BÖHM:

Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Als nächsten Sprecher bitte ich Herrn Gemeinderat Sablik!

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:  
Sehr geehrter Gemeinderat!

Herr Kollege Dr. Gärber verlangt ganz bescheiden die Altstadtsanierung. Wenn aber Dr. Gärber schon gegen den Bau von neuen Gemeindewohnungen ist, da hier das Kapital verdorrt, dann soll er doch hier ein wirkliches Projekt zur Altstadtsanierung vorlegen. Wir mir bekannt ist, stellt er sich die Sanierung so vor, daß die Althausbesitzer, die selbst ihre Häuser verlassen, hohe Subventionen aus Gemeindegeldern erhalten sollen. Verdorrt hier das Kapital nicht, Herr Doktor? Im Budget sind S 200.000,-- für Denkmalpflege und Erhaltung des Althausbesitzes enthalten. Dazu muß man feststellen, daß diese Summe in den Vorjahren nicht ausgeschöpft wurde, und zwar deshalb nicht, weil die Hausbesitzer an der Restaurierung ihrer Häuser gar nicht interessiert sind oder zumindest sehr wenig. Eventuell am Ausbau von Geschäften und auch hier passieren groteske Dinge. Dazu will ich ein Beispiel erwähnen. Nach meinen Informationen wurden vom Bauherrn des Geschäftslokales im Hause Enge 6, Waldburger, Ihr unmittelbarer Nachbar, Herr Doktor, dem Denkmalamt Pläne vorgelegt,

die eine Freilegung der gotischen Säulen und Bogen und den Einbau der Auslagen dazwischen vorsahen. Daraufhin wurde vom Denkmalamt der Umbau bewilligt. In Wirklichkeit wurden diese Pläne aus finanziellen Gründen nicht realisiert, sondern ein Stilbruch ärgsten Ausmasses begangen. Die original gotischen Bogen und Säulen mit den Pilaster wurden eingemauert. Sichtbar blieben lediglich Torsos, die wie abgebrochene Stummeln aus der verputzten Mauer heraus schauen. Für jedermann sichtbar.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich habe das bei der Baukommission aufgezeigt.

GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Dies in einer Umgebung, wo wie selten in Österreich auf geballtem Raum die Baudenkmäler vergangener Jahrhunderte unser Auge erfreuen. Dies ist nur ein Beispiel, wo aus Unverstand vergangener Zeiten Bauteile eingemauert wurden, jetzt freigelegt und sofort wieder zugemauert wurden. So ähnlich war es beim Bau des Geschäftes Eckelt. Solche Geschäfte passen nach Frankfurt oder in irgend eine Ladenstraße, aber nicht in unsere schöne Stadt. Daß man ein Geschäft geschmackvoll und modern, und trotzdem in die Umgebung passend gestalten kann, beweist die Firma Schmollgruber in der Kirchengasse. Ich denke, in einer Fremdenverkehrsstadt, die sich als Schaustadt deklariert, sollten solche Dinge nicht zum Vorbild werden. Den Schutzengel der Steyrer Hausbesitzer, Herrn Dr. Gärber, fordere ich auf, unter seinen Schützlingen für die Restaurierung ihrer Häuser zu werben. Unsere Fraktion wird sich einer sinnvollen Unterstützung nicht verschließen, genauso wenig entziehen, wie sie es bisher gemacht hat, denn nicht umsonst haben Vertreter des Denkmalamtes unserer Gemeindeverwaltung Dank und Aner-

kennung für die Erhaltung des historischen Stadtbildes ausgesprochen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat Sablik für seinen Beitrag.

Als Nächster spricht nun Gemeinderat Gherbetz!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:  
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Im Hinblick auf den Ablauf der Zeit will ich mich nur kurz mit diesem Budget befassen und einige Stellungnahmen dazu abgeben. Ich möchte als erstes den Fremdenverkehr herausgreifen. Wir sind seit kurzer Zeit Fremdenverkehrsstadt. Dazu muß ich eines feststellen. Ich war in der Zeit vom 2. - 11. Juli 1968 während einer Woche im Stadtbad und habe mir dort die Verhältnisse angesehen. Was ich da gesehen habe, trägt bestimmt nicht dazu bei, daß man sagen könnte, Steyr ist eine Fremdenverkehrsstadt. Man sagt ja auch nicht der Pächter, sondern man hat dort gesagt, im Stadtbad sind solche Verhältnisse, daß ich sie hier ganz kurz anführen will.

1) Es gibt in diesem Restaurant, das wohl fürstliche Preise hat, nicht einmal eine Speisekarte. Als ich gefragt habe, wo haben Sie die Speisekarte, sagte man mir, die hängt dort, Sie müssen dort hinschauen.

2) An einem Sonntag sind die Gläser ausgegangen, da wurde mir gesagt, da müssen Sie eben aus der Flasche trinken.

3) Beim Warten auf das Essen habe ich gefragt, Fräulein, wie lange wird es noch dauern? Zur Antwort wurde mir gegeben: "Wenn Sie lange lästig sind, bekommen Sie überhaupt nichts."

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Da hat sie recht gehabt!

Gelächter!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Sehen Sie, meine Damen und Herren, Sie sagen, die hat recht gehabt. Ich möchte nur eines sagen, wenn das einen Steyrer trifft, ist es nicht so schlimm, er kennt die Mentalität der Steyrer. Aber wenn wir schon Fremdenverkehrsstadt sind und es kommt ein Fremder da hinein, so wirkt das nicht zum Vorteil unserer Stadt, zumal man ja nicht sagt, der und der ist Inhaber dieses Restaurantes, sondern man sagt ja auch, das Taborrestaurant gehört der Stadt und das Stadtbad-Restaurant - weil es eben den Namen hat - verknüpft man mit unserer Stadt.

Auch etwas, was man mitten am Stadtplatz bemerken kann, und zwar betrifft das die Bedürfnisanstalt. Meine Herren, da braucht man nicht lesen, wo sie ist, das riecht man! Ich glaube, auch das ist fremdenverkehrsmäßig nicht sehr modern, wenn dies der Fall ist. Ich habe einmal - ich glaube voriges Jahr - gebeten, die Gemeinde möge sich entschließen, in den Innenraum eine größere Birne hineinzugeben, bis heute ist das noch nicht gelungen. Es ist immer noch so traut und still in diesem Raum. Vielleicht mag das in gewissen Örtchen berechtigt sein, wenn es privat ist, aber wenn es öffentlich ist, sollte man es beleuchten.

Herr Kollege von der ÖVP, Wallner, hat zur Planung gesprochen. Auch wir haben uns zum Wort Planung etwas gedacht, und zwar am Tabor. Wenn man so durch die Straßen fährt, so sieht man große Tafeln, auf denen es heißt: "Straßen für die Zukunft bauen", vom Bundesministerium für Bauten. Ich glaube, da oben wurden diese Straßen nicht für die Zukunft gebaut. Mir ist vollkommen klar, daß das keine Durchzugsstraßen sind, aber was sich jetzt in der Porschestraße abspielt, meine Herren, das ist alles andere. Wenn ich denke, die Erbauer der Enge oder des Pfarrberges, die haben wirklich noch für die Zukunft gebaut, aber dort oben ist das nicht mehr der Fall. Die Kin-

derspielplätze dort oben, wo man die hinmachen will, das ist mir ein Rätsel. Es wird wahrscheinlich so sein wie auf der Ennsleite, der beliebteste Kinderspielplatz wird der Aufzug sein. Da drinnen sind die Kinder sicher, allerdings ist er dadurch öfter kaputt. Vielleicht könnte man auch hier einmal planen und ich frage hier, wer hat das dort oben geplant, was hat das Bauamt dazu gesagt und wo sind die Städteplaner? Wer zeichnet überhaupt dafür verantwortlich?

Noch eines lassen Sie mich erwähnen, weil ich schon beim Verkehr bin, die Wolfenstraße. Wenn Sie heute mit dem Schwerverkehr die Wolfenstraße herunterkommen, dann müssen Sie über den Wieserfeldplatz fahren, denn umdrehen dürfen Sie nicht, das ist eine Vorrangstraße und auf einer solchen Straße darf man bekanntlicherweise nicht umdrehen. Sie müssen durch die Mittlere Gasse fahren mit dem Schwerfuhwerk, in der Sierninger Straße herein und dann hinauf auf den Schnallenberg. Es wäre doch sehr leicht, oben hinein zur Azwangerstraße eine Ableitung zu machen. Früher war es so, daß im Gemeinderat einige Herren gesessen sind, die dort gewohnt haben und damit nicht einverstanden waren. Heute sind sie nicht mehr im Gemeinderat, vielleicht wird man es jetzt durchführen können, und zwar so lange, bis man die Umfahrung Seifentruhe gebaut hat. Dann glaube ich, kann man das wieder abstellen. Ich glaube, es ist nicht zumutbar, den Schwerverkehr da hinunterzulotsen. Am Wieserfeldplatz kann er nicht umdrehen, erstens ist er verparkt, zweitens ist dort Markt und drittens eine öffentliche Brückenwaage.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Als diese Herren herinnen gesessen sind, hast Du nichts gesagt!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:  
Im Budget sind endlich auch Mit-

tel für die Sanierung des Brucknerplatzes vorgesehen. Wir hoffen, daß sie durchgeführt wird und daß wir nicht sagen brauchen, alle Jahre wieder.

Einen kleinen Mangel, den ich noch aufzeigen möchte, ist in Steyr-Münichholz, und zwar in der Wagnerstraße. Man hat die Gehwege vor der Wahl schnell schön asphaltiert. Egal ob das vor oder nach der Wahl geschieht, Hauptsache, sie sind asphaltiert. Man hat dabei übersehen, daß beiderseits Randsockel sind, da hat man hineinasphaltiert und damit hat man das erreicht, was man nicht erreichen wollte. Wenn es regnet, ist das Wasser dort drinnen 10 - 15 cm hoch. Kein Fußgänger geht auf diesem Gehweg, sondern es befindet sich alles auf der Wagnerstraße. Ich glaube, man hat hier die Bombierung des Weges übersehen.

Eine Bitte, die wir auch vorbringen möchten, ist die Erweiterung der Omnibuslinie nach dem Abschnitt III. Wir haben gehört, die Mehrheitsfraktion spricht sich für ein Lehrschwimmbecken aus. Nun, wie sollen die Leute dort hinüberkommen, wenn man davon spricht, daß die Schulen dorthin gehen sollen? Wenn der Autobusverkehr dorthin geht, wird das möglich sein. Im vergangenen Jahr hat mir ja der verantwortliche Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen gesagt, es wird kommen, sobald die Omnibusse unten eingezogen sind. Die Omnibusse sind nun in Münichholz eingezogen und wir hoffen, daß es möglich wird . . . . .

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

In 10 Tagen, Herr Kollege Gherbetz!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Eines noch, meine Damen und Herren, die Hanuschstraße. Diese Straße ist eine Grotteske. In ganz Österreich ist man daraufgekommen, daß man am besten Verkehrsprobleme

löst, wenn man keinen dementsprechenden Raum zum Parken zur Verfügung stellt, daß man die Straßen zu Einbahnstraßen erklärt. In der Hanuschstraße hat man rechts Parkverbot und links Halteverbot. Bei Halteverbot dürfte vor dem Altersheim nicht einmal ein Fahrzeug stehen, weil das Halteverbot sagt doch, nur ein vom Verkehr erzwungenes Stehenbleiben ist erlaubt. Ich glaube, wenn man diese Straße in irgend einer Art in das Einbahnsystem bringen könnte, müßte es möglich sein, daß man für die dort oben Wohnenden Parkplätze schafft, denn es ist klar, daß bei Tag der Parkplatz vorne frei ist, aber in der Nacht nicht. Diese Parkplatzmisere haben wir bereits am Tabor. Die Leute wissen dort nicht, wohin mit ihren Fahrzeugen. Sie gehen bereits bis zu den Industrie-Gewerbegründen und holen sie dort. Ich glaube, das ist keine Lösung. Man wird sagen, es ist nicht Aufgabe einer Gemeinde, Parkplätze zu schaffen. Das mag in gewisser Hinsicht stimmen. Aber ich möchte doch erwähnen, daß gerade wir in Steyr mit einer so bedeutenden Autoindustrie, von der wir alle leben, doch eine Lösung finden müssen.

Meine Damen und Herren, zu den Kindergärten. Ich habe einmal schon in diesem Hause erwähnt, man möge an eines der reichsten Unternehmen der Stadt, an die Steyr-Werke, herantreten, Kindergärten zu errichten. Ich glaube, es müßte möglich sein, wir haben hier ein starkes Präsidium und sehr viele Stadträte in diesem Kreis. Man könnte doch einmal einem dieser Herren dort oben - um es drastisch auszudrücken - das Messer ansetzen.

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Gehst Du mit?

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Sie verkaufen uns nicht einmal

das Grundstück in der Puschmannstraße, das die Gemeinde schon lange haben wollte!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Es müßte hier doch einmal möglich sein, wenn man bei günstiger Gelegenheit mit dem Generaldirektor darüber spricht, daß die Steyr-Werke von sich aus für ihre Bauten irgendwo einen Kindergarten, der zur Entlastung unserer städtischen Kindergärten dienen würde, errichten. Mir ist vollkommen klar, was auf diesem Gebiet hier in Steyr geschieht, ist vorzüglich. Meine Kollegen, aber am Tabor beginnt es bereits, wir arbeiten mit Schichtbetrieb. Es ist klar, es läßt sich nicht anders durchführen, aber man muß in irgend einer Weise versuchen, Abhilfe zu schaffen.

Es wurde hier bereits über Ausschreibungen gesprochen. Ich möchte folgendes sagen. Vom Bauamt wurden Ausschreibungen gemacht, und zwar betrifft es den Sammler F. Es hieß hier, "Senkrechte Wände und Pölzung". Meine Damen und Herren, was da draußen geschehen ist, ist alles andere als das. Es ist vielleicht billiger gekommen, man ist mit dem Caterpillar hineingefahren, aber wenn ein Mann des Arbeitsinspektorates das gesehen hätte, der hätte zweifelsohne sofort eingegriffen, denn was da geschehen ist, ist auf die Sicherheit der Arbeiter gegangen. Das muß man auch vermeiden. Außerdem ist es eine Benachteiligung derjenigen Firmen, die wirklich sich an die Ausschreibung halten, was vorgeschrieben ist, wenn andere hergehen und mit drei Caterpillar hineinfahren und dasselbe erreichen. Da darf man ebenschon bei der Ausschreibung sie nicht zwingen, nach einem gewissen Modus zu kalkulieren.

Nun zur Kanalisation selbst. Hier stimme ich eigentlich nicht mit Herrn Bürgermeister überein. Er hat gesagt, die Enns würde vielleicht noch die Abwässer verkraften, die aus der Stadt

fließen.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER  
JOSEF FELLINGER:

"Aber" habe ich gesagt!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Aber nach dem letzten Stand der Dinge, wie die Ennskraftwerke uns das Wasser abdrehen, glaube ich nicht einmal, das wäre möglich. Man kann schon durch die Enns gehen, ohne daß man bis zum Knöchel naß wird. Zumindest fallweise. Vielleicht wird es auch hier einmal unseres Präsidiums bedürfen, daß sie mit den Herren der Ennskraftwerke reden bzw. denen genauer auf die Finger zu schauen. Ich habe schwer in Verdacht, daß sich die an unsere Vereinbarung nicht halten werden.

Zur Subventionspolitik, meine Damen und Herren, auch etwas.

Der Kollege von der ÖVP hat schon über die indirekte Subvention gesprochen.

Ich habe mir die Mühe genommen und nachgesehen. Ich möchte eines sagen. Wir haben grundsätzlich nichts gegen die Subventionierung von Sportvereinen. Wir treten dafür ein, daß Sportvereine subventioniert werden. Im Jahre 1968 ging an 26 Sportvereine eine Summe von S 223.000,--, davon an die Mehrheitsfraktion S 127.000,--. Hier ist nichts einzuwenden, soweit in Ordnung. Jetzt kommen die indirekten Subventionen. Ich habe mir die Mühe genommen: ATSV Steyr - Sektion Tennis: Errichtung eines Klubhauses S 50.000,--; ATSV Steyr - Errichtung eines Jugendtennisplatzes S 50.000,--; ATSV Steyr - Sportplatz Rennbahn S 12.500,--; ATSV Steyr - Ankauf von Ziegelmehl, Sektion Tennis: S 15.000,--; Sportheim Münichholz - Anstreicherarbeiten S 8.100,--; Sportheim Münichholz - Einfriedungsarbeiten S 9.000,--; ATSV Stein - Abschlußarbeiten für Wasserleitungsnetz S 2.700,--; ATSV Stein -

Kosten der Umkleidekabinen S 120.000,-. Meine Herren, das sind indirekte Subventionen unserer Ansicht nach. Ich möchte nur erwähnen, der Allgemeine Turnverein hat sich bemüht, ein neues Objekt zu schaffen. Man hat gesagt, wenn sie wollen, können sie Subventionen auf 3 Jahre im Vorhinein haben. Sehen Sie, meine Damen und Herren, dieser Verein hat 1.000 Mitglieder. Herr Kollege Kinzelhofer hat gesagt, vielleicht haben sie nicht so viele Sparten. Ich möchte nicht darüber sprechen, wieviele Sparten sie haben. Er als Sportreferent dieser Stadt muß es ja wissen. Auch wir wissen es. Hier sehe ich eine ungleiche Verteilung. Hier wird nicht nach den Leistungen des Vereines, nach der Anzahl seiner Mitglieder gemessen, obwohl hier wirkliche Arbeit geleistet wird. Vom kleinen Mann aufwärts bis zum alten Herrn, der hier noch sein angesetztes Bäuchlein abarbeitet, um etwas für die Gesundheit zu tun. Diesem Verein gibt man S 15.000,--. Gegen diese Subventionierung von solchen Plätzen verwahren wir uns entschieden.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, zum Budget selbst. Wir sind daher nicht in der Lage, diesem Budget 1969 unsere generelle Zustimmung zu geben, und zwar weshalb? Wir haben grundsätzlich nichts gegen GWG-Bauten, aber GWG-Bauten sollen nur an sozialminder oder schwach Bemittelte vergeben werden. Aber nicht Wohnungen schaffen, wo Ärzte und weiß Gott wer hineinkommen.

Allgemeines Gelächter!

**GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:**

Meine Damen und Herren, es geht nicht, daß Ärzte, die S 25.000,-- im Monat verdienen, genauso eine Wohnung um S 1.300,-- bekommen und die Wohnung so subventioniert wird. Darin sehe ich die Umschichtung. Nur sozial Schwachen soll man auf die Beine helfen, denen die drei oder vier Kin-

der haben, da ist es vollkommen klar. Ich habe nur die Ärzte herausgenommen. Es gibt auch andere, Akademiker oder Geschäftsleute, die dementsprechend verdienen. Diese soll man heranziehen, denn diese können sich das leisten. Der sagt sich, ich baue mir kein Haus, denn um S 1.300,- eine ferngeheizte Wohnung, bekomme ich nie mehr so billig. Da liegt die Diskrepanz, wovon wir sprechen, nicht daß wir gegen die GWG im großen und ganzen sind.

Das sind die Gründe, warum wir unsere generelle Zustimmung nicht geben können. Ich erlaube mir ferner noch, Ihnen und den Bediensteten dieses Hauses zu den bevorstehenden Feiertagen das Beste zu wünschen und für die Zukunft alles Gute im Jahre 1969.

**BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:**

Ich danke Herrn Gemeinderat Gherbetz für seine Ausführungen, die teilweise unter dem Titel stehen: "Ernstes und Heiteres aus der Gemeinde-stube". Darf ich als nächsten Redner Herrn Gemeinderat Frühauf zu Wort bitten. Zunächst aber noch eine Feststellung. Ich möchte feststellen, daß der Voranschlag im Gesamten behandelt wird, ohne Ausnahme.

**GEMEINDERAT FRANZ FRÜHAUF:**  
Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Es war nicht vorgesehen, daß ich als Redner auftrete, aber die Situation hat es ergeben. Kollege Stadtrat Besendorfer hat den Anlaß dazu gegeben. Er hat einen Bericht über das Wohnungsreferat gegeben. Ich muß aufklärend sagen, daß ich 6 oder 7 Jahre bereits im Wohnungsausschuß tätig bin und bis jetzt hat es nie etwas gegeben. Der Anlaß war die letzte Wohnungsvergabe. Es wurde immer so gehandhabt, wenn 40 Wohnungen fertig geworden sind, haben wir in die engere Wahl 45 - 48 herausgesucht und an die wurde

dann vergeben. Doch bei der letzten Wohnungsvergabe war es so, daß man von den 2.700 Wohnungssuchenden 353 herausgesucht hat. Es waren aber nur 40 Wohnungseinheiten in der Resselstraße zu vergeben. Man muß doch sagen, daß das Bedenken hervorgerufen hat, zumindestens bei uns und man soll uns in diesem Ausschuß nicht als böse hinstellen, weil wir aus der ÖVP kommen. Sonst wurde es immer so gehandhabt, daß nur so viele herausgesucht wurden, als wir zu vergeben hatten. Darum haben wir auch dagegen gestimmt und hatten Bedenken, als die Abstimmung zurückgestellt wurde auf die nächste Sitzung, daß man auch von uns noch Wünsche berücksichtigen kann bei diesen 353 Ansuchen. Da wir erst zu Hause die Möglichkeit hatten, nachzusehen. Es sind uns ja nur präsentiert worden, positiv und negativ. Ich habe erinnert, daß man das im Spital macht, ob das Blut positiv oder negativ ist, aber nicht bei der Wohnungsvergabe. Ich muß noch einmal aufklären, daß das nicht so ist und wir werden auch in Zukunft gut zusammenarbeiten, wenn man wieder so arbeitet wie in den vergangenen 6 Jahren.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke.

Als Nächster hat sich Herr Gemeinderat Holzinger gemeldet. Darf ich erinnern, nach der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist eine zweimalige Wortmeldung zum Gegenstand möglich.

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Werter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren!

Nachdem ich persönlich in meiner Wohnungsangelegenheit apostrophiert wurde, bin ich gezwungen, diesbezüglich kurz eine öffentliche Erklärung abzugeben. Ich bin am 1. 1. 1952 als Dienststellenleiter des Fernmelde-

betriebsbezirkes nach Steyr gekommen. Ich habe sofort um eine Wohnung angesucht. Mein Dienstgeber, die Direktion der Post- und Telegraphenverwaltung in Linz hat wiederholt interveniert und ich habe am 15. August 1953, nach mehr als 1 1/2 Jahren, eine 42 m<sup>2</sup> große Wohnung erhalten und bin heute noch dafür dankbar. Ich habe in dieser Wohnung 14 Jahre gewohnt. Habe mich inzwischen um einen Grund bemüht. Dabei ist es mir leider schlecht gegangen. Da war in Tachelried noch eine Eckparzelle zu haben, etwas anderes war nicht zu kriegen. Die ist freigeworden deswegen, weil der frühere Bewerber zurückgetreten ist, weil beschlossen wurde, daß der Gehsteig vom Bebauer mit bezahlt werden muß. Daher ist er zurückgetreten. Da habe ich mich beworben. Daraufhin wurde beschlossen, das ist nicht zumutbar, man hat das gedrittelt und dann ist wieder der Bewerber zum Zuge gekommen, der vor mir da war. Daher bin ich nicht zum Hausbauen gekommen. Inzwischen ist meine Tochter 9 Jahre alt geworden, ich habe kein eigenes Zimmer für sie gehabt. Ich habe mir daher erlaubt, zur Jahreswende 1965/66 um eine größere Wohnung, Tauschwohnung, anzusuchen, weil die Tochter noch immer im eigenen Schlafzimmer gewohnt hat. Ich habe interveniert und gebeten, mich zu berücksichtigen. Nach 1 1/2 Jahren habe ich eine größere Wohnung bekommen am Tabor und bin auch dafür dankbar. Aber um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, es wäre nicht ordentlich zugegangen, muß ich das sagen. Zur persönlichen Verteidigung wollte ich das vorbringen, weil es angezogen wurde.

Im Bezug auf die Unstimmigkeit im Wohnungsausschuß muß ich das sagen, was Kollege Frühauf bereits erklärt hat, ich habe konzipiert, wenn Sie wollen, rufe ich alles noch einmal in Erinnerung.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS  
BESENDORFER:

Tu uns das nicht an!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOL-  
ZINGER:

Aber im Interesse einer weite-  
ren Verhärtung in dieser Angelegen-  
heit, was nicht gewünscht wird, möch-  
te ich davon absehen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRE-  
TER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, die  
persönliche Erklärung kann zur Kennt-  
nis genommen werden.

Als Nächster und bisher Letzter  
wird nun Herr Vizebürgermeister Pe-  
termair sprechen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRE-  
TER LEOPOLD PETERMAIR:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte, rückblickend auf die  
Reden der Fraktionsmitglieder der  
Österreichischen Volkspartei, noch-  
mals deren Standpunkt zum Voran-  
schlag für das Rechnungsjahr 1969  
zusammenfassen.

Aus den Ausführungen hat sich  
ergeben, daß unsere Fraktion zweifel-  
los eine ganze Reihe von Anregungen  
und Vorschlägen zum Budget vorzu-  
bringen hatte, welche darin aber keine  
Berücksichtigung fanden. Ein großer  
Staatsmann und Demokrat hat das Wort  
geprägt, daß Demokratie Diskussion  
sei und damit gemeint, daß die dem  
demokratischen Prinzip eigentümliche  
Freiheit der Diskussion in allen öffent-  
lichen Angelegenheiten gewährleistet  
sein müsse. Leider ist dies bei Er-  
stellung des Budgets in unserer Stadt  
nicht immer ausreichend der Fall. Zu-  
einem späten Termin erhält unsere  
Fraktion gewöhnlich den sogenannten  
Amtsentwurf des Voranschlages über-  
mittelt. Er betitelt sich zwar Amtsen-  
twurf, deckt sich aber vollinhaltlich mit  
dem Budgetkonzept der Mehrheitsfrak-  
tion, der Gelegenheit geboten wird, sich

vorher eingehend mit diesem Konzept  
zu befassen. Wenn dieser Entwurf in  
unsere Hände gelangt und die Wünsche  
der ÖVP dazu vorgebracht wurden,  
konnte Jahr für Jahr nur sehr wenig  
Bereitwilligkeit der Mehrheitsfraktion  
gefunden werden, von uns angeregte  
Änderungen und Ergänzungen in das  
Budget aufzunehmen. Anstelle der de-  
mokratischen Diskussion erhält hier  
wohl mehr der monarchische Grund-  
satz "Roma locuta - causa finita" Gel-  
tung, "Rom hat gesprochen und der  
Fall hiemit erledigt", allerdings nur  
für die Mehrheitsfraktion. Bei ehr-  
licher Einstellung und Würdigung un-  
serer heutigen Vorbringen müssen Sie,  
meine sehr geehrten Damen und Her-  
ren der sozialistischen Fraktion, aber  
bekennen, daß eine Reihe der ange-  
schnittenen Fragen wohl einer einge-  
henden Diskussion wert gewesen wäre.  
Wir können daher nicht umhin zu ver-  
langen, daß uns bei der Erstellung des  
nächsten Budgets ein größeres Mit-  
spracherecht schon im Stadium der  
Entwurfserstellung eingeräumt wird.  
Sollte man sich weiter darauf be-  
schränken, uns einen bereits fertigen  
Budgetentwurf ohne Bereitwilligkeit  
auf Abänderungs- und Ergänzungswün-  
sche im einzelnen einzugehen, vorzu-  
legen, wären wir wohl oder übel ge-  
zwungen, unsere Gesamteinstellung zur  
Haushaltspolitik der Gemeinde einer  
gewissen Revision zu unterziehen.  
Heuer gibt die Gemeinderatsfraktion  
der Österreichischen Volkspartei dem  
Haushaltsvoranschlag der Stadtgemein-  
de für das kommende Geschäftsjahr im  
Hinblick auf eine weitere gedeihliche  
Zusammenarbeit zum Wohle unserer  
Stadt ihre Zustimmung.

Der Akzent liegt dabei ausdrück-  
lich auf der gedeihlichen Zusammenar-  
beit, wobei wir hoffen, daß auch seitens  
der Mehrheitsfraktion auf diesen Um-  
stand im kommenden Jahr wert gelegt  
wird. Wir behalten uns aber ausdrück-  
lich vor, bei späterer Behandlung je-  
ner Punkte des Voranschlages, die un-

seren Intentionen nicht entsprechen, im Stadt- und Gemeinderat Abänderungs- und Zusatzanträge zu stellen und allenfalls auch Anträgen unsere Zustimmung zu versagen. Die heutige Zustimmung zum Voranschlag als Ganzes schließt nicht aus, daß wir unsere eigene Meinung zu einzelnen vom Haushaltsplan umfaßten Problemen im konkreten Fall dartun werden.

Darf ich nun abschließend allen, die an der Gestaltung des Voranschlages mitgewirkt haben, den Dank unserer Fraktion zum Ausdruck bringen.

Wir danken allen Beamten, Arbeitern und Angestellten der Stadtverwaltung für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit und ich bitte Sie, Herr Magistratsdirektor, diesen unseren Dank dem Personal weiterzuleiten.

Ich nehme die heutige Sitzung zum Anlaß, Herrn Bürgermeister, den verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, der Beamtenschaft, den Arbeitern und Angestellten, an der Spitze Herrn Magistratsdirektor, ein frohes Weihnachtsfest und für das neue Jahr viel Erfolg zu wünschen.

**BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:**

Ich danke Herrn Kollegen Petermair für seine Schlußausführungen. Damit ist die Rednerliste geschlossen.

Zum Schluß spricht nun Herr Bürgermeister sein Schlußwort.

**BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:**

Werte Damen und Herren!

Ich werde kein Schlußwort halten, denn die Diskussion, die Beratungen über das Budget 1969 sind Ausgangspunkt für kommende Beratungen, für kommende Diskussionen und für kommende Beschlüsse. Das Schlußwort werden wir am Ende des Jahres 1969 sprechen. Wenn wir auf ein Werk zurückblicken können, das wir uns vorgenommen haben, zu realisieren, zu verwirklichen. Die Diskussion - das

habe ich vorher schon angedeutet, es war selbstverständlich - wird uns mit neuen zusätzlichen Problemen beschäftigen, wird neue, sicher auch sehr kostspielige Wünsche - ich will sagen, berechnete Wünsche - im großen und ganzen vorbringen, die natürlich, das haben Sie auch dadurch dokumentiert, daß Sie dem Haushaltsvoranschlag Ihre Zustimmung geben, in diesem Haushaltsvoranschlag nicht mehr zur Gänze untergebracht werden können. Aus den verschiedensten Gründen, vorwiegend aus finanziellen Überlegungen. Aber wir werden uns - die heutige Sitzung ist ja wortgetreu im Protokoll verankert - im Laufe des Jahres neben unserem Voranschlag 1969, auch ständig mit dem Protokoll der heutigen Sitzung beschäftigen und dabei auf so manche, wenn sie ehrlich gemeinte Diskussionsbeiträge waren, wieder zurückkommen und ihre Verwirklichung in Teilphasen, in Vorbereitungsarbeiten, in Planungsarbeiten irgendwie verankern können. Sicher waren manche Diskussionsbeiträge vielleicht durch falsches Zahlenmaterial, durch unrichtige Interpretierung dieses Materials in ein etwas schiefes Licht gerückt worden. Ich fühle mich fast verpflichtet, ohne auf Details einzugehen, eine Zahl, die Sie Herr Gemeinderat Dr. Gärber, angeführt haben, zu berichtigen. Sie haben die Unwirtschaftlichkeit oder den mangelnden Wirkungsgrad unseres Beamtenapparates kritisiert und Vorarlberg als Vorbild hingestellt. Ich habe mir in der Zwischenzeit, allerdings nur auf Grund weniger Informationen, ein Bild gemacht. Der Wirkungsgrad der Stadt Steyr ist ungefähr 1 Beamter für 66 Einwohner. In Bludenz hat 1 Beamter nur 38 Einwohner als Wirkungsgrad vor sich. In Bregenz nur 50, in Feldkirch nur 38. Es sei dies nur kurz als kleine Dokumentation angeführt, daß unser Beamtenapparat doch einen guten Wirkungsgrad hat. Ich fühle mich, nur um die Ehre des Beamtenappara-

tes zu vertreten, verpflichtet, diese Zahl, die sicher auch noch im Detail kleine Unebenheiten hat, doch anzuführen.

Kollege Gemeinderat Ing. Holzinger, ich will Ihre direkt an mich gerichtete Anfrage in der Personalsache Kaltenböck nicht beantworten, weil ich der festen Überzeugung bin, daß Sie nicht ein lauterer Motiv in Ihrer Fragestellung beinhaltet haben. Begründung für meine Behauptung ist, weil Ihre Fraktion - ich nehme an auch Sie persönlich - vollinhaltlich über den Personalfall Kaltenböck informiert war. Es sei dies nur gesagt. Im großen und ganzen - um wieder auf die Diskussion zurückzukommen - haben Sie Wünsche aus verschiedenen strukturellen Bevölkerungskreisen zu Ihren eigenen gemacht und hier im Rahmen der Budgetberatung zum Vortrag gebracht. Ich darf hier eines sagen: Sicher, Demokratie beinhaltet freie Diskussion, sie beinhaltet auch das Recht, Mitsprachemöglichkeiten offen zu haben bei der Behandlung aller die Gemeinde betreffenden Probleme. Kollege Petermair hat in seiner Abschlusssprache kritisiert, daß der Budgetentwurf Ihnen zu spät zugegangen ist. Wenn Sie Wert darauf legen, diesen Budgetentwurf zu einem noch früheren Zeitpunkt in Händen zu haben, müssen wir natürlich auf personeller Ebene hier Maßnahmen setzen. Es ist sicher möglich. Aber daß die Mehrheitsfraktion natürlich diesem Budgetentwurf ihren Stempel aufdrückt, wird kaum zu vermeiden sein, denn es sind ununterbrochen Beratungen in der Fraktion notwendig, um Ihnen im Gemeinderat Vorschläge zu bringen. Daß wir gerne bereit sind, alle anderen wohlgemeinten Ratschläge und Vorschläge mit in unser Programm einzubauen, können Sie als selbstverständlich annehmen. Ich darf Ihnen wohl zum Abschluß des heutigen Tages danken, nicht nur für die im Grunde objektive Diskussion, sondern vor allem für die im zurückliegenden

Budgetjahr aufrichtige Zusammenarbeit.

Es stimmt, daß - das wurde auch in der Diskussion ausgeführt - wie bei Wahlzeiten natürlich auch zum Zeitpunkt der Budgetberatung etwas mehr als nur zu den Gemeindeproblemen gesprochen wird. Dafür müssen wir alle miteinander selbstverständlich Verständnis haben. Wir haben es, glaube ich, alle, sodaß wir in das kommende Jahr ungetrübt durch Diskussionsbeiträge, die vielleicht manchmal an Wahlreden erinnern, doch die objektive Arbeit des vergangenen Jahres auch auf das neue Arbeitsjahr 1969 übertragen. Ich bin fest überzeugt, daß Sie alle das Beste wollen, das wollen Sie sicher, für die Gemeinde, für die Bürger unserer Stadt, wenn auch Auffassungsdifferenzen, die zum Teil aus strukturellen, zum Teil aus Gesinnungsverschiedenheiten heraus resultieren, die natürlich in offener Diskussion bereinigt und wie ich hoffe gebnet werden können, uns manchmal bewegen.

Ich möchte an den Dank selbstverständlich auch den Wunsch anknüpfen, daß es uns gegönnt sei im kommenden Jahr, wieder viele Probleme zu realisieren, viele Projekte und Aufgabenbereiche der Verwirklichung zuzuführen, die unsere Bevölkerung wünscht und damit für uns Auftrag sind. Nochmals recht herzlichen Dank für die Zusammenarbeit und ich darf mich den Wünschen anschließen, Ihnen für die kommenden Feiertage, für das Jahr 1969, alles Gute zu wünschen.

Ich danke Ihnen.

Allgemeiner Applaus!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Bürgermeister als Berichterstatter zum Voranschlag für sein Schlußwort und darf noch einige Feststellungen treffen.

Es wurde kein Abänderungsantrag

oder Zusatzantrag eingereicht. Der Voranschlag wird im Gesamten abgestimmt. Herr Gemeinderat Moser hat bereits im vorhinein sein "Ja" zum Voranschlag abgegeben. Ich darf noch hinzufügen, daß im Voranschlag enthalten sind:

Der ordentliche und der außerordentliche Haushalt; der Voranschlag der Städtischen Unternehmungen und jener der Krankenfürsorgeanstalt der Gemeindebediensteten und die Stiftungen.

Ich habe das erwähnt, damit hier völlige Klarheit herrscht.

Ich lasse somit über den Antrag des Herrn Bürgermeisters abstimmen.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der Dienstpostenplan ist auch enthalten!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ja natürlich, ich danke für die Ergänzung. Es ist auch der Dienstpostenplan darin enthalten.

Wer dem Voranschlag in der vorliegenden Fassung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Zwei Gegenstimmen - die Vertreter der Freiheitlichen Partei stimmen gegen den Voranschlag. Stimmenthaltungen gibt es keine.

Ich stelle somit fest, daß der Voranschlag mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen ist.

Ich darf dem Herrn Bürgermeister als Referenten herzlich danken, daß er sich der Mühe unterzogen hat, den Voranschlag zu erläutern. Ich darf gleichzeitig feststellen, daß wir nun am Ende der letzten Sitzung des Arbeitsjahres 1968 angelangt sind. Ich möchte damit die Bemerkung verbinden, daß trotz verschiedener Kritik, die teils sachlich, teils unsachlich war, der Voranschlag angenommen wurde. Ihnen allen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, danke ich, daß Sie

es mir so leicht gemacht haben, den Vorsitz in dieser entscheidenden Sitzung des Jahres zu führen und ich darf wohl sagen, daß hier völlige Demokratie unter uns geherrscht hat, wenn das auch manchmal etwas angezweifelt wurde.

18 Beiträge in der Diskussion habe ich hier verzeichnet und ich glaube, es ist erstmals ein derartiger Diskussionsbeitrag zahlenmäßig zu vermerken. Ich möchte mir nicht gestatten, hier eine Klassifikation dem Inhalt nach zu geben. Gehe ich nach der Rededauer, gebührt Herrn Gemeinderat August Moser mit 42 Minuten der Vorrang.

Darf ich hier namens des Präsidiums, auch im Namen des gesamten Gemeinderates, den Dank an die Bediensteten des Hauses am Schlusse unserer Sitzung ausdrücken. Insbesondere an die Beamten, die uns stets das ganze Jahr über so reichlich mit Aktenmaterial versorgt haben und ich darf hier ausdrücken, daß gerade in der Gemeinde Steyr eine vorbildliche Vorbereitung der Sitzungen getroffen wird, da jeder Gemeinderat schon lange genug vor der Sitzung die entsprechenden Unterlagen erhält. Ich möchte gerade in dieser Hinsicht den Beamten - ich bitte Herrn Magistratsdirektor das weiter zu vermitteln - den besten Dank aussprechen. Meine Damen und Herren, wir haben mit diesem Voranschlag wieder eine Fülle von Aufgaben übernommen und wir werden nicht nur mit der Beschlußfassung des Voranschlages unsere Arbeit erledigt haben, sondern die Arbeit, die darinnen enthalten ist, kommt erst heran. Sie wird zum Wohle unserer Stadt und zum Wohle der Bevölkerung von Steyr zu lösen sein. Daß sie in sozialer Sicht gelöst wird, das wird Aufgabe und Verantwortung des Gemeinderates sein. Ich darf Ihnen in dieser Hinsicht und in diesem Sinne auch als Vorsitzender der heutigen Sitzung ein friedliches Weihnachtsfest im Kreise Ihrer

Familie wünschen. Ich danke für das Ausharren und ich möchte Ihnen insbesondere auch ein friedliches und glückliches Jahr 1969 wünschen.

Abschließend möchte ich Ihnen noch eine Bürgermeistereinladung übermitteln. Es ist üblich am Ende unserer Jahresabschlußsitzung, daß sich der Gemeinderat mit den Damen und Herren der Presse zu einem kleinen Abendimbiß begibt. Ich darf Sie

hiermit namens des Bürgermeisters dazu einladen, in das Ratsherrenstüberl, und ich bitte Sie, sich vollzählig anzuschließen. Mit dieser Einladung darf ich die heutige Sitzung für geschlossen erklären.

Ich danke Ihnen.

Allgemeiner Applaus!

Ende der Sitzung: 19.55 Uhr.

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:

*Sigfred Eckl*  
*Gerdner Jungsböcker*

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

*P. B.*  
*Ing. Ingemann Lohm*